KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 221 Mai / Juni 2022 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 221 Mai/Juni 2022



anf

Gegen den Besatzungskrieg der Türkei im Nordirak und in Nord- und Ostsyrien entwickeln sich überall auf der Welt Proteste.



anf

In den 1990er-Jahen wurde die Arbeit von Gurbettelli Ersöz in der Praxis kurdischer Journalistinnen bei der Herausgabe einer Tageszeitung sehr wichtig.



rme

Militär und Rüstungsindustrie werden immer stärker den zivilgesellschaftlichen Bedarfen vorgezogen. Gleichzeitig wird das aber auch weltweit zunehmend in Grage gestellt.

Liebe Leser:innen,

kurz nachdem wir die Artikel für die aktuelle Ausgabe des Kurdistan Reports beisammen hatten, hat die Türkei einen erneuten Angriffskrieg in Südkurdistan begonnen. Eigentlich war dieser Krieg erwartet worden. Seit mehreren Wochen kursierten Artikel und Kommentare dazu in den kurdischen Medien. Selbst ein mögliches Datum für den Beginn des Krieges, nämlich der 15. April, schwirrte herum. Tatsächlich ging es dann zwei Tage später in der Nacht vom 17. auf den 18. April los. Die Türkei hatte breitflächig die Gebiete Zap, Metîna und Avaşîn bombardiert, bevor an verschiedenen Punkten türkische Soldaten mit Kampfhubschraubern abgelassen wurden. Diese Hubschrauber starteten im Übrigen nicht aus der Türkei bzw. Nordkurdistan, sondern mitten aus Südkurdistan, im Hoheitsgebiet der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK).

Die PDK, allen voran ihr Mitglied Mesrûr Barzanî, der zugleich der Ministerpräsident Südkurdistans ist, spielt in diesem Krieg eine besonders unrühmliche Rolle. Zwei Tage vor dem Beginn des Angriffs besuchte Barzanî in Istanbul den türkischen Staatspräsidenten Erdoğan und dessen Geheimdienstchef Hakan Fidan. Auch wenn in öffentlichen Statements darüber einvernehmlich geschwiegen wurde, war die türkische Militäroffensive Hauptgesprächsthema dieser Zusammenkunft. Von Istanbul aus reiste Barzanî anschließend weiter nach London. Auf einer Veranstaltung der Denkfabrik Chatham House erdreistete er sich gar, bezüglich des türkischen Einmarsches Schuldzuweisungen an die PKK zu richten und die Türkei zu rechtfertigen. Empfangen wurde Barzanî in London übrigens auch von kurdischen Demonstrant:innen, die sein Fahrzeug mit Eiern bewarfen.

In Deutschland wird auf Regierungsebene unterdessen zum türkischen Angriffskrieg gemeinschaftlich geschwiegen. Nicht dass die Bundesregierung sich in der Vergangenheit besonders darin hervorgetan hätte, Erdoğans Kriege in Kurdistan zu kritisieren. Doch die Türkei als NATO-Partner hat im Zuge der jüngsten Entwicklungen rund um die Ukraine an Bedeutung gewonnen. Deswegen hat sich die Ampel-Koalition wohl dazu entschieden, mit zweierlei Maß zu messen: Angriffskriege und Völkerrechtsbruch fallen nicht so sehr ins Gewicht, wenn sie von Bündnispartnern ausgehen …

Der aktuelle Krieg in Südkurdistan ist eine Etappe in einem umfassenden Vernichtungskonzept des türkischen Staates. Die zeitgleiche militärische Eskalation durch das irakische Militär in Şengal zeigt, in welche Richtung es gehen soll. Das AKP-Regime will nicht nur für seine bröckelnde Anhänger:innenschaft im Inland militärische Erfolge in Südkurdistan liefern, es will überall und an allen Fronten die kurdische Freiheitsbewegung vernichten. Auf mögliche militärische Erfolge in den Bergen könnten Großangriffe in Şengal und Mexmûr folgen. Möglicherweise steht im Anschluss daran auch eine Eskalation der Situation in Rojava und Nord- und Ostsyrien auf der Agenda Ankaras.

Diesen Plan zu vereiteln, liegt nicht nur in der Verantwortung der Guerillakräfte in Südkurdistan. Durch internationale Solidarität können wir einen wichtigen Beitrag zur Niederlage des türkischen Faschismus leisten. Das AKP-Regime spielt möglicherweise seine letzten Karten aus. Es ist kaum vorstellbar, wie Erdoğan eine Niederlage vor der eigenen Bevölkerung rechtfertigen könnte …

In eigener Sache: Krankheitsbedingt kann diese Ausgabe leider nur in einem geringeren Umfang erscheinen. Wir bitten dafür um Entschuldigung und wünschen uns schnelle Genesung.

Eure Redaktion

Aktuelle politische Lagebewertung

Der Dritte Weltkrieg und seine Auswirkungen auf Kurdistan

Ali Çiçek

Wir haben das erste Quartal des Jahres 2022 hinter uns und können damit zentrale Charakteristika und Dynamiken der gegenwärtigen politischen Phase bestimmen. Denn ein richtiges Verständnis der politischen Entwicklungen in ihrem historischen Kontext ist für die demokratischen Kräfte von zentraler Bedeutung, um die Gesellschaften vor der Vereinnahmung durch die kapitalistische Moderne zu verteidigen und eine unabhängige Agenda zu entwickeln. Nach dem globalen Ausnahmezustand, der durch die Corona-Pandemie ausgelöst wurde und dessen weitreichende gesellschaftliche Folgen noch nicht abzusehen sind, zieht nun der Krieg in der Ukraine die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich. Krieg und Frieden sind (wieder) die zentralen Fragen des westlichen Diskurses geworden. Dabei sprachen die neoliberalen Denker:innen nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges vom »Ende der Geschichte« und dem »Sieg der Demokratie«. Schlagzeilen wie »Es ist wieder Krieg« oder »Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt« prägen den staatlichen und Mainstream-Diskurs in der westlichen Hemisphäre.

Die Grundlage dieses dominierenden Diskurses ist eine eurozentristische Grundannahme: der Mythos, die Welt lebe seit 1945 in Frieden und habe die unter der Hegemonie der Vereinigten Staaten errichtete Weltordnung die kriegerischen Neigungen der miteinander konkurrierenden kapitalistischen Staaten weitgehend in Schach gehalten. Demzufolge sei der zwischenstaatliche Wettbewerb in Europa, der zu zwei Weltkriegen geführt hatte, weitgehend eingedämmt und Westdeutschland und Japan nach 1945 friedlich wieder in das kapitalistische Weltsystem eingegliedert worden. Und auf internationaler, u.a. europäischer Ebene seien Institutionen der Zusammenarbeit geschaffen worden (der gemeinsame Markt, die Europäische Union, die NATO, der Euro etc.). Diese dominante Lesart blendet die andere Seite der Geschichte aus. Denn in der Zwischenzeit wurden seit 1945 zahlreiche »heiße« Kriege (sowohl Bürgerkriege als auch zwischenstaatliche Kriege) geführt. Beginnend mit dem Korea- und dem Vietnamkrieg, gefolgt von den Jugoslawienkriegen und der Bombardierung Serbiens durch die NATO, zwei Kriegen gegen den Irak (von denen einer durch offensichtliche Lügen der USA über den Besitz von Massenvernichtungswaffen im Irak gerechtfertigt wurde), den Kriegen in Jemen, Libyen und Syrien und in anderen Teilen der Welt. So wundert es nicht, dass vor allem für die Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika die Ukraine-Krise einmal mehr die Heuchelei und Doppelmoral des Westens offenbart, wenn es um den Wert menschlichen Lebens, um Migration oder die Souveränität von Nationalstaaten geht.

Der Dritte Weltkrieg

Für eine richtige Einordnung der aktuellen Entwicklungen rund um den Krieg in der Ukraine, aber auch der anderen (zwischenstaatlichen) Auseinandersetzungen bietet der begriffliche und theoretische Rahmen des »Dritten Weltkrieges« eine zentrale Orientierung. Dieser von der Freiheitsbewegung Kurdistans seit über zwei Jahrzehnten verwendete Begriff beschreibt den seit dem Zerfall der Sowjetunion stattfindenden globalen Neuordnungsprozess. Der globale Machtkampf, den die kurdische Freiheitsbewegung als Dritten Weltkrieg definiert und der in den letzten Monaten nun auch im Mainstream vermehrt genutzt wurde, begann mit dem Ende der bipolaren Weltordnung 1989/90 und dem damit verbundenen Aufbrechen ehemaliger Gleichgewichte. Die Gesellschaften sind seitdem Zeugen eines brutalen Machtkampfes der Nationalstaaten und des Widerstandes der nichtstaatlichen Akteure. Ein kurzer Blick auf die Entwicklungen in den letzten drei Jahrzehnten bestätigt diese Analyse und zeigt eindrücklich, dass von einem »Ende der Geschichte« nicht die Rede sein kann.

Diese Phase der Neuordnung – der Dritte Weltkrieg – hat jedoch im Vergleich zu den Weltkriegen zuvor einen anderen Charakter und andere Merkmale. **Erstens** kann man in dieser multipolaren Weltordnung die politischen und wirtschaftlichen Machtkämpfe nicht als Kampf zwischen verschiedenen Ideologien oder gesellschaftlichen Systemen bezeichnen. Ganz

im Gegenteil sind alle nationalstaatlichen Akteure und aufsteigenden Machtzentren, wie China, Indien oder auch Russland, Teil der kapitalistischen Logik und des kapitalistischen Weltsystems. **Zweitens** sind wir angesichts der bröckelnden US-Hegemonie damit konfrontiert, dass alle Nationalstaaten bzw. regionalen und internationalen Kräfte die Gunst der Stunde dazu nutzen, ihre jeweilige Hegemonie auszuweiten. Jeder Akteur legitimiert diese Ansprüche und Politiken auf verschiedenste Art und Weise. Oft spielt die Historie eine zentrale Rolle, wie wir am Beispiel der neoosmanischen Expansionsbestrebungen des türkischen Staates erkennen können. **Drittens** gibt es in diesem Konflikt keine absoluten Fronten, sondern es ist eine Gleichzeitigkeit von Kooperation an der einen Stelle und Konfrontation an anderer Stelle möglich. **Viertens** sind die Methoden der Kriegsführung im Dritten Weltkrieg nicht mit denen der Kriege im 20. Jahrhundert zu vergleichen. Während der Erste und Zweite Weltkrieg noch von Materialschlachten geprägt waren, treffen die internationalen Mächte heute seltener direkt aufeinander, sondern führen ihre Konflikte durch Stellvertreterkriege aus. Die ersten Jahre des Krieges in Syrien oder auch der ukrainische Bürgerkrieg nach den Entwicklungen auf dem Maidan 2013/14 sind Beispiele für solch einen Stellvertreterkrieg. Daneben sind auch der mediale Krieg, die biologische Kriegsführung und Handelskriege wichtige Methoden des Dritten Weltkrieges. Der eskalierende Handelskrieg, der zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China 2018 begann, oder auch der jüngste Handelskrieg zwischen den USA/Großbritannien/EU und Russland sind ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen.

Den geografischen Rahmen dieses globalen Neuordnungsprozesses fasste der US-Stratege Zbigniew Brzeziński als das »große Schachbrett« zusammen. Als Hauptschauplatz künftiger Machtkämpfe hatte er hierbei »Eurasien« im Blick – den riesigen Landkomplex, den Europa und Asien zusammen bilden. Auf diesem Schachbrett werde der Kampf um die globale Vorrangstellung geführt werden, erklärte der ehemalige Nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter im Jahr 1997. Denn die größte Gefahr aus geostrategischer Perspektive gebe es für die USA, wenn es einer fremden Macht gelinge, Europa und Asien (»Eurasien«) zu einem geschlossenen Machtblock zu verbinden. Nach dem Rückzug der Sowjetunion fokussierte sich dieser innerimperialistische Machtkampf zunächst auf den Mittleren Osten und wurde parallel auch an anderen Orten der Welt geführt. Der Krieg in der Ukraine ist in diesem Kontext eine Fortsetzung des Dritten Weltkrieges in Europa.

Stärkung des transatlantischen Bündnisses

Werfen wir einen näheren Blick auf die aktuelle Politik und strategischen Ziele der verschiedenen Akteure, die im Zuge der Ukraine-Krise wieder deutlich zu Tage treten.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion sind die zentralen Fragen der US-amerikanischen Außenpolitik: Wie können die imperialistischen Qualitäten von Russland und China zerstört werden? Wie können Europa (insbesondere Deutschland und Frankreich) unter US-Hegemonie gebracht und regionale Mächte eliminiert werden, wenn sie antiwestlich sind (wie der Iran)? Wie kann man die Kontrolle über Kräfte zurückgewinnen, die das westliche Bündnis verlassen könnten (Türkei)? Diese Politik wird gegen die ins Visier genommenen Staaten mit einer Mischung aus Methoden der ›soft power‹ (diplomatisch, wirtschaftlich, kulturell, medial und ideologisch) und der ›hard power‹ (offen und verdeckt agierende Streitkräfte) angewandt. Diese Politik beinhaltet als wichtigstes Merkmal die Kriegsoption, insbesondere in Bezug auf die Zielländer (wie Russland, China und Iran). Denn die Entwicklungsdynamik einiger Staaten lässt sich nicht alleine durch ›soft power‹ brechen, daher wird ein von ›soft power‹ unterstützter heißer Krieg gegen diese Mächte als notwendig angesehen, um Ergebnisse zu erzielen. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben damit eine Strategie entworfen, in der verschiedene Phasen miteinander verflochten sind, aufeinander aufbauen und sich allmählich zu der Dimension eines Weltkriegs entwickeln.

Mit dem Krieg in der Ukraine haben die USA vor allem ihre Hegemonie im europäischen Raum und damit das transatlantische Bündnis deutlich gestärkt und die von der EU in den letzten Jahren vorangetriebene Politik der »strategischen Autonomie« zurückgeworfen. Die NATO, der Frankreichs Präsident Macron vor drei Jahren noch vorwarf, »hirntot« zu sein, hat für »den Westen« ihre Existenzberechtigung angesichts der »russischen Gefahr« deutlich herausgestellt. So wird der Beitritt zur NATO nun auch von Schweden und Finnland ernsthaft in Erwägung gezogen. Eine NATO-Mitgliedschaft war vor dem Krieg in der Ukraine von der Mehrheit sowohl der Finn:innen als auch der Schwed:innen noch abgelehnt worden. Der von den USA und der NATO seit Jahren geforderten Erhöhung der Militärausgaben wurde nun ebenfalls Folge geleistet. Und auch wirtschaftlich wird mit dem Stopp von Nord Stream 2 auf unbestimmte Zeit die Abhängigkeit Europas von US-Erdgas unweigerlich zunehmen. Mit dem Krieg in der Ukraine ist Europa nun gewissermaßen dazu verdammt, das teure Erdgas der USA zu kaufen.

»Schluss mit der militärischen Zurückhaltung«

Angesichts des Kriegs in der Ukraine werden die Karten in Europa neu gemischt. Wie weitreichend diese Veränderungen sind, lässt sich auch in den Entscheidungen, Diskursen und Politiken Deutschlands erkennen. Die politisch Herrschenden läuten die zunehmende Militarisierung der Bundesrepublik mit Worten wie »Zeitenwende«, »Paradigmenwechsel« und »strategische Revolution in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik« ein. Die Botschaften der zentralen Bundestagsrede von Kanzler Olaf Scholz und Erklärungen der grünen Außenministerin sind klar und deutlich: Schluss mit der militärischen Zurückhaltung. »Unser Ziel ist, dass wir im Laufe dieses Jahrzehnts eine der handlungsfähigsten, schlagkräftigsten Armeen in Europa bekommen«, erklären Regierungsvertreter:innen. Das NATO-Zwei-Prozent-Ziel soll jetzt übererfüllt und die Bundeswehr noch in diesem Jahr mit einem 100-Milliarden-Euro-Sonderfonds ausgestattet werden. Berlin bekennt sich ausdrücklich zu einem globalen Führungsanspruch und zu dessen Durchsetzung auch mit militärischen Mitteln. Diese Diskurse wurden bereits in den letzten Jahren in den Medien und politischen Think-Tanks vorbereitet und bekräftigen damit die politische Linie, die im Strategiepaper »Neue Macht – Neue Verantwortung« 2013 von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) vorbereitet wurde. Darin wird der Anspruch formuliert, weltpolitisch offensiver aufzutreten. Die Bundesrepublik gebe sich noch als »eine Gestaltungsmacht im Wartestand«. Dies müsse sich nun ändern: »Deutschland wird künftig öfter und entschiedener führen müssen.« Diesem Ziel ist die deutsche Führungsmacht mit 100 Milliarden Euro und mehr als zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für die Armee sowie erheblichen Waffenlieferungen an Kiew sprunghaft näher gerückt. Bislang stand dem die eigene Bevölkerung im Wege. Doch mit der durch den Krieg in der Ukraine geschaffenen Stimmung, der gesellschaftlichen Atmosphäre und Militarisierung der Gesellschaft, kann sich die deutsche Bundesregierung auf hohe Zustimmungswerte berufen.

Die »russische Welt«

Auch die Position und Rolle Russlands in der multipolaren Welt hat sich innerhalb der letzten drei Jahrzehnte stark gewandelt. Nach dem Niedergang der Sowjetunion stand zunächst die Konsolidierung des russischen Staates angesichts vielfältiger Krisen auf der Tagesordnung. Vor allem aber setzten auch die USA – und an ihrer Seite mehr und mehr auch Deutschland und die EU – Moskau immer stärker politisch unter Druck. Ein Mittel waren die »Farbrevolutionen«: prowestliche, von Washington, später auch von Berlin und Brüssel massiv geförderte Umstürze zuerst in Jugoslawien (2000), dann in Georgien (2003), in der Ukraine (2004) und in Kirgistan (2005). Bei den »Farbrevolutionen« ging es jeweils darum, Regierungen, die mit Russland kooperierten oder die doch zumindest eine Art Balancepolitik zwischen Moskau und dem Westen verfolgten, durch prowestlich orientierte Kräfte zu ersetzen. Darüber hinaus wurde die Ausdehnung der NATO bis an die russische Grenze vorangetrieben. Im Zuge dieser Osterweiterung ist die NATO nun von 16 (1990) auf 30 (2020) Staaten angewachsen.

Trotz der kontinuierlich verstärkten westlichen Aggression ist es Russland jedoch gelungen, sich einigermaßen zu konsolidieren und außenpolitisch an Einfluss zu gewinnen. Die russische Präsenz in Syrien seit 2015 und die russisch-türkische Kooperation sind Beispiele dafür. Russland möchte nicht nur zentraler Akteur in Europa sein, sondern ein Global Player auf derselben Stufe wie die USA und China. So hat Putin in den Verhandlungen vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht die europäischen Staaten als Gesprächspartner wahrgenommen, sondern immer wieder erklärt, dass diese Frage zwischen den USA und Russland geklärt werden müsse.

Ein zentrales Element, welches die Politik und Sprache Putins prägt und in der russischen Öffentlichkeit sehr verbreitet ist, ist die Wahrnehmung, dass Russland nach dem Kalten Krieg in Verhandlungen benachteiligt und getäuscht worden sei. Dieses Gefühl der Demütigung wurde durch die wirtschaftliche Behandlung Russlands und die Haltung des Westens in Bezug auf Russlands Platz in der globalen Ordnung zementiert. Putins Äußerung »Ich will Russlands verlorenen Status zurück« kann in diesem Sinne auch als Forderung nach einer neuen Jalta-Konferenz interpretiert werden. Die Konferenz von Jalta prägte nach dem Zweiten Weltkrieg die Landkarte Europas und die bipolare Weltordnung, in der Russland neben den USA und England einer der Hauptakteure war. Nach dem Kalten Krieg verlor Russland diese Position, und die europäische geopolitische Landkarte wurde trotz Russlands Widerspruch umgestaltet. Wir wissen aus der Geschichte, dass Demütigung ein verhängnisvolles Mittel in der Außenpolitik ist, das oft anhaltende und katastrophale Auswirkungen hat. Die Demütigung Deutschlands in Versailles spielte eine wichtige Rolle in der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs. Die politischen Eliten verhinderten nach 1945 mit dem Marshallplan eine Wiederholung dieser Demütigung Westdeutschlands und Japans, nur um nach dem Ende des Kalten Krieges die Katastrophe der Demütigung Russlands (manchmal aktiv, manchmal auch unabsichtlich) zu wiederholen.

So rechtfertigen russische Staatsvertreter:innen ihre imperialistische Politik im Dritten Weltkrieg im Allgemeinen und heute in der Ukraine im Besonderen mit zentralen Elementen des Konzepts der »Russischen Welt« (Russkij Mir). Dem Krieg in der Ukraine liegen also nicht nur innen- und außenpoliti-

sche Ursachen zu Grunde, sondern auch längerfristige Motivationen sowie ideologische und geopolitische Konzepte. Das Konzept der »Russkij Mir[1]« spricht von den Russ:innen als »geteiltem Volk« und hebt das »Streben der russischen Welt, des historischen Russland nach Wiederherstellung der Einheit« hervor. Dabei wird die Existenz einer »großen russischen Zivilisation« betont, die es nach außen (vor allem vor dem Westen) zu schützen gelte und die als Interessensphäre Russlands definiert wird. Insofern handelt es sich bei dieser Konzeption (ähnlich wie beim Neo-Osmanismus der Türkei) um ein Konglomerat verschiedener Strömungen des antiwestlichen, antiliberalen und neoimperialen russischen Nationalismus.

Widerstand gegen internationale Isolation

Exemplarisch für das falsche (eurozentristische) Selbstbild des Westens, aber auch die neuen politischen Kräfteverhältnisse im Rahmen der multipolaren Weltordnung sind die Bestrebungen der transatlantischen Mächte, Russland international zu isolieren. Denn während die europäischen Staaten zwar zum größten Teil geschlossen gegen den Angriff auf die Ukraine durch Russland stehen, ist das Bild außerhalb Europas ein anderes. So geht die Zahl der Länder, die sich an den westlichen Russland-Sanktionen beteiligen, bis heute nicht über 48 hinaus – die meisten Staaten Europas und Nordamerikas sowie sechs ihrer engsten Partner in der Asien-Pazifik-Region. Es handelt sich dabei nicht einmal um ein Viertel der insgesamt 193 UN-Mitgliedstaaten; drei Viertel der UN-Mitgliedstaaten verweigern sich den westlichen Russland-Sanktionen trotz teils erheblichen Drucks. Grund dafür sind zum einen ökonomische oder geostrategische Erwägungen, die sich aufgrund der bröckelnden US-Hegemonie auftun. Indien beispielsweise weitet seine Wirtschaftsbeziehungen zu Russland aus und arbeitet an einem von US-Dollar und SWIFT unabhängigen Zahlungssystem. In Südafrika ist Gazprom für ein milliardenschweres Erdgasgeschäft im Gespräch. Die Türkei betätigt sich als Umsteige- bzw. Umschlagplatz für den Personenverkehr bzw. den Handel mit Russland. Israel sieht von einer entschiedenen Haltung gegenüber Russland ab. Die Emirate und Saudi-Arabien weigern sich zudem nach wie vor, westlichem Druck nachzugeben und die Erdölförderung mehr als geplant zu erhöhen, um ein weltweites Ölembargo gegen Russland zu ermöglichen. Der Besuch des syrischen Machthabers Assad in den Vereinigen Arabischen Emiraten Ende März, der ersten Reise Assads seit Beginn des Syrien-Krieges in ein arabisches Land, ist ebenfalls ein Beispiel für die mögliche Balancepolitik im Rahmen der neuen Kräfteverhältnisse. Neben diesen wirtschaftlichen und geostrategischen Gründen ist ein weiterer Grund für den breiten Widerstand gegen die westlichen Sanktionen aber auch das koloniale Erbe des Westens vor allem im Mittleren Osten, in Asien und Lateinamerika. Für diese Länder hat der »Bruch des Völkerrechts« keine große Bedeutung, und zwischen den Kriegen gegen den Irak (USA, 2003) und gegen die Ukraine (Russland, 2022) wird kein großer Unterschied erkannt. Auch die »doppelten Standards« für Geflüchtete sind der kritischen Öffentlichkeit nicht entgangen.

Das Militarismusproblem der Gesellschaft

Mit dem Krieg in der Ukraine ist das Militarismusproblem der Gesellschaft erneut deutlich zu Tage getreten. Eine Feststellung des kurdischen Vordenkers Abdullah Öcalan ist in diesem Sinne einleuchtend: »Obwohl der Militarismus eine Kraft ist, die in der gesamten Geschichte und in allen Staaten in die Gesellschaft eindringt, sie kontrolliert und über sie herrscht, erreichte sein Wachstum im Zeitalter der Mittelklasse (Bourgeoisie) seinen Höhepunkt.«[2] Wir befinden uns aktuell in einer Phase, in der das internationale Regime zur Abrüstung, welches in den letzten zehn Jahren vor dem Ende des Kalten Krieges aufgebaut wurde, den schwersten Schlag erleidet. Der Ausstieg aus historischen Abrüstungsverträgen durch die USA und Russland in den vergangenen Jahren ist Ausdruck dieses weltweiten Trends. Europa, welches seit Jahren gegen Russland aufrüstet, verzeichnet weltweit die höchsten Steigerungsraten bei der Einfuhr von Rüstungsgütern.

Es ist kein Zufall, dass dabei die historische Aufrüstung der Bundeswehr durch eine deutsche Regierungskoalition aus Sozialdemokratie und Grünen vorangetrieben wird. Als Deutschland 1999 mit der NATO in den Jugoslawienkrieg eintrat, sagte Jürgen Rüttgers, einer der führenden konservativen Politiker:innen der damaligen Zeit, sinngemäß: »Wenn wir die Tornado-Jets geschickt hätten, wäre die Welt zweifellos aufgestanden. Aber wenn SPD und Grüne das tun, widersprechen weder die Gewerkschaften und die Kirchen noch die Friedensbewegung und die Weltöffentlichkeit.« In diesem Sinne wird jetzt auch das größte Aufrüstungsprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg von keiner ernsthaften Opposition aus Gewerkschaft, Kirchen oder medialer Öffentlichkeit begleitet. Auf ihrer Frühjahrsversammlung erklärten die katholischen Bischöfe gar, dass Waffenlieferungen »grundsätzlich legitim« und auch die Ankündigung der Bundesregierung, 100 Milliarden Euro zusätzlich in die Bundeswehr zu investieren, »grundsätzlich plausibel« seien. Begleitet wird dies mit einem Lob konservativer Kommentator:innen für den »grünen Realitätssinn«, der angesichts des Ukraine-Krieges in der Parteiführung der Grünen zu einer Relativierung des Umweltschutzes geführt hat. Denn die Grünen-Parteiführung erklärte offen, dass »im

1 Das russische Wort »Mir« bedeutet gleichzeitig »Welt« und »Frieden«
.

2 Abdullah Öcalan, Soziologie der Freiheit. (= Manifest der demokratischen Zivilisation, 3. Band). Münster 2020, S. 176.



Auf der ganzen Welt finden Proteste gegen den erneuten Einmarsch der türkischen Armee in die kurdischen gebiete statt, hier in Berlin am 22.4. Foto: anf

Zweifel« die Sicherheitspolitik eine höhere Priorität als die Klimapolitik habe und »Pragmatismus jede politische Festlegung schlagen« müsse. Die Grünen verteidigen in wenigen Wochen vieles, was sie eigentlich grundsätzlich abzulehnen erklärten: Gas-Geschäfte mit Autokraten, Fracking-Gas, bei dessen Förderung die Umwelt leidet, Kohlekraftwerke als Reserve oder Waffenlieferungen in Krisengebiete. Wenn man sich vor Augen führt, dass die globalen Militärausgaben in Höhe von 1,93 Billionen US-Dollar im Jahr 2020 ausgereicht hätten, um die Hälfte der gesamten Investitionen der Energiewende zu finanzieren, die benötigt würden, um im Jahr 2050 emissionsfrei zu sein, wird klar, welche Interessen für die Kräfte der kapitalistischen Moderne absolute Priorität haben.

Die Notwendigkeit eines »dritten Weges« in Europa

Die Entwicklungen in den letzten Monaten, sei es die vor allem medial geschürte Kriegstreiberei oder das Erstarken des Nationalismus und Militarismus, haben einmal mehr die Notwendigkeit einer alternativen Politik deutlich gemacht, die sich von der Agenda der kapitalistischen Moderne, den Nationalstaaten und den Kapitalinteressen abgrenzt. Nicht nur im Kontext des Ukraine-Krieges, sondern auch im Dritten Weltkrieg gilt es auf der Basis des Prinzips »Der Hauptfeind steht im eignen Land« eine dritte Position zu stärken, die von demokratischen Kräften und den Gesellschaften getragen wird. Dies beinhaltet eine konsequente Haltung gegen den Krieg der Herrschenden. In Ländern wie Italien und Griechenland gab es bereits erste Ansätze solch einer politischen Handlungsfähigkeit. Dort blockierten Transportarbeiter Rüstungsexporte in die Ukraine. Am 31. März kam es in Genua sogar zu einem ganztägigen Hafenstreik gegen den Transport von Waffen und Munition in die Ukraine. Es ist die strategische Aufgabe demokratischer Kräfte in Europa, den Antimilitarismus ohne jegliche Zugeständnisse zu verteidigen. Sie müssen sich gegen die vielfältigen Strategien der Staaten, mittels »gesellschaftlicher Diskurse« die Anti-Kriegs-Einstellung in weiten Teilen der Bevölkerung zu untergraben, wehren. Eine neue Friedensbewegung muss dafür entfacht werden, in deren Rahmen die demokratischen Kräfte als ein alternativer Pol ihre Position im Dritten Weltkrieg einnehmen und ihre Agenda durchsetzen.

Der Niedergang des Nationalstaatenmodells im Mittleren Osten

Auch der Mittlere Osten befindet sich im Umbruch und im Fokus des Dritten Weltkrieges. Das ist kein Zufall, sondern steht im Zusammenhang mit der Krise der kapitalistischen Moderne. Denn Krisen machen sich weniger im eigenen Zentrum als vielmehr in der Peripherie bemerkbar. Die vor über 100 Jahren von Großbritannien und Frankreich implementierte Sykes-Picot-Ordnung in der Region ist in den letzten Jahrzehnten zunehmend obsolet geworden. Die verschiedenen

Akteure – internationale Mächte, regionale Nationalstaaten und lokale Kräfte – operieren zunehmend außerhalb des von Europa importierten Nationalstaatenmodells. Abdullah Öcalan analysierte die aktuelle Phase der Region, die von einem Niedergang des Nationalstaats geprägt ist, wie folgt: »Die Hinrichtung von Saddam Hussein im Irak ist für die Nationalstaaten im Mittleren Osten vergleichbar mit dem Ende der monarchistischen Regime, das mit der Hinrichtung Ludwigs XVI. eingeleitet wurde. So wie die monarchistischen Regime sich von der Hinrichtung von Ludwig XVI. nicht erholen konnten und in die Epoche ihres Niedergangs eintraten, sind auch die faschistischen Regime der Nationalstaaten seit der Hinrichtung von Saddam Hussein nicht wieder zu sich gekommen und in die Epoche ihres Abgangs eingetreten. So wie das hegemoniale System in Europa in der Zeit von 1815 bin 1830 seine ganze Kraft vergeblich zur Restauration der monarchistischen Regime einsetzte, wird auch das Bestreben, die Nationalstaaten im Irak und in Afghanistan zu erhalten, vergeblich sein. Den Zerfall des Nationalstaates erleben nicht nur diese beiden Länder. Alle Nationalstaaten, von Kirgistan an der Grenze zu China bis nach Marokko am Atlantischen Ozean, von den Nationalstaaten Jemen und Sudan bis hin zu Nationalstaaten auf dem Balkan und im Südkaukasus, erfahren ähnliche Krisen. Es gibt heute schon keine klare Trennung mehr zwischen Pakistan und Afghanistan. Der Libanon, Jemen und Sudan brodeln ständig. Bei der kleinsten demokratischen Regung ist das Regime in Ägypten mit seinem möglichen Zusammenbruch konfrontiert. Algerien hat den Bürgerkrieg noch nicht vollständig hinter sich gelassen. Die sich selbst als Insel der Stabilität bezeichnende Türkei hält sich nur mit den Spezialoperationen der NATO auf den Beinen. Es scheint so, als gebe es keinen Staat im Mittleren Osten, der keine Probleme erlebt.«[3]

Andauernder Revolutionsprozess in Kurdistan

In diesem chaotischen Zustand war der Arabische Frühling ein kurzer Aufbruch der arabischen Völker, um einen Platz in diesem Kampf um neue politische Gleichgewichte in der Region einzunehmen. Aufgrund von Interventionen regionaler und internationaler Mächte, aber auch der Schwäche der demokratischen Kräfte der betroffenen Länder blieb ein langfristiger demokratischer Transformationsprozess in diesen Ländern jedoch aus. Im Gegensatz zu dieser kurzlebigen demokratischen Revolte im Kontext des Arabischen Frühlings werden die aktuellen politischen Entwicklungen in Kurdistan weiterhin von Seiten der kurdischen Freiheitsbewegung unter Federführung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) mitbestimmt. Entgegen der Vereinnahmung durch die Kräfte der kapitalistischen Moderne garantiert das Bestehen dieser Freiheitsbewegung, die über ein alternatives Gesellschaftsparadigma und politisches Programm verfügt, den andauernden revolutionären Prozess in Kurdistan. Der Kampf für ein freies und demokratisches Kurdistan wird dabei auch als ein Kampf für eine Demokratische Mittelostföderation betrachtet. Die kurdische Freiheitsbewegung interpretiert die Parole »Freiheit für Kurdistan« heute in dem Sinne, dass der jeweilige Staat (Türkei, Syrien, Irak und Iran) demokratisiert wird und gleichzeitig in Kurdistan eine demokratische Entwicklung zulässt.

Die Demonstrationen und Veranstaltungen rund um den Frauenkampftag am 8. März als auch die Massenbeteiligung am diesjährigen kurdischen Neujahrsfest Newroz haben die zentrale Rolle der PKK und des Vordenkers Abdullah Öcalan manifestiert. Die gesellschaftliche Verankerung der kurdischen Freiheitsbewegung in Kurdistan und weltweit wurde entgegen aller Anti-Propaganda deutlich zur Schau gestellt. Die Forderung nach der Freiheit Abdullah Öcalans und einem Ende der Isolation auf İmralı wurde als zentrale nationale und internationale Forderung noch einmal bestärkt.

Der Zerschlagungsplan der Türkei besteht fort

Während die kurdische Gesellschaft an Newroz klar gezeigt hat, dass sie an ihrem Widerstand weiterhin festhalten wird, ist auch das Festhalten der türkischen Regierung an weiteren Massakern und Invasionen in Kurdistan ersichtlich. Die Türkei stellt mit ihrer aggressiven und genozidalen Kriegspolitik gegen die kurdische Gesellschaft und Freiheitsbewegung nicht nur innerhalb ihrer eigenen Grenzen eine Gefahr dar, sondern auch für die Menschen in der Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien (Rojava), in Südkurdistan – und hier vor allem für das Geflüchtetencamp Mexmûr und die Region Şengal. Im Schatten des Ukraine-Krieges ist vor allem Rojava von ständigen Angriffen durch Drohnen betroffen, bei denen es in den letzten Monaten wieder mehrere Tote und viele Verletzte gab. Täglich erfolgen im Rahmen eines wie nach den Lehrbüchern der NATO-Aufstandsbekämpfung geführten »Krieges niedriger Intensität« Artillerie- und Drohnenangriffe auf Wohngebiete sowie zivile und militärische Infrastruktur. Die Angriffe dienen der Zermürbung und Vertreibung der Zivilbevölkerung und haben zudem das Ziel, die türkisch-dschihadistische Besatzungszone auszuweiten. Der Wasserkrieg Ankaras gegen die Region dauert ebenfalls weiter an. Seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine finden parallel zu verstärkten Luft- und Bodenangriffen der Türkei und ihrer Verbündeten in Rojava relativ rege diplomatische Aktivitäten von Seiten Ankaras auf internationalem Parkett statt. Dahinter steht die Bestrebung der türkischen Führung, grünes Licht für eine weitere Invasion in Rojava zu erhalten, um den imperialistischen Expansionskurs weiter voranzutreiben.

3 Fünfter Band von Abdullah Öcalans »Manifest der demokratischen Zivilisation«, noch nicht in deutscher Übersetzung erschienen.

Nach ihren erfolglosen Militäroperationen gegen die Volksverteidigungskräfte (HPG) in den Bergen Kurdistans setzt die Türkei nun seit Anfang des Jahres wieder auf massive Bombardements gegen die Medya-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan und ist inzwischen erneut einmarschiert – ein Zustand, wie ihn die Menschen in Rojava zur Genüge kennen. Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) veröffentlichte am 26. März 2022 eine Stellungnahme, in der sie auf die Gefahr einer baldigen Besatzungsoperation aufmerksam machte. Demnach werde in den südkurdischen Medien über eine neue Invasion der türkischen Armee und eine entsprechende Übereinkunft mit der PDK[4] debattiert. Aus diesen Meldungen gehe hervor, dass auch eine direkte Beteiligung der PDK-Peschmerga konkret diskutiert werde. Die KCK appellierte einmal mehr, dass die PDK sich nicht am Besatzungskrieg des türkischen Staates beteiligen und nicht vom AKP-MHP-Faschismus instrumentalisieren lassen solle. Wie wir alle wissen, wurde dieser Appell ignoriert.

Angriffe auf demokratisch-autonomes Şengal

Dass die Türkei einen ganzheitlichen Kurdistan-Plan zur Zerschlagung der kurdischen Freiheitsbewegung verfolgt, ist auch angesichts der jüngsten Entwicklungen in der Region Şengal zu erkennen. Das irakische Militär versucht immer wieder gemeinsam mit der südkurdischen PDK die selbstverwaltete Şengal-Region unter seine Kontrolle zu bringen. Um die êzîdische Gemeinschaft zu isolieren und die Bevölkerungsgruppen in Şengal zu spalten, setzt die irakische Regierung arabische Dörfer in der Region unter Druck. Zwischen Şengal im Nordirak und Rojava in Nordsyrien wurde zudem mit dem Bau einer 250 Kilometer langen und drei Meter hohen Grenzanlage begonnen. Mit der Einkreisung und Abriegelung von Şengal wird der Fluchtkorridor geschlossen, über den sich Hunderttausende Menschen nach Rojava retteten, als der Islamische Staat 2014 die Region angriff. Diese jüngsten Angriffe gegen das demokratisch-autonome Şengal haben dabei vor allem die Schwächung der dortigen politischen Linie als Ziel und sind Ausdruck der Gefahr eines erneuten Genozids. Denn auch in Şengal wird der Aufbau der demokratischen Autonomie mit ihrem Konzept einer freien, multiethnischen, multireligiösen und basisdemokratischen Gesellschaft vorangetrieben, und das ist verschiedensten reaktionären Kräften ein Dorn im Auge.

Die Revolution in Kurdistan verteidigen

Neben den außenpolitischen Aspekten der türkischen Kriegspolitik setzt die türkische Regierung auch innenpolitisch weiter auf Repression und Unterdrückung. Das Regierungsbündnis AKP/MHP verliert inzwischen massiv an Unterstützung in der Bevölkerung. Dies ist auf grundlegende Probleme wie die Wirtschaftskrise, die Zerstörung der demokratischen Politik und die völlige Missachtung von Gerechtigkeit zurückzuführen. Als Reaktion auf die schwindende Unterstützung und Legitimierung durch die Bevölkerung und nur ein Jahr vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen hat die AKP-MHP-Allianz im türkischen Parlament nun neue Wahlrechtsänderungen verabschiedet, die darauf abzielen, die eigene Macht zu sichern. Mithilfe dieser am 31. März vom türkischen Parlament gebilligten Wahlrechtsänderungen sollen die Wahlen zugunsten der AKP/MHP manipuliert werden können. So wurde die Wahlhürde von zehn auf sieben Prozent gesenkt. Die Gesetzesänderung soll der faschistischen MHP den Einzug ins Parlament ermöglichen und erlaubt Präsident Erdoğan in seiner Funktion als Premierminister, mit staatlichen Mitteln Wahlkampf für die AKP zu betreiben. Parallel dazu dauern die Repressionen gegen Aktivist:innen der Demokratischen Partei der Völker (HDP) weiterhin an. Tausende von ihnen befinden sich aktuell im Gefängnis. Das Verbotsverfahren gegen die HDP wurde eingeleitet, es zeigt deutlich die Haltung des türkischen Staates gegenüber einer friedlichen und demokratischen Lösung der kurdischen Frage. So wie die völkerrechtswidrigen Besatzungsoperationen der Türkei in verschiedenen Regionen Kurdistans durch den »PKK-Terror«-Diskurs legitimiert werden, so funktioniert auch das Verbotsverfahren gegen die HDP. Indem der türkische Staat und seine internationalen Verbündeten all diese Angriffe als Kampf gegen den Terror legitimieren, soll ein öffentlichkeitswirksamer Protest erschwert werden. Um die Revolution in Kurdistan auch in diesem Jahr gegen all diese Angriffe effektiv zu verteidigen, gilt es deswegen umso mehr, den Terrordiskurs zu brechen. Die weltweite Kampagne der Initiative »Justice for Kurds« für die Streichung der PKK von den »Terrorlisten« mit dem Ziel, Ende des Jahres dem Europarat über 4 Millionen Unterschriften zu übergeben, hat damit konkrete Implikationen für die aktuellen Entwicklungen in Kurdistan. Denn ein Bruch mit diesem Legitimationsdiskurs entzöge der türkischen Kriegspolitik den Boden und würde der Gesellschaft in Kurdistan Luft zum Atmen verschaffen. Doch der »Terrordiskurs« ist nicht nur die Grundlage, mit deren Hilfe der Krieg in Kurdistan seit Jahrzehnten fortgesetzt werden kann. Er dient auch dazu, die am besten organisierte und erfahrenste demokratische Kraft im Mittleren Osten zu kriminalisieren. Eine Stärkung der kurdischen Freiheitsbewegung, die eine von der kapitalistischen Moderne unabhängige Agenda durchsetzt und am Beispiel von Rojava auch konkret den Aufbau der demokratischen Moderne vorantreibt, ist gleichbedeutend mit der Stärkung aller alternativen, demokratischen Akteur:innen weltweit. ♦

4 Partiya Demokrata Kurdistanê, Demokratische Partei Kurdistans, auf deutsch auch KDP abgekürzt

Gedanken zum Krieg in der Ukraine und den Hintergründen

Krieg in der Ukraine – Ein Weckruf

Franz Jacob

Die Eskalation des Kriegs in der Ukraine durch den Einmarsch russischer Truppen stieß weltweit zu Recht auf Empörung. Doch schnell wurden in den Medien die politischen und historischen Hintergründe weggelassen, die Kriegsgründe auf einen machtgierigen oder durchgeknallten Putin reduziert und ein Großteil der Proteste wurde von den Regierenden in der BRD zur Unterstützung von Aufrüstung und Waffenlieferungen benutzt. Dass es sich hierbei aber nicht um den »Kampf zwischen Gut und Böse« handelt: davon handelt der hier abgedruckte Weckruf, den wir – etwas gekürzt – von anfdeutsch übernommen haben.

Seit dem 24. Februar greifen die Truppen der russischen Föderation von verschiedenen Seiten das Territorium der Ukraine an. Was von der Propaganda des russischen Regimes als Operation zur »Demilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine« verkauft wird, ist ein Angriffskrieg, der auf die Zerschlagung der Souveränität des ukrainischen Staates und die Einverleibung seines Territoriums in den großrussischen Machtbereich abzielt. Der Angriffskrieg des russischen Imperialismus gegen die Ukraine kam weder unerwartet noch überraschend, sondern stellt lediglich die jüngste Eskalation im Kräftemessen zwischen dem westlichen Machtblock unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation dar. Anders als derzeit von vielen angenommen, ist er weder Produkt des Zufalls noch das subjektive Machwerk eines »bösen diktatorischen Regimes«, sondern so wie jeder imperialistische Krieg die Fortsetzung der erbitterten Konkurrenz der herrschenden Klassen untereinander; also ein Kampf um die Aufteilung von Märkten, natürlichen Ressourcen, Einflusssphären und Arbeitskräften. Der Krieg ist die logische Konsequenz eines Systems, das in seinem unersättlichen Streben nach Maximalprofit weder Gesetz noch Moral kennt und für den Profit nicht zögert, Mensch und Natur zugrunde zu richten.

Russische Invasion: Weiterführung eines Krieges seit 1991

Der Angriff des russischen Regimes markiert den Eintritt in eine neue Phase der innerimperialistischen Konkurrenz, welche sich nunmehr auch auf dem europäischen Kontinent nicht mehr nur in Form ökonomischer und politischer Manöver äußert, sondern sich wieder in Form von verheerenden Kriegen und bewaffneten Auseinandersetzungen Bahn bricht. Dennoch ist der Krieg in der Ukraine kein alleinstehendes und geschichtsloses Ereignis, sondern die Fortsetzung dessen, was Abdullah Öcalan schon in den 1990er Jahren sehr richtig als Dritten Weltkrieg analysiert hat. Er ist die Weiterführung eines Krieges, der seit 1991 an allen Enden und Ecken des Erdballs ausgetragen wird, und die nächste Runde im globalen Ringen um Hegemonie. Die vergangenen Wochen und die ausbleibenden oder völlig verfehlten Reaktionen von Seiten vermeintlich linker, fortschrittlicher und demokratischer Kräfte zeigen sehr deutlich, wie wichtig es ist, einen politischen Blick auf den Krieg und eine fundierte Analyse der Zusammenhänge zu entwickeln. Erst wenn wir nach dem »Warum?« des Krieges fragen und uns jenseits einfacher emotionaler Erklärungsmuster oder amateurpsychologischer Bewertungen über die Persönlichkeitsstruktur und seelische Verfasstheit des russischen Diktators begeben, werden wir eine Analyse der politisch-militärischen Situation entwickeln können, aus welcher sich der kategorische Imperativ für eine revolutionäre Praxis in Zeiten des imperialistischen Krieges ableiten lässt.

Interventionen des westlichen und transatlantischen Blocks

Wenn heute in der NATO von der Souveränität der ukrainischen Nation, dem Völkerrecht und der Unverletzlichkeit der nationalstaatlichen Grenzen geschwafelt wird, dann sollte nicht vergessen werden, dass diesem jüngsten Konflikt eine ganze Reihe von Interventionen des westlichen und transatlantischen Blocks vorausgegangen sind. Der (ebenfalls) völ-

kerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999, mit welchem der Balkan unter aktiver Beteiligung des nach der Einverleibung der DDR wieder erstarkten deutschen Imperialismus in die »Europäische Friedensordnung« gebombt wurde, der Krieg in Afghanistan 2001 und die Zerschlagung des irakischen Regimes sowie die darauf folgende Besatzung des Irak 2003, die NATO-Intervention in Libyen 2011 und die massive Einmischung im syrischen Bürgerkrieg inklusive der türkischen Bodenoperation 2016, die türkischen Vernichtungskriege gegen die befreiten Gebiete Nordsyriens und den Nordirak seit 2018, die türkische Großoffensive im syrischen Idlib im Frühling 2020 sowie der von der Türkei und der NATO gestützte Überfall Aserbaidschans auf die Republik Arzach (Berg-Karabach) im Herbst 2020 waren alles erste Vorgefechte ein und derselben Auseinandersetzung. Die Liste ließe sich beliebig lang um die unzähligen Spezialoperationen, nachrichtendienstlichen Verwicklungen und natürlich den permanent und global geführten Drohnenkrieg erweitern.

Im geopolitischen Getümmel gilt das Recht des Stärkeren

Bei dieser Aufzählung geht es nicht, wie eine in diesen Tagen schnell geäußerte Entgegnung lautet, um die Relativierung des russischen Angriffskrieges oder das Geschwafel um die angeblich »legitimen Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation«, welche auch von linker Seite leider allzu oft ins Feld geführt werden. Es geht schlicht und ergreifend darum, einen rationalen Blick auf den Konflikt zu entwickeln und auf offensichtliche Zusammenhänge hinzuweisen. Es geht darum aufzuzeigen, dass nationalstaatliche Souveränität und das Völkerrecht noch nie unantastbare, über allem schwebende Wahrheiten waren, sondern nur für diejenigen gelten, die in Ermangelung eigener Kräfte gezwungen sind, sich daran zu halten, nicht aber für diejenigen, die die Macht besitzen, sich darüber hinwegzusetzen. Innerhalb und außerhalb eines Staates bedeutet Souveränität die Fähigkeit zur Durchsetzung der eigenen Interessen mit Gewalt. Recht und Gesetz bekommen erst durch eine Gewalt, die sie durchsetzt, eine praktische Gültigkeit und werden erst so von der bloßen Idee zu einer materiellen Realität. Was nach innen das Gewaltmonopol ist, ist nach außen das »legitime Recht zur Verteidigung der eigenen Interessen« und damit auch der selbst beanspruchten Einflussgebiete. Während innerhalb des Staates die bewaffneten Organe im Dienst der herrschenden Klassen über »Recht und Ordnung« wachen, existiert ein solches Machtorgan, das einem »Völkerrecht« zu realer Gültigkeit verhelfen könnte, nicht. Ergo gilt im geopolitischen Getümmel das Recht des Stärkeren. Das »Völkerrecht« und auch die zum fast heiligen Prinzip erhobene »Unantastbarkeit der nationalstaatlichen Grenzen und territorialen Integrität der Staaten« bleibt nichts weiter als eine Idee, welche jedoch sehr wirkmächtig für die eigenen Interessen in Szene gesetzt werden kann. Sie dient dann allemal der Mobilisierung der Gesellschaft an der Heimatfront und der ideellen Überhöhung der eigenen Kriegspolitik als Feldzug im Dienst eines höheren Zweckes. Kurzum, ebenso wie im Inneren eines Staates so auch nach außen: Wer die Macht hat, hat die Freiheit, das Recht zu achten, aber auch jede Möglichkeit, sich nach Belieben darüber hinwegzusetzen. Es würde helfen in diesen Tagen, sich die zweite Strophe der schon fast in Vergessenheit geratenen »Internationalen« ins Gedächtnis zu rufen: »Leeres Wort: des Armen Rechte, leeres Wort: des Reichen Pflicht.«

> Das »Völkerrecht« und auch die zum fast heiligen Prinzip erhobene »Unantastbarkeit der nationalstaatlichen Grenzen und territorialen Integrität der Staaten« bleibt nichts weiter als eine Idee, welche jedoch sehr wirkmächtig für die eigenen Interessen in Szene gesetzt werden kann.

Krieg als Unternehmen, aus dem sich jede Menge Profit abschöpfen lässt

Es ist ein Wesensmerkmal des Kapitalismus im imperialistischen Stadium, dass er wie schon nach der globalen Krise der 20er und 30er Jahre versucht, seine immanenten Krisen durch aggressive Expansion nach außen zu überwinden. Die Expansion kann durch die Eroberung neuer Märkte durch ökonomische Kriegsführung und »Exportoffensiven« erfolgen – ist jedoch der Zugang verwehrt, weil die Welt bereits in dutzende Einflusssphären geteilt ist, so bleibt nichts anderes übrig, als die Schranken zu durchbrechen und sich mit Gewalt den Eintritt in den neuen Raum zu erschließen. Gleichzeitig eröffnet der Krieg durch die Zerstörung von geschaffenen Werten, Gebäuden, Produktionsmitteln, durch die durch Produktionsausfälle geschaffenen Engpässe und Not und selbstverständlich durch die Vernichtung und Abnutzung der im Vorfeld angehäuften Waffenarsenale neue Akkumulationssphären aus sich heraus. Nicht nur, dass der Krieg die notwendige Konsequenz und das letzte Mittel der von Zeit zu Zeit stattfindenden Neuverteilung der Welt ist, er ist auch an sich ein Unternehmen, aus dem sich jede Menge Profit abschöpfen lässt. Dass der imperialistische Krieg die logische Konsequenz der verschärften innerkapitalis-

tischen Konkurrenz und kein Kampf der Weltanschauungen und Ideen ist, gilt es in diesen Tagen mehr als je zuvor zu betonen.

Vormarsch neuer Mächte brachte US-amerikanisches Imperium ins Wanken

Die verschärfte Konfrontation in Osteuropa liegt auch darin begründet, dass die Russische Föderation in den vergangenen Jahren damit begonnen hat, über ihre »traditionellen Einflusssphären« hinaus neue Gebiete zu beanspruchen und zu erschließen. Nicht nur in Syrien oder Libyen, insbesondere auch im westafrikanischen Dreiländereck Mali-Niger-Burkina Faso gelang es der Russischen Föderation, in den vergangenen Jahren ausreichend politischen, ökonomischen und militärischen Einfluss zu gewinnen, um die westlichen Mächte, allen voran Frankreich, ins Abseits zu drängen. Dass heute von einem Rückzug der französischen Truppen und der sie stützenden Koalitionstruppen, von denen auch die Bundeswehr ein Teil ist, aus Mali gesprochen wird, ist das Ergebnis der verheerenden Niederlage, welche die alten Mächte in der Region erlitten haben. Mit den jüngsten Militärputschen in Mali und Burkina Faso konnte Russland auch politisch seine Vormachtstellung ausbauen und ist auf dem besten Weg, eine entscheidende Macht auf dem afrikanischen Kontinent zu werden. Dabei ist es nicht nur Russland, das sich mit neuem Mut auf das geopolitische Parkett wagt. Russland folgt dabei nur dem globalen Trend der letzten Jahre. Der Vormarsch neuer Mächte auf der ganzen Welt brachte in den vergangenen Jahrzehnten das US-amerikanische Imperium ins Wanken, und die veränderten Kräfteverhältnisse eröffneten den Raum für neue aufstrebende Kontrahenten. Anders als oft angenommen, verhalf der Fall der bipolaren Weltordnung, der Sturz des Staatssozialismus in Osteuropa, dem US-Imperium nicht zu neuer Stärke, sondern stellte die US-amerikanische Führung vor neue ungeahnte Herausforderungen. Der nordamerikanische Imperialismus, der nach dem Zerfall des Realsozialismus verzweifelt versuchte, als einzig verbliebene Hegemonialmacht sich zum Weltherrscher aufzuschwingen, geriet mit dem Beginn des neuen Jahrtausends zunehmend in die Bedrängnis einer multipolaren Weltordnung, in der neue Spieler den US-amerikanischen Führungsanspruch anzufechten begannen.

Der russische Imperialismus erkannte die Gunst der Stunde

Auf der einen Seite das Erstarken des chinesischen Staatskapitalismus und auf der anderen Seite die zunehmenden Verwerfungen im westlichen Machtblock, hervorgerufen durch das Streben einzelner ehemaliger Vasallenstaaten wie der BRD, Frankreichs, Englands oder auch der Türkei, einen eigenen imperialistischen Machtanspruch geltend zu machen, schwächten das transatlantische Bündnis in den vergangenen Jahren erheblich. Auch im Mittleren Osten gelang es den USA nicht, ihre Vision vom sogenannten »Greater Middle East Project« umzusetzen. Nach über 30 Jahren Intervention in der Region mussten die US-Strateg:innen ihr eigenes Scheitern schweren Herzens akzeptieren. Derzeit befindet sich der US-amerikanische Imperialismus auf einer taumelnden Suche nach einer neuen Strategie. Mit dem Misserfolg des Bestrebens, als einzige Ordnungsmacht die Welt zu beherrschen, droht der Zerfall des Imperiums. Gelingt es nicht, neue Allianzen zu schmieden und alte Bündnisse wie die NATO wiederzubeleben, dann drohen die innerwestlichen Widersprüche den noch von den USA dominierten westlichen Machtblock auseinanderzureißen. Der russische Imperialismus erkannte die Gunst der Stunde und begann diese Widersprüche gezielt zur Stärkung der eigenen Position zu nutzen. Dabei war die deutsche Bourgeoisie in ihrem Streben, dem deutschen Imperialismus unter neuer Flagge einmal mehr zu alter Größer zu verhelfen, auf enge ökonomische und politische Beziehungen zur Russischen Föderation angewiesen. Ähnlich wie die Türkei versucht auch der deutsche Imperialismus, durch ein doppeltes Spiel mit beiden Seiten die eigene Position zu stärken, um dem strategischen Ziel, als »Dritte Macht« zwischen USA und Russland wieder eine größere Rolle auf der Bühne der Weltgeschichte zu spielen, etwas näher zu kommen.

Interessen der verschiedenen Fraktionen des deutschen Kapitals

Schon seit langem zeichnete sich in der deutschen Politik und Wirtschaft und sogar im Militär ein zunehmender Widerspruch ab zwischen denjenigen, welche für Deutschlands Größe weiterhin auf das transatlantische Bündnis setzen, während andere bereits in Russland einen neuen strategischen Partner im Osten sehen. Politisch äußerte sich dieser Konflikt zwischen »Transatlantikern« und »Eurasiern« in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Koalitionsparteien SPD und Grüne schon im Vorfeld des jüngsten Krieges. Während bei den Grünen die transatlantische Fraktion dominiert, wird der SPD nicht zu Unrecht eine Nähe zum russischen Lager nachgesagt. Wer glaubt, dass diese Nähe in warmen Privatbeziehungen des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder und Wladimir Putin begründet ist, liegt abermals falsch. Auch hier zeichnen sich die Interessen der verschiedenen Fraktionen des deutschen Kapitals ab. Während der eine Block mehr nach Ost und der andere mehr nach West tendieren mag, lässt sich im Ganzen eben jenes »Manövrieren zwischen den Fronten« als bezeichnendes Merkmal deutscher Außen- und Wirtschaftspolitik diagnostizieren. Noch zu schwach, um sich vollständig

vom US-amerikanischen »Partner« loszusagen, wird dennoch jede Gelegenheit genutzt, das eigene Gewicht zu vergrößern und mehr Unabhängigkeit zu erreichen. Die Position des mittlerweile zurückgetretenen Marineinspekteurs Schönbach, welcher im Januar mit seiner Aussage, er wünsche sich »Russland als Partner gegen China« für Furore gesorgt hatte, wird vor diesem Hintergrund mehr als nur eine individuelle Meinung.

Der Überfall auf die Ukraine ist gleichzeitig eine Botschaft an alle Länder

Klar ist, beim Krieg in der Ukraine geht es um mehr als um die Kontrolle eines Landes. Jede Macht verfolgt ihre eigene Agenda und versucht, die neuentstandene dynamische Situation für sich zu nutzen. Anders als manchmal behauptet – dass es einen neuen Kalten Krieg, also eine neue Blockbildung gebe –, markiert der Krieg in der Ukraine nicht das Ende der multipolaren Weltordnung, aber eine neue Etappe und Qualität dessen, was Abdullah Öcalan als den Dritten Weltkrieg definiert. Jede beteiligte Macht hat dabei ein eigenes Interesse am Krieg und braucht ihn, um die eigene politisch-militärische Agenda durchzusetzen. Der russische Imperialismus schafft Fakten und beweist gegenüber den westlichen Konkurrenten, dass man bereit ist, den eigenen Machtanspruch auch mit Waffengewalt durchzusetzen, und nicht mehr länger zusehen wird, wie der eigene Machtbereich weiter eingeengt und vom westlichen Kapital durchdrungen wird. Der Überfall auf die Ukraine ist dabei gleichzeitig eine Botschaft an alle Länder im von Russland beanspruchten Einflussbereich, dass vorschnelle Schritte oder gar eine Annäherung an andere Machtblöcke ernsthafte politische und militärische Konsequenzen nach sich ziehen werden. Russland beweist mit dem Krieg in der Ukraine den eigenen Anspruch, Weltmacht zu sein. Damit geht die »Souveränität« einher, zu definieren, was Recht und Unrecht ist und wo die »Souveränität« der anderen endet.

Langzeitplan

Auch die Debatte um ein eigenständiges europäisches System »kollektiver Sicherheit« bzw. einer europäischen Armee wird vor dem Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzung einen erneuten Aufschwung erleben. Der deutsche Imperialismus nutzt die Gunst der Stunde, um im Fahrwasser der globalen Mobilisierung gegen die russische Aggression seine eigene Position zu festigen und das eigene geopolitische Schwergewicht mit militärischen Machtmitteln abzusichern. Schon im aktuellen Koalitionsvertrag, der den zynischen Titel »Mehr Fortschritt wagen« trägt, haben die Regierungsparteien die weitere Aufrüstung der deutschen Armee festgeschrieben. So sei es nötig, im »systemischen Konflikt mit Russland und China« eine entschlossene Position einzunehmen und dafür auch die Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen und autonomen Kampfsystemen sowie Kampfjets einer neuen Generation auszustatten. Diese müssten dabei auch im Hinblick auf die »nukleare Teilhabe« der Bundesrepublik Atomwaffen transportieren können. Die Eskalation in der Ukraine ist nun die gewünschte Gelegenheit, all die Pläne und Vorhaben, die schon seit Jahren in den verschiedenen Think-Tanks und diversen Stiftungen zur Genüge diskutiert und ausgearbeitet wurden, in die Praxis umzusetzen. Ein Blick in die Strategiepapiere zur deutschen und europäischen Sicherheitspolitik, die in den letzten Jahren von diesen Institutionen herausgegeben wurden, genügt, um zu erkennen, dass die aktuellen Entscheidungen nicht bloße Reaktionen auf die jüngste Eskalation sind, sondern dass hier ein Langzeitplan umgesetzt wird, der zwar fähig ist, sich flexibel an die aktuellen Geschehnisse anzupassen, jedoch im Vorhinein schon beschlossene Sache war. Ein Blick in das Strategiepapier »Neue Macht – Neue Verantwortung« ist mehr als aufschlussreich, nicht nur um die Politik der aktuellen Bundesregierung zu verstehen, sondern für das Verständnis der Gesamtstrategie deutscher Außen- und Sicherheitspolitik der letzten Jahre. Es bestehe ein »Interesse am Fortbestand einer starken und effektiven NATO, weil das Bündnis ein erprobter Rahmen für politische Konsultationen und militärische Operationen mit den USA ist«. Jedoch müssten Deutschland und die EU für die Zukunft »Formate für NATO-Operationen entwickeln, bei denen sie weniger auf US-Hilfe angewiesen sind«. Das verlange »mehr militärischen Einsatz und mehr politische Führung«, dazu müsse Deutschland einen »seinem Gewicht angemessenen Beitrag« leisten. Schlüssel dazu, endlich als Führungsmacht gestalten zu können, ist eine schlagkräftige Armee. Und so formulierte Bundesfinanzminister Christian Lindner von der FDP den Verwendungszweck der 100 Milliarden ganz offen: die Bundeswehr zur »wirksamsten Armee Europas machen«.

Ein Teil der liberalen Linken lässt sich vor den Karren der NATO spannen

Anstatt gegen den deutschen Imperialismus – den Feind im eigenen Land – Stellung zu beziehen, beginnt sich ein großer Teil der gesellschaftlichen Linken in der militaristischen Stimmungsmache zu verlieren. Ähnlich wie damals zu Beginn des ersten großen imperialistischen Weltaufteilungskriegs 1914 die übergroße Mehrheit der Sozialdemokratie Deutschlands den konsequenten Einsatz für Abrüstung, Frieden und Internationalismus beiseitelegte und in das nationalistische Kriegsgeheul des Kaiserreichs einstimmte, so wiederholen sich auch heute altbekannte Erklärungsmuster. Auch wenn man damals eingestand, dass der Krieg nicht den Interessen der arbeitenden und ausgebeuteten Massen diene und grundsätzlich abzu-





Ostermarsch Bonn 2022; Foto: Archiv

lehnen sei, so sprach man doch von der Rückständigkeit des russischen Absolutismus und dass die Arbeiterklasse unter dem Zarismus noch viel mehr leiden müsse als unter der Herrschaft des heimischen Kapitals. So wurde der Einsatz für die angebliche »Vaterlandsverteidigung« gerechtfertigt. Das Morden in den Schützengräben im Auftrag der deutschen Bourgeoisie wurde damit zu einer fortschrittlichen Tat, fast schon einer heiligen Mission im welthistorischen Auftrag, verklärt. Auch heute steht eine sich vermeintlich fortschrittlich, demokratisch und divers gebende westliche Gemeinschaft gegen einen erbarmungslosen russischen Autoritarismus, und der Kampf um die Ukraine wird zur Verteidigung freiheitlicher und demokratischer Ideale an sich erhoben. Folgen wir der herrschenden Berichterstattung, so stellt sich der Krieg in der Ukraine als ein Kampf zwischen »Gut und Böse« im Weltmaßstab dar. Ein großer Teil der liberalen Linken folgt dieser Argumentation und lässt sich damit vor den Karren der NATO spannen. Sie vermögen es nicht, der militaristischen Mobilmachung das Geringste entgegenzusetzen. Für uns gilt es, in dieser Auseinandersetzung einen klaren Kopf zu bewahren. Der Krieg in der Ukraine ist kein Kampf der Ideale, keine Auseinandersetzung verschiedener Ideologien oder Systeme, er ist und bleibt, was er schon immer war: ein innerkapitalistischer, mit Waffen ausgetragener Verteilungskampf zwischen den Kapitalfraktionen. Der Imperialismus kennt weder Ideale, noch kennt er Freunde oder Verbündete. Der Imperialismus kennt nur Interessen.

Wichtig ist, wie wir in den Lauf der Geschichte eingreifen

Wohin dieser Krieg führen wird, ist zur Stunde nicht absehbar. Vielleicht sind viele der Analysen, die wir heute machen können, nur eine Momentaufnahme und schon morgen überholt. Wichtig ist für uns nicht, wie sich der Lauf der Dinge ohnehin entwickeln wird, sondern wie wir in den Lauf der Geschichte eingreifen und die Entwicklungen bestimmen können. Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat der Dritte Weltkrieg das Stadium, in dem Stellvertreterkriege und ökonomische Kriegsführung den Charakter der Auseinandersetzung bestimmten, verlassen und ist in eine neue Phase der direkten zwischenstaatlichen Auseinandersetzung eingetreten. Mit jedem Tag, der vergeht, spitzt sich die Lage weiter zu, und sollte der Fall der Ukraine drohende Realität werden, dann ist nicht absehbar, wie die NATO-Staaten und die Nachbarländer reagieren werden. Das enorme Maß an Waffenlieferungen, finanzieller Unterstützung, aber auch die Härte der ökonomischen Sanktionen zeigen sehr deutlich, dass die NATO bereit ist, wenn nötig auch das Äußerste zu riskieren. Die Russische Föderation zeigt sich entschlossen, nicht klein beizugeben, und so versetzte das russische Regime sein Arsenal an »Abschreckungswaffen«, darunter auch nukleare Waffensysteme, am 27. Februar in erhöhte Alarmbereitschaft. Trotz der Drohungen des russischen Generalstabs, dass auch Konvois der NATO-Staaten beim Liefern von Waffen in die Ukraine legitime Ziele der russischen Streitkräfte darstellen, zeigt man sich im Westen weiter

entschlossen, das Risiko einer weiteren Eskalation in Kauf zu nehmen. Sollte auf der anderen Seite der russische Imperialismus eine Niederlage in der Ukraine erleiden und das Regime geschwächt aus dem Krieg hervorgehen, dann würde auch dies globale Verwerfungen ungeahnten Ausmaßes nach sich ziehen. Von Syrien, Libyen, dem Kaukasus, Mittelasien bis hin in den südamerikanischen Kontinent würden sich die Kräfteverhältnisse radikal verändern, und ein Wettrennen darum, wer das hinterlassene Machtvakuum zu füllen vermag, würde beginnen. Dass der türkische Faschismus, der sich im Konflikt bisher klar auf die Seite der NATO und der Ukraine geschlagen hat, auf derartige Gelegenheiten wartet, ist zumindest anzunehmen. Eine globale Schwächung Russlands würde neue Handlungsspielräume eröffnen und eine weitere Expansion, auch in die befreiten Gebiete Kurdistans und Nordsyriens, potentiell ermöglichen.



Protest in Hannover am 21.4.2022 gegen die Invasion der türkischen Armee in die kurdischen Gebiete im Nordirak.

Die alte Ordnung befindet sich im Zusammenbruch

Statt uns allerdings in Spekulationen zu verlieren, sollten wir den Moment als einen Weckruf verstehen, uns zusammenzuraffen, aufzurappeln, und uns auf die kommenden Auseinandersetzungen im 21. Jahrhundert vorbereiten. Was Abdullah Öcalan für den Mittleren Osten als Chaosintervall analysiert hat, gilt heute für den gesamten Globus. Die alte Ordnung befindet sich im Zusammenbruch, und die neue Ordnung ist noch nicht geschaffen. Der Ausgang der Krise und des Chaos steht noch nicht geschrieben, sondern wird von den Kräften bestimmt werden, die sich am besten organisieren, am diszipliniertesten arbeiten, über die richtige Analyse verfügen und im entscheidenden Moment den nötigen Mut und die Entschlossenheit besitzen, die Initiative zu ergreifen. Das Chaos bietet Chancen, aber auch große Gefahren. Wo immer sich die Widersprüche zwischen den Herrschenden entladen, gibt es auch das Potential, dass sich revolutionär-demokratische Kräfte in den aufgerissenen Klüften organisieren und stärken können. Doch klar ist auch: wer die Phase nicht richtig bewertet, den Charakter der Phase als Dritten Weltkrieg nicht richtig erkennt, wird von der Dynamik der Konfrontation hinweggefegt und aus der Geschichte getilgt werden. Egal von welcher Seite wir die Situation betrachten, ob wir nun den Krieg oder die ökologische Katastrophe analysieren, es gilt zu erkennen, dass die Lage, in der sich die Menschheit heute befindet, wohl kaum ernster sein könnte. Entweder gelingt es uns, im Weltmaßstab eine Alternative zur herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu entwickeln, oder das System wird die Menschheit in Abgründe stürzen, die nicht auszudenken sind. Es gilt, unsere Arbeiten an das Niveau der globalen Auseinandersetzung anzupassen und mit der Ernsthaftigkeit und Opferbereitschaft, die diese Lage von uns verlangt, den Kampf um eine andere Welt zu organisieren. Ebenso wie aus den Wirren des Ersten Weltkriegs der historische Prozess der Oktoberrevolution geboren wurde und mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Epoche der nationalen Befreiungskämpfe eingeläutet wurde, so gibt es auch heute inmitten des Dritten Weltkriegs das Potential und die objektiven Bedingungen für einen neuen revolutionären Aufbruch im Weltmaßstab. Woran es mangelt, sind nicht die Widersprüche, nicht das Elend und nicht die Wut auf ein System, das tagtäglich weitere Teile der Welt in Brand steckt, jedoch der subjektive Faktor, die Organisation und der Wille, die Entscheidung zum Kampf und dem Aufbau des Neuen. Es liegt in unseren Händen, ob wir weiter nur als Zuschauer:innen auf der Bühne der Geschichte stehen oder unsere Zukunft erkämpfen werden. ♦

Nach dem 5. April 2015: Krieg, mehrfache Krise und Zusammenbruch

Ohne Abdullah Öcalan kein Frieden

Fırat Can Arslan, Mezopotamya Ajansı

Das letzte Treffen zwischen dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und der İmralı-Delegation fand am 5. April 2015 statt, seitdem sind sieben Jahre vergangen. Trotz Öcalans Beharren auf Frieden und seinen Warnungen wurden die Völker mit den Zerstörungen des Krieges und diversen Krisen konfrontiert, als sich die Isolation auf İmralı verschärfte.

Die zahlreichen Krisen in der jahrhundertealten Geschichte der Türkei stehen in direktem Zusammenhang mit einer Sicherheitspolitik, die weit entfernt ist von einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage. Das Problem, mit dem sich der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan seit vierzig Jahren beschäftigt, blieb ungelöst, Zehntausende von Menschen kamen ums Leben, Tausende von Dörfern wurden niedergebrannt und zerstört, dazu kam es zu Übergriffen in den Gefängnissen und Milliarden Lira wurden verschwendet.

Außerdem zeigt die jüngere Geschichte, dass jedes Mal, wenn Öcalan in die Dialogprozesse einbezogen wird, eine Krisensituation überwunden wird. Öcalan, seit dem internationalen Komplott von 1999 in verschärfter Isolation auf İmralı, besteht seit 23 Jahren darauf, all seine Mittel einzusetzen, um die Grundlage für Frieden und Dialog zu schaffen. Während seines Strebens nach Frieden, das auch in der Isolation andauerte und von der Türkei größtenteils nicht beachtet wurde, gab es Situationen, in denen die Regierung in Zeiten krisenbedingter Stagnation im Lande eine Lösung in İmralı suchte.

Abschottung gegen die Friedensforderung

Einer der größten Schritte in Richtung Frieden war der 2013 begonnene Dialogprozess mit Öcalan. Das letzte der zur Beendigung des Krieges und für eine demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage etablierten İmralı-Gespräche fand am 5. April 2015 statt. Seitdem hat die AKP-Regierung die Dimensionen der Isolation über İmralı hinaus schrittweise auf alle Völker der Türkei ausgeweitet. Während derweil die Innen- und die Außenpolitik des Landes zusammenbrachen, verschärfte sich die politische, soziale, wirtschaftliche und soziale Krise.

Wahlentscheidung der HDP

Dem Treffen am 5. April 2015 und der Beendigung der Gespräche ging Folgendes voraus.

Die während des noch laufenden Beschlussverfahrens begonnenen, aber nach den durch Öcalans Botschaft gestoppten Kobanê-Protesten auf Eis gelegten Gespräche wurden mit der Bekanntgabe des Dolmabahçe-Konsenses am 28. Februar 2015 fortgesetzt. Die Übereinkunft wurde als größter und historischer Schritt hin zu einer demokratischen und friedlichen Lösung der kurdischen Frage gewertet. Im Gegensatz zu Öcalans wiederholten Friedensappellen war dieser Prozess aus der Sicht der AKP-Regierung und Erdoğans eine rein wahlorientierte strategische Phase. Als am 17. März 2015 die Entscheidung der Demokratischen Partei der Völker (HDP) feststand, als Partei bei den anstehenden Parlamentswahlen am 7. Juni anzutreten, wurde auch Erdoğans Dementi des in Dolmabahçe dargebotenen Bildes und des vereinbarten Zehn-Punkte-Memorandums klar.

Öcalans Kongress-Einladung

Erdoğan beharrte weiterhin darauf, das Problem nicht lösen zu wollen, selbst nachdem Öcalan zu Newroz 2015 in Amed (Diyarbakır) auf eine Wahrheits- und Konfrontationskommission hingewiesen hatte. »Mit der Grundsatzvereinbarung gemäß der Deklaration sehe ich es als notwendig und historisch an, dass sie einen Kongress abhalten, um den seit fast vierzig Jahren geführten bewaffneten Kampf der PKK gegen die Re-

publik Türkei zu beenden und die politischen und gesellschaftlichen Strategien und Taktiken im Einklang mit dem Geist der neuen Ära zu bestimmen. Ich hoffe, dass wir so schnell wie möglich einen prinzipiellen Konsens erzielen und eine Wahrheits- und Konfrontationskommission etablieren, die sich aus den Mitgliedern des Parlaments und des Begleitausschusses zusammensetzt, und die Situation erleben, diesen Kongress erfolgreich durchzuführen«, sagte Öcalan, obwohl er sich der schwankenden Politik der Regierung bewusst war, und wurde seiner ganzen Verantwortung im Namen des Friedens gerecht.

Letztes Gespräch am 5. April 2015

Öcalans Betonung des Begleitausschusses zu Newroz wurde von Erdoğan nur einen Tag später mit den Worten »Es gibt keinen Begleitausschuss, es gibt keinen Tisch« zurückgewiesen. Beim letzten Treffen auf İmralı am 5. April 2015, genau 14 Tage nach Erdoğans Ablehnung, erklärte Öcalan, das Erdoğan-Regime habe es nicht aufgegeben, das Problem nicht lösen zu wollen. Er sagte zur Delegation: »Wenn ihr oder die Landesdelegation ab jetzt nicht mehr mit dem Begleitausschuss zum Treffen kommt, hat das meiner Meinung nach keine Verbindlichkeit, keine offizielle Zustimmung, und wird auch keine haben. Wenn ihr nicht mit dem Begleitausschuss kommt, solltet ihr euch auch weigern zu kommen.«

Öcalan warnte die İmralı-Delegation, dem Staat ehle die Ernsthaftigkeit zum Dialog: »Dies könnte euer letzter Besuch sein. Es könnte sein, dass ihr nicht wieder herkommen dürft.« Nach diesem Treffen durfte die İmralı-Delegation nicht mehr auf die Insel.

Öcalan hatte gewarnt

Die Regierung ignorierte Öcalans warnenden Worte: »Wenn sich die Demokratisierung nicht entwickelt, wird der Putsch-Mechanismus ins Spiel kommen.« Stattdessen forcierte sie die Beendigung des Lösungsprozesses, da sie die nationalistischen Gruppen als ihre zweite Zielgruppe bestimmte, um allein regieren zu können.

Der Prozess führte zu mehreren Krisen

Während sich die AKP-Regierung nun völlig auf die Wahlen am 7. Juni 2015 konzentrierte, erschien die Möglichkeit, dass die HDP die Zehnprozenthürde überschreiten würde, in Regierungskreisen als nicht sehr wahrscheinlich. Allerdings verhinderte die HDP mit 13 Prozent der Stimmen, dass die AKP allein an die Macht kam, was Öcalans Vorhersagen bestätigte. Die Regierung, die bei den Wahlen nicht ihr erwartetes Ergebnis hatte erzielen können, fand die Lösung im Kriegsopportunismus. Die Isolation, die am 5. April wieder aufgenommen wurde, schuf zusammen mit den Massakern nach den Wahlen, den Mechanismen des Putsches, dem Ausnahmezustand und den Wirtschaftskrisen ein Umfeld der Isolation für die Gesellschaft. Die Atmosphäre des Vertrauens und des Friedens, die während der Prozesse entstanden war, in denen Öcalan seine Ideen und Gedanken vermitteln und sich in die Politik einbringen konnte, hat vielen Krisen Platz gemacht.

Krieg, Massaker und Operationen

Der Ausschluss Öcalans vom Geschehen führte dazu, dass sich die Völker der Türkei erneut im Krieg wiederfanden. Nach der offiziellen Beendigung des Lösungsprozesses durch die am 24. Juli 2015 eingeleiteten Militäroperationen gegen die PKK wurde im August die erste der Ausgangssperren verhängt, die die Zerstörung von Städten wie Sûr, Nisêbîn (Nusaybin), Cizîr (Cizre), Şirnex (Şırnak) und Gewer (Yüksekova) nach sich zogen. Während Hunderte von Menschen dabei ums Leben kamen, wurden Siedlungen bombardiert und zerstört. Die vom Islamischen Staat (IS) im Juni, Juli und Oktober verübten Massaker in Amed, Sûr und Ankara lösten eine chaotische Atmosphäre und mehrere Krisen im Land aus, dabei kamen 140 Zivilisten ums Leben und Tausende wurden verletzt.

Provokation in Giyadîn

Nach dem İmralı-Treffen vom 5. April 2015 gab es folgende Entwicklungen:

=> Die erste Provokation des Friedensprozesses fand am 11. April im Bezirk Giyadîn (Diyadin) von Agirî (Ağrı) statt. Es kam zu Zusammenstößen zwischen den Soldaten, die das Friedenszelt angriffen, und HPG-Mitgliedern. Die Zivilbevölkerung holte die Verwundeten aus der Konfliktzone. Im Bericht der Mitglieder der İmralı-Delegation, die in die Region gereist waren, um die Provokation vor Ort zu untersuchen, hieß es, dass der Gouverneur von Ağrı persönlich daran teilgenommen habe und die Soldaten mit den Vorbereitungen für diese Operation Tage vorher begonnen hätten. Und der Staat habe damit gegen den Waffenstillstand verstoßen.

In der Druckerei verschwunden!

=> Ahmet Davutoğlu *[damals Ministerpräsident und AKP-Vorsitzender]*, der am 15. April das Wahlprogramm der AKP verkündete, bezichtigte den damaligen HDP-Co-Vorsitzenden

Demirtaş des »Verrats« und behauptete, sie, die AKP, sei nationalistischer als die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) selbst, und fügte hinzu: »Die Leute wissen, wer die Nationalisten sind.« Die Erklärung enthielt keinen Abschnitt zum Lösungsverfahren, und Davutoğlu erklärte dies damit, der sei auf dem Weg zur Druckerei verschwunden.

=> Als die HDP-Zentrale am 18. April angegriffen wurde, sagte Sırrı Süreyya Önder, stellvertretende Kandidatin der HDP Ankara und Sprecherin der Imralı-Delegation: »Nichts wird passieren, solange der Staat nicht an dem Prozess beteiligt ist.«

=> Das Publikum kehrte Erdoğan, der am 4. Mai eine Kundgebung in Mêrdîn (Mardin) abhielt, den Rücken zu.

Erdoğans Pläne B und C

=> Präsident Erdoğan erklärte in einer Fernsehsendung am 21. Mai, dass bereits militärische Vorbereitungen in der Region getroffen worden seien, und im Hinblick auf den Friedensprozess sagte er, dass die Wahlen am 7. Juni einen Wendepunkt darstellten und die Pläne B und C entsprechend der Wahlergebnisse umgesetzt werden könnten. Er brachte seine Gleichgültigkeit gegenüber der AKP zum Ausdruck: »Meine Freunde sagen, es gibt Selbstzufriedenheit, wir können das nicht verhindern.«

Arınçs Drohung

=> Am 3. Juni erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Bülent Arınç: »Diejenigen, die mit uns spielen und sagen, wenn die AKP nicht mehr an der Macht ist, dann ist es eben diese oder jene Partei, sollten wissen, dass es ohne AKP auch keinen Lösungsprozess gibt.«

=> Obwohl die AKP bei den Wahlen 40,87 Prozent der gültigen Stimmen erhielt, verlor sie ihre Macht, da die HDP 13,8 Prozent erzielte und 80 Abgeordnete stellte. Aus aller Welt trafen Glückwunschbotschaften an die HDP ein.

=> Vizepremierminister Yalçın Akdoğan, der die HDP für das Scheitern der AKP verantwortlich machte, sagte einen Tag nach der Wahl: »Von nun an werden sie höchstens noch einen Film über den Lösungsprozess drehen können.«

Hungerstreik

Die verstärkte Isolation brachte Jahre mit sich, in denen die gesellschaftliche Atmosphäre immer kriegerischer wurde und Lösungen blockiert wurden. Das erste Treffen mit Öcalan nach dem 5. April 2015 fand statt, als sich die am 8. November 2018 in den Gefängnissen begonnenen Hungerstreiks in kurzer Zeit ausbreiteten. Die kurdenfeindlichen Angriffe wurden währenddessen fortgesetzt. Am 20. Januar 2018 hatten die türkischen Streitkräfte (TSK) zusammen mit der Freien Syrischen Armee (FSA) einen Angriff auf Efrîn eröffnet, bei dem Hunderte von Zivilisten getötet und Hunderttausende vertrieben wurden. Am 180. Tag des Hungerstreiks fand ein Treffen mit Öcalan statt, bei dem sich das Bewusstsein offenbarte, dass die Befreiung von dem sich vertiefenden Chaos und der Zerstörung der Umwelt durch İmralı kam.

2019: Frieden geht weiter

Acht Jahre nach dem letzten Treffen mit seinen Anwälten fand am 2. Mai 2019 erneut eine Zusammenkunft statt. Dabei richtete sich Öcalan an den Staat und die Regierung: »Ich sage, dass ich in einer Woche die Möglichkeit eines Konflikts beseitigen werde. Ich löse ihn, ich bin zuversichtlich und bereit für eine Lösung. Der Staat und die staatliche Mentalität sollten jedoch das Notwendige tun«, hielt er an seiner friedfertigen Haltung fest. Der Verkehr mit seinen Anwälten wurde erneut unterbrochen, und deren Besuchsgesuche für İmralı wurden nicht einmal beantwortet.

Öcalan, von dem seit fast zwei Jahren nichts mehr zu hören war, führte am 25. März 2021 ein viereinhalbminütiges Telefongespräch mit seinem Bruder Mehmet, aufgrund der wachsenden Besorgnis und der heftigen Reaktionen auf ihn in den sozialen Medien. Er machte bei diesem unterbrochenen Kontakt auf die aktuellen Zustände im Land aufmerksam: »Der Staat spielt falsch und ihr auch. Das ist nicht rechtens und auch nicht richtig.« »Ich möchte, dass meine Anwälte herkommen und mit mir sprechen«, sagte er.

Wenn Öcalan teilnimmt …

Die sieben Jahre seit dem letzten Treffen auf İmralı am 5. April 2015, als Öcalan verschärfter Isolation unterworfen wurde, haben einmal mehr gezeigt, dass jedes Mal, wenn er nicht in die demokratische Lösung der kurdischen Frage eingegriffen hat, die Türkei mit Krieg und verschiedensten Krisen konfrontiert war oder ein Staatsstreich in Gang gesetzt wurde. Im politischen Prozess wurde den Völkern der Türkei zu jeder Zeit, in der ihre Ideen das Ausland erreichten, ein Umfeld des Vertrauens und des Friedens geboten. ♦

Brief eines Gefangenen zum Internationalen Tag der politischen Gefangenen

30 Jahre im Käfig

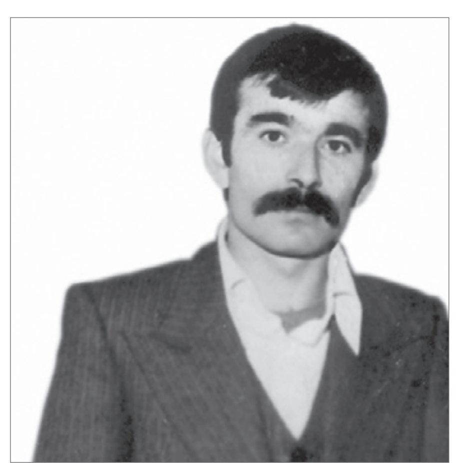
Hüseyin Bilge

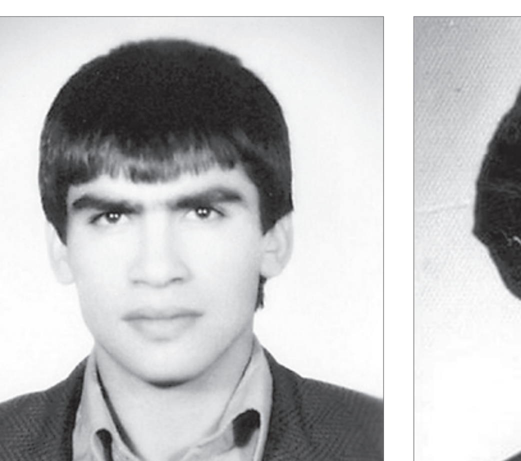
Seit 1992 ist Hüseyin Bilge politischer Gefangener des türkischen Staates. Im Alter von 23 Jahren wurde er mit einer Gruppe von ca. 20 Studierenden nach dem Brand des »Çetinkaya Store« inhaftiert. Zum Internationalen Tag der politischen Gefangenen 2022 schreibt er aus dem Gefängnis einen persönlichen Bericht nach draußen. Er schreibt über die mentalen Veränderungen durch die Gefangenschaft, die Bedeutung des Zusammenhalts drinnen und das Gefängnis im Kopf, welches uns mehr schadet als körperlich eingesperrt zu sein.

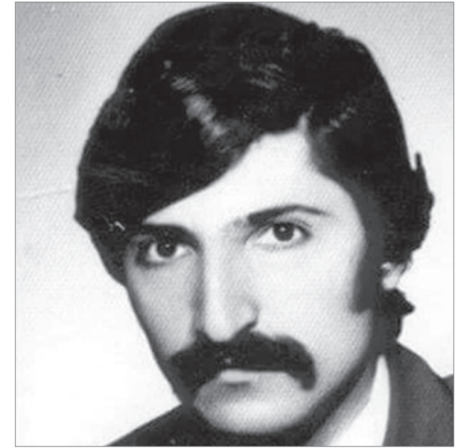
Es ist nicht leicht, ein 30-jähriges Leben hinter vier Wänden aufzuschreiben. Also zumindest für mich nicht. Deshalb dachte ich nicht, es gut machen zu können, aber ich habe trotzdem versucht, mein Herz hineinzugeben. Diejenigen, die uns ein wenig kennen, wissen, dass »Ich” in unserem Stil entweder gar nicht oder nicht sehr erwünscht ist, es ist kein anerkannter Stil. Anstelle von »meine« Haltung, »mein« Widerstand verwenden wir kollektive Begriffe wie »unsere« Haltung, »unser« Widerstand und so weiter. Aber da ich in diesem Artikel lieber meine eigenen Gedanken und Erlebnisse formulieren und teilen möchte, als andere Momente oder die anderer Freund:innen, benutze ich natürlich den »Stil der ersten Person«.

Hinter den vier Mauern verbirgt sich eine uralte Realität dieses Landes

Jede:r hat seine:ihre eigenen Gedanken darüber, was er:sie befürchtet oder weiß, was hinter den vier Wänden passiert und wie es passiert. Aber tatsächlich verbirgt sich hinter den vier Mauern eine uralte Realität dieses Landes. Man wird in seinem eigenen Land wie ein Ausländer behandelt und das ist in gewisser Weise unvermeidlich. So war es gestern und so ist es heute. Wenn du dein eigenes Haus nicht besitzen kannst, wird es wohl morgen auch nicht möglich sein. In Bezug auf die gegnerischen Kräfte ist es offensichtlich, was in den Kerkern angestrebt wird. Einfach ausgedrückt wurden sie als Mittel zur Reformierung, Wiederbelebung und Züchtigung errichtet. Für die Widerstandskräfte ist jedoch der Standort der Gefängnisse









Kemal Pir

Mazlum Doğan

Xeyri Durmuş

viel wichtiger. In dieser Hinsicht sind die Geschichte und das Vermächtnis dessen, was in Gefängnissen geschah, offensichtlich. Es wäre nicht übertrieben zu sagen, dass es ein Schatz für diejenigen ist, die ehrlich von diesem Erbe profitieren können.

Dieses Vermächtnis, dessen Fundament mit Mazlum, Kemal und den Xeyri gelegt wurde, nährt genauso wie gestern auch heute noch jeden neuen Häftling. Deshalb halte ich es für eine Untertreibung, ihnen unsere Dankbarkeit auszudrücken.

Die Wärme der Gemeinschaft

Am 07. Januar 1992 wurde ich gefangen genommen. Nach wochenlanger Haft, Folter und Misshandlung gehen wir hinein. Es geht mir nicht aus dem Kopf. Nach einem riesigen Korridor und großen Zellen öffnet sich vor uns die Tür zu einer Art Exil. Sobald wir den Trakt betreten, hängt das Banner »Partiya Karkerên Kurdistan«, von einem Ende zum anderen angebracht, in Gelb auf rotem Grund. Wenn man hier aus der Folterkammer hineinfällt, verspürt man ein Gefühl von Geborgenheit, eine »Heimatwärme«. Besonders wenn eure Freund:innen, die Herzlichkeit von Hevals, aufrichtige Begrüßung und Umarmungen, das Gefühl, hier zu ihnen zu gehören, dich erfüllt.

Ich denke, einer der Gründe, warum man es hier aushalten kann, ist, sich nicht so abzugrenzen, sich als »ein Mitglied dieser Familie« zu sehen und zu fühlen … deshalb ist es wichtig, seinen Stolz teilen zu können und seine Knochenarbeit zusammen zu verrichten.

Das nie endende letzte Jahr

Ich kam mit 23 rein, wir studierten an der Universität. Tatsächlich hatten wir keine Vergangenheit als Guerilla-Kämpfer:innen, Militante:r und so weiter. Unser Fall war der Vorfall des niedergebrannten »Çetinkaya Store«. Ich glaube, die meisten von uns waren Studierende. Zu dieser Zeit waren ungefähr zwanzig Freunde im Bayrampaşa Sağmalcılar Gefängnis, aber wir wurden auch dorthin geschickt und so waren wir doppelt so viele. Ob es bewusst war? Ich weiß nicht, ob es an Unwissenheit oder Irrtum lag.

Es ist bekannt, dass »Amnestie« in Gefängnissen nie ausgeschlossen ist, insbesondere bei den Straftäter:innen. Auch wenn dies bei uns nicht der Fall ist, heißt es vorher beziehungsweise zunächst: »Ihr habt nichts, ihr werdet alle rauskommen«. Dann sagt man »nach ein paar Anhörungen« und schließlich bekommt man die »Strafe« und es beginnt ein neues Kapitel. Diesmal heißt es, dass »nichts passieren wird, in ein paar Jahren sind wir alle draußen«.

Dann wird aus irgendeinem Grund jedes Jahr zum »Abschlussjahr« die »Wir sind draußen«-Stimmung wird verbreitet. Aber aus irgendeinem Grund endet oder kommt dieses letzte Jahr nicht. Ich kann sagen, dass ich etwa ein Jahrzehnt so verbracht und gelebt habe. Dann erkannte und fühlte ich die Realität allmählich tiefer. Zweifellos war dies ein Endpunkt. Es gibt keinen Fall von »Abschlussjahr«.

Diejenigen, die einen Grund zum Leben haben, ertragen jedes Wie

Mit anderen Worten, du verstehst, während du lebst; du lebst, je mehr du verstehst. Kurz gesagt, es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Bedeutungsebene und der Fähigkeit, das Gefängnis richtig zu leben. Meiner Meinung nach ist das Wichtigste, was Menschen am Leben erhält, die Tiefe und das Gewicht ihres Verständnisses dessen, wofür es ein Leben aufzugeben lohnt. Schließlich befinden wir uns in einer vergänglichen Welt. In diesem »zweitürigen Wirtshaus« erleben wir alle eine gewisse Vorläufigkeit, ein Zu-Gast-Sein. Wofür sollte dieses Leben dann geopfert werden? Insofern gibt einem das Land, sein Volk, zumindest das Gefühl, um der Befreiung Willen verschwendet zu werden, es gibt den Menschen einen sehr starken Widerstand und eine eigene Kraft. Natürlich Ehre und Glück zugleich. Man sagt ja, diejenigen, die einen Grund zum Leben haben, ertragen jedes Wie. Wenn sich diese Gedankentiefe in dir festsetzt, wird einem:einer sogar der Tod nichts ausmachen.

Der innere Käfig

Aber es geht nicht nur darum, körperlich am Leben zu bleiben. Immerhin überlebt eine Person irgendwie fast. Was zählt ist, wie lange du mit dem, woran du glaubst, stehen kannst. Wirst du in der Lage sein, friedlich und mit erhobenem Haupt herauszukommen, wenn du morgen angesichts dessen, was du verloren hast, die Haft verlässt? Ich denke, das ist das Hauptproblem. Genauso wie in dieses Land zu gehen, das Tragen dieses Kleides und Trikots eine Person nicht erfolgreich macht, macht das Einsitzen von 30 Jahren allein eine Person nicht gut oder perfekt. Dabei »gut« zu sein, liegt ganz in der eigenen Hand. Ehrlichkeit, Bewusstheit, Willensbemühungen sind in dieser Hinsicht nicht die Hauptdeterminanten. Tatsächlich ist ein jahrelanger Aufenthalt zwischen vier Wänden meiner Meinung nach keine Situation, die dich langweilt und unruhig macht, oder noch mehr, die dich zerstört. Die eigentlichen unruhigen und langweiligen Dinge erleben wir »im Inneren«. Mit



Die Gefängniskomission des IHD (Menschenrechtsverein) Istanbul fordert die Freilassung aller schwerkranken Gefangenen. Foto: IPA

anderen Worten, der Ort, der Käfig, die Behandlungen von morgen, die Wände und so weiter sind nicht nur langweilig, sondern sie stören die Ruhe, wenn sie von »innen« kommen.

Anders gesagt, die Essenz der Sache sowie der Frieden und das Glück eines Menschen sind im Kerker in uns verborgen. Wenn du den Kerker erst einmal zum Verstand und Herzen gebracht hast, wirst du selbst am meisten im Käfig leben. In umgekehrter Haltung sind wir keine Blume, die an den Wänden und manchmal auf den Böden blüht. Leider sind unsere diesbezüglichen ›linken Kinderkrankheiten‹ nicht geringer. Manchmal gehen wir aufeinander los, mauern Wände zwischen uns, ziehen Drahtzäune. Manchmal stechen wir einander wie Dornen. Das ist das, was wir das echte Verlies nennen, dann fängt es an. Mit anderen Worten, nicht unsere Kerker sind die Mauern von morgen, sondern unsere »Dornen«, die wir ineinander versenken. Ich habe dir gesagt, Erbe ist sehr wichtig. In dieser Hinsicht würde ich sagen, dass diejenigen, die den Mottos »Schreibe ›schuldig‹ an mein Grab« (von M. Xeyri Heval) und »Ich liebe mein Leben so sehr, um dafür zu sterben« (K. Pir) folgen, den richtigen Weg einschlagen werden für das Leben in Gefängnissen.

Ratschläge für das Innere

Bescheidenheit, Selbstaufopferung, Aufrichtigkeit und Einfachheit … Wenn wir über mich persönlich sprechen; Ich selbst habe nie aufgeschaut, ich habe immer davon geträumt, ein guter Liebhaber eines Landes und Volkes zu sein, weil es mir immer gereicht hat, diese Prüfung mit reinem, unbeflecktem Herzen und hoch erhobenen Hauptes zu beenden und »eine angenehme Stimme in der Himmelskuppel zu hinterlassen«. Ich weiß es nicht, aber ich sage, dass dieses Gefühl den Menschen die Kraft gibt, Widerstand zu leisten, genauso wie Frieden.

Nazım hat ein Gedicht mit netten Ratschlägen für das »Innere«. An einer Stelle sagt er:

»… Also zehn Jahre, fünfzehn Jahre drinnen
mehr auf dem Feld
Es ist nicht undurchdringlich, es ist passierbar.
Es reicht, wenn es nicht dunkel wird
das Juwel unter der linken Brust«

Ja, wir können von unserem Land, unserer Gesellschaft, unseren Lieben abgeschnitten und in einen Käfig hinter vier Wänden gesperrt werden. Aber es geht nicht um physische Wände, Nähe oder Distanz. Wenn du den Kerker zum Einsturz bringst, aber das Gehirn und das Herz einsperrst, bist du bereits drinnen. Aber wenn du nicht zulässt, dass der Kerker in dein Gehirn und Herz kommt und dein Herz nicht verdunkelt, sage ich, dass die vergehenden Jahre dich nicht »verdunkeln«, sondern nur reifen werden. ♦

18.03.2022
Hüseyin Bilge

Die Mär vom Typ-S-Gefängnis

Über die Entmenschlichung durch die Typ-F-Gefängnisse

Fabian Priermeier

Seit Jahrzehnten herrscht in der Türkei eine nach innen gerichtete Repressionspolitik vor, mit der die Regierung versucht, jegliche Form von Opposition im Land zu unterdrücken. Viele parlamentarische Parteien wurden verboten, unzählige Vereine geschlossen und politisch Andersdenkende werden verfolgt. Aktuell befinden sich zehntausende Politiker:innen und Journalist:innen in Gefängnissen im ganzen Land, unter den bekanntesten von ihnen sind beispielsweise Selahattin Demirtaş, ehemaliger Co-Vorsitzender der »Demokratischen Partei der Völker« (HDP) und Abdullah Öcalan, Vorsitzender der »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK). Der türkische Staat hat über die letzten Jahrzehnte hinweg ein Gefängnissystem geschaffen, welches mithilfe von Folter und Isolation die politischen Inhaftierten brechen soll. Die intensivste Form dieser Politik findet ihren Ausdruck in den sogenannten Typ-F-Gefängnissen. In diesem Text wollen wir ein Auge auf die Geschichte und den Aufbau dieser Art von Gefängnis werfen und dabei auch das neue Typ-S-Gefängnis vorstellen.

Über die Entstehung und den Aufbau von Typ-F-Gefängnissen

In der Türkei gibt es etliche verschiedene Formen von Gefängnissen (A, A1, A2, A3, B, C, D, E, F, H, K1, K2, L, L1, M, S, T), wobei wir uns auf den Typ-F und den neuen Typ-S fokussieren wollen. Das Typ-F-Gefängnis wurde in erster Linie zur Unterbringung von Angehörigen politischer Organisationen erbaut. Seitdem im Jahre 2002 die Todesstrafe in der Türkei abgeschafft wurde und durch die lebenslange Freiheitsstrafe ersetzt wurde, welche im Gegensatz zu hier in Deutschland eine tatsächliche Inhaftierung bis zum Tode bedeutet, sind hierfür zumeist die Typ-F-Gefängnisse vorgesehen.

Bereits seit den 60er und 70er Jahren ließ sich die türkische Justiz zunehmend von Methoden aus dem Westen beeinflussen. Während zu dieser Zeit in der Türkei Inhaftierung für politische Gefangene automatisch auch physische Folter bedeutete, wurde im Westen längst auf andere Methoden gesetzt. Nämlich auf psychische Folter in Form von Isolation – in Extremfällen durch den »toten Trakt«, der insbesondere gegen die Gefangenen aus der »Rote Armee Fraktion« (RAF) hier in Deutschland Anwendung fand – die keine äußerlich erkennbaren Spuren hinterließ. Seitdem hat sich vieles in der Türkei gewandelt und das Typ-F-Gefängnis (als dessen Vorbild das US-amerikanische »Supermax«-Gefängnis und die europäischen »Hochsicherheitsgefängnisse« dienten) stellt eine Verschmelzung beider Methoden dar. Gefangene berichten immer wieder von vielen abscheulichen Foltermethoden, insbesondere davon, dass sie geschlagen werden, dass ihnen Strom durch den Körper gejagt wird und hauptsächlich in den letzten Jahren verstärkt über die Wirkung der Isolationshaft.

Alle Typ-F-Gefängnisse, von denen aktuell nach offiziellen Angaben 13 bestehen, sind nach einem einheitlich festgelegten Bauplan errichtet worden. Dabei umfasst das geschlossene Gelände 30 000 m². Das Gefängnis selbst ist für 368 Inhaftierte ausgelegt, die in 59 Einzelhafträumen und 103 Gemeinschaftshafträumen (mit bis zu max. 3 Personen) untergebracht werden. Bereits das stellt einen starken Kontrast zu anderen »normalen« Gefängnissen in der Türkei dar. Denn normalerweise sind die dortigen Gefängnisse wie Kasernen konstruiert und die Hafträume umfassen dort zwischen 20 und 100 Personen, was den sozialen Austausch der Gefangenen gewährleistet. Die Einzelhafträume sind in etwa 8,5 m² groß, wohingegen die Gemeinschaftshafträume, je nach Angaben, bei 30 – 40 m² liegen. Für den Hofgang steht jeweils eine Fläche von bis zu 50 m² zur Verfügung.

Eskişehir – Über die Geschichte der Typ-F-Gefängnisse

Das erste Typ-F-Gefängnis entstand über eine lange Geschichte des Widerstandes hinweg in der Stadt Eskişehir im Westen der Türkei. Das dortige Gefängnis, in dem zu großen Teilen politische Gefangene inhaftiert waren, die noch im Zuge des Putsches 1980 in der Türkei inhaftiert worden waren, wurde im August 1989 geräumt, nachdem dort mehrere

Fluchttunnel entdeckt worden waren. Das Justizministerium entschied, den sowieso notwendig gewordenen Umbau zu nutzen und einen ersten »Sondertyp« Gefängnis zu schaffen. Dieser Vorgänger des Typ-F-Gefängnisses wurde im Februar 1991 eröffnet und hatte zum ersten Mal zusätzliche Einzelhafträume. Kurz danach, am 12. April 1991, verabschiedete die Regierung trotz heftigen Widerstandes, das »Antiterrorgesetz« (ATG). Dies schrieb unter anderem nun vor, dass Personen die auf Grund des ATG‘s verurteilt wurden, in diesen speziellen Vollzugsanstalten ihre Strafe absitzen und in diesem »Zellensystem« – bestehend aus Einzel- und Gemeinschaftshafträumen für bis zu maximal drei Personen – untergebracht werden müssen. Mit dem verabschiedeten Gesetz kam zum ersten Mal auch der Begriff »Typ-F« auf.

In den folgenden Monaten bis zum November desselben Jahres, wurden insgesamt 206 politische Gefangene nach Eskişehir gebracht. Doch die Inhaftierten protestierten gegen die Haftbedingungen und insbesondere gegen die ungewohnten Einzelzellen, die sie als »Sargräume und enge Folterzellen« bezeichneten. Auch andere Berichte über Folter und Misshandlungen in dem Gefängnis wurden zusammengetragen, sodass es letztlich dem »Menschenrechtsverein« (İHD), der »Menschenrechtsstiftung der Türkei (TİHV) und dem »Türkischen Ärztebund« (TTB) gelang, gegen dieses Gefängnis vorzugehen. Das Justizministerium konnte sich nicht gegen die Vorwürfe wehren und war schließlich gezwungen, das Gefängnis in Eskişehir am 24. November 1991 wieder zu schließen. Doch der Erfolg hielt nicht lange an, denn im Oktober 1995 wurde das Gefängnis wieder eröffnet, mit dem Versuch, dies bis zu einem gewissen Punkt vor der Gesellschaft zu verheimlichen. Durch erneuten Widerstand gegen das Gefängnis im folgenden Jahr wurde erreicht, dass die Pläne wiederum aufgegeben werden mussten. Denn im Jahre 1996 versuchte die Regierung, alle nach dem ATG Verurteilte aus Istanbul nach Eskişehir zu verlegen. Daraufhin traten dutzende Gefangene in ein Todesfasten, eine extreme Form des Hungerstreiks, bei dem die Beteiligten nur noch Wasser, Zucker und Salz zu sich nehmen. Dabei verloren zwölf von ihnen ihr Leben.

Im Jahr der Jahrtausendwende 2000 verschärfte sich die Diskussion um die Typ-F-Gefängnisse erneut. Der damalige Justizminister Hikmet Türk wollte den Übergang zum Zellensystem schaffen und ließ mehrere Typ-F-Gefängnisse errichten, bzw. alte Gefängnisse umbauen. Als Reaktion auf diese Entwicklung entschieden sich die politischen Gefangenen erneut dazu, in Form eines Hungerstreiks Widerstand zu leisten, welchen sie am 20. Oktober starteten. Während sich anfangs hunderte Inhaftierte aus etlichen Gefängnissen daran beteiligten, wuchs die Zahl zeitweise auf 1150 Beteiligte aus 48 Gefängnissen der Türkei an. Nach knapp einem Monat wurde der Hungerstreik in Todesfasten umgewandelt.

Die türkische Regierung, die Angst vor einem erneuten Rückschlag hatte, griff auf Repression zurück und startete eine Operation in den Gefängnissen, die den zynischen Namen »Operation Rückkehr ins Leben« trug. In der Nacht vom 18. auf den 19. Dezember stürmten 8500 schwerbewaffnete Soldaten und Beamte der Militärpolizei, darunter auch Spezialbataillone und Eliteeinheiten der Geheimdienste, 20 türkische Gefängnisse. Während dieses militärischen Großangriffs mit Präzisionsgewehren, Nachtsichtgeräten, Flammenwerfern, Panzern, Hubschraubern, Nervengas-, Rauch- und Gasbomben, Bulldozern, Baggern, Vorschlaghämmern, Schweiß- und Bohrmaschinen wurden etwa 20 000 Tränengas-, Nervengas-, Pfefferspray- und Rauchbomben in die Gefängnisse geworfen. Mindestens 30 Gefangene und zwei Soldaten wurden getötet, mehrere hundert zum Teil schwer verletzt. Des Weiteren gelten bis heute 34 Gefangene als offiziell »verschwunden«.

Nach der Erstürmung wurde der Großteil der Gefangenen in Typ-F-Gefängnisse verlegt, wo sie ihren Hungerstreik über sieben Jahre fortsetzten. Etwa 300 Gefangene wurden zwangsweise in Krankenhäuser eingeliefert, verweigerten jedoch die Aufnahme von Nahrung und die medizinische Behandlung. Sie erreichten jedoch nur noch geringfügige Verbesserungen, wie etwa das Recht auf einen kollektiven Hofgang von zehn Stunden pro Woche. Dieses Recht wird aber bis heute immer wieder ausgesetzt.

Wie aus Typ-F plötzlich Typ-S wurde und über die aktuelle Lage in den Gefängnissen

Bis heute wurde die Zahl der Typ-F-Gefängnisse auf 13 erhöht. Sie sind chronisch überfüllt, jedoch wurden weder die Probleme beseitigt, noch ist der Widerstand in den über 20 Jahren erstickt worden. Deswegen entschied sich die türkische Regierung einen neuen Gefängnis-Typ zu schaffen, den sogenannten Typ-S. Die ersten Gefängnisse dieser Art wurden 2021 fertiggestellt und ab 2022 werden fünf von ihnen in den Städten Antalya, Manavgat, Bodrum, Iğdır und Samsun in Betrieb genommen. Berivan Korkut, Koordinatorin in der »Zivilgesellschaftliche Vereinigung im Strafvollzug« (CİSST), gab beispielsweise gegenüber der *Medya News* ihre Einschätzungen zu den Typ-S-Gefängnissen und den Vorgängen in ihnen ab. Sie betonte dabei, dass die »Einzel- und Dreierzellen […] die gemeinsamen Merkmale der beiden Gefängnisse [sind]. Es gibt jedoch Unterschiede bei den Kapazitäten der beiden Gefängnistypen. Die Kapazität der Typ-F-Gefängnisse liegt bei 368 Gefangenen, die der Typ-S-Gefängnisse dagegen bei 552. In dieser Hinsicht können wir sagen, dass es sich bei den Gefängnissen des Typs S im Grunde um renovierte Gefängnisse des Typs F mit einer höheren Kapazität handelt.«

Es lässt sich also festhalten, dass die türkische Regierung mit dieser Politik zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen will. Zum einen will man den Widerstand gegen das Typ-F-Gefängnis ins Leere laufen lassen, indem man die Menschen durch eine Umbenennung täuscht und zum anderen wird der Umstand zugleich genutzt, um die Kapazitäten der Gefängnisse zu erhöhen. Es sind laut Korkut auch bereits erste Gerüchte darüber im Umlauf, dass es Pläne für zwei weitere Typ-S-Gefängnisse gibt. Sie betonte, dass die Vereinigung CİSST ganz klar erkennen kann, dass durch diesen Schachzug die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema immens verhindert wird. Während die Typ-F-Gefängnisse erhebliche Reaktionen in der breiten Gesellschaft auslösten, herrscht bisher noch ein großes Schweigen gegenüber den neuen Komplexen.

Korkut erklärte, dass das Justizministerium auf Anfragen der CİSST zu den Unterschieden zwischen F- und S-Typ-Gefängnissen geantwortet habe: »Diese Informationen betreffen die Vertraulichkeit der Einrichtungen, wir können sie nicht herausgeben.« Korkut wies darauf hin, dass es nicht genügend Informationen über diese Gefängnisse gebe, und betonte, dass sie hauptsächlich als neue Isolationsgefängnisse für politische Gefangene dienten. Trotz der Schwierigkeit detaillierte Informationen zu erhalten und obwohl gerade erst begonnen wurde, Gefangene in diese Gefängnisse zu verlegen, gibt es bereits erste Berichte von den Gefangenen selbst über Rechtsverletzungen wie Leibesvisitationen.

Des Weiteren sind seit Jahresbeginn mindestens elf Insassen unter verdächtigen Umständen ums Leben gekommen. Zuletzt der zwanzigjährige Can Güder, ein gesunder junger Mann, inhaftiert in dem Typ-F-Gefängnis in Wan, der durch einen Herzinfarkt verstorben sein soll. Auch in dem neuen Typ-S-Gefängnis in Reşgelas (tür.: Iğdır) kam es bereits innerhalb kürzester Zeit zu zwei Toten, Sezer Alan und Sinan Kaya, mit überaus verdächtigen Todesumständen ist. Seit acht Monaten saß der 28-Jährige eine Freiheitsstrafe in Höhe von drei Jahren wegen des Vorwurfs der »Terrorpropaganda« ab. Er soll in seiner Einzelzelle Suizid begangen haben, doch seine Angehörigen bezweifeln dies. Kurz vor seinem Haftantritt soll Sinan Kaya noch eine Lungentransplantation erhalten haben, äußerten die Eltern. Dass er suizidal gewesen sein könnte, wollen weder sie noch andere glauben, die Kaya in Xoşxeber kannten. Das endgültige Obduktionsergebnis im Fall Sinan Kaya stehe weiterhin aus, in einem vorläufigen Bericht würden keine Angaben zur Todesursache gemacht.

Zur Situation kranker Gefangener erklärte Berivan Korkut, dass es im offiziellen Institut für Gerichtsmedizin (ATK) strukturelle Probleme gebe. Sie sagte: »Viele Nichtregierungsorganisationen weisen seit Jahren darauf hin, dass das ATK strukturell keine unabhängige Einrichtung ist. Viele Gesundheitsorganisationen haben geäußert, dass das ATK politisch motivierte Entscheidungen trifft. Darüber hinaus haben Gefangene, die das ATK besucht haben, einen überwiegend negativen Eindruck von der Haltung, die sie dort antreffen.«

Korkut erklärte, dass anstelle des ATK unabhängige Universitätskliniken und Entscheidungsmechanismen mit großen unparteiischen Gremien eingerichtet werden sollten, und wies darauf hin, dass die Probleme kranker Gefangener weiter zunehmen werden, wenn das strukturelle Problem nicht gelöst wird. Sie sagte: »Auch wenn die Verwaltung gute Absichten in Bezug auf kranke Gefangene hat, wissen wir, dass es viele kranke Gefangene gibt, die während des bürokratischen Prozesses vor der Verlegung ins Krankenhaus ihr Leben verloren haben. Wir sind der Meinung, dass es eine grundlegende Notwendigkeit ist, Mechanismen zu schaffen, die der Gesundheit der Patienten so schnell wie möglich Vorrang einräumen.«

Korkut betonte, dass die CİSST versuche, die Zahlen über kranke Gefangene, die ihr Leben verloren haben, in Erfahrung zu bringen: »Es gibt auch eine sehr große Zahl kranker Gefangener, über die in der Presse nicht berichtet wird. Es ist sehr schwierig für sie, gemeinnützige Organisationen zu erreichen und für ihre Familien, ihre Fälle bekannt zu machen. Die Zahlen, die uns vorliegen, sind sehr begrenzt«, sagte sie. Sie wies darauf hin, dass sie sich wiederholt an die staatlichen Stellen gewandt habe, um Informationen in dieser Angelegenheit zu erhalten, dass ihr diese Zahlen jedoch nicht zur Verfügung gestellt worden seien.

Auch internationale Organisationen haben sich mehrfach zu den Haftbedingungen in den Gefängnissen geäußert. Amnesty International hat bereits mehrfach über die »harten und willkürlichen Disziplinarstrafen« und die »Isolation von Häftlingen in Typ-F-Gefängnissen« berichtet. Auch das »Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe« (CPT) berichtete, dass die Anwendung isolationsähnlicher Haft sehr schädliche Auswirkungen für die betroffene Person haben und zu unmenschlicher und entwürdigender Behandlung führen könne.

Seit Jahrzehnten gibt es regelmäßige Berichte über die unmenschliche Situation in türkischen Gefängnissen und auch über die Folter in der Haft. Trotzdem schweigt die internationale Staatengemeinschaft weiterhin dazu und lässt keine Konsequenzen auf die Berichte folgen. Im Gegenteil haben Länder, wie insbesondere Deutschland, nun erneut begonnen, eine große Anzahl geflüchteter Menschen aus der Diaspora in die Türkei abzuschieben, ungeachtet der dortigen Situation. ♦

Rückblick auf den 8. März 2022

Unser Feminismus ist international!

Women Defend Rojava

Am 8. März gehen weltweit Feminist*innen seit 111 Jahren auf die Straßen, um ihrem Protest gegen Sexismus und Patriarchat Ausdruck zu verleihen.

An vielen Orten haben sich Menschen aus unterschiedlichen Gruppen und Bewegungen zusammengefunden, um gemeinsam zu streiken, zu demonstrieren, sich auszutauschen, zu stärken und einen kämpferischen 8. März zu feiern. An diesem Tag, wie an kaum einem anderen Tag im Jahr, wird deutlich, dass der Widerstand gegen das Patriarchat und der Kampf für eine befreite Gesellschaft international gedacht werden muss.

An dieser Stelle wollen wir als Kampagne »Women Defend Rojava« einen Rückblick und eine Einschätzung über die feministischen Widerstände am 8. März 2022 in Deutschland geben.

Auf der Suche nach Analysen und Berichten über die zahlreichen Proteste am feministischen Kampftag 2022 fällt auf: Sie sind schwer zu finden. In der Medienlandschaft bestimmt der Krieg in der Ukraine die Tagesordnung.

Für uns als »Women Defend Rojava« bedeutet feministisch kämpfen immer auch, gegen Faschismus, Krieg und Kapital einzustehen. In Hinblick auf die aktuelle geopolitische Lage heißt das, sich solidarisch mit Feminist*innen und linken Kräften in der Ukraine gegen den Krieg zu positionieren. Denn Krieg bedeutet immer mehr sexualisierte Gewalt, mehr Diskriminierung vom Patriarchat unterdrückter Geschlechter und eine Verschärfung von Ungleichheiten. Diese feministische Analyse des Kriegsgeschehens fehlt jedoch häufig in der allgemeinen Berichterstattung zum 8. März und auch darüber hinaus. Stattdessen wird versucht, die Strahlkraft eines kämpferischen und antisystemischen 8. März möglichst klein zu halten. Das System bedient sich weiterhin einer Rhetorik, die das Wort Feminismus nutzt, um es sämtlicher emanzipatorischer Werte zu berauben: Annalena Baerbock nutzt den 8. März, um weiterhin patriarchale Kriegspolitik als feministische Außenpolitik darzustellen. Olaf Scholz reduziert das Patriarchat auf Lohnunterschiede. Und die taz nutzt den internationalen feministischen Kampftag, der als Widerstand gegen Krieg entstand, um Werbung der Bundeswehr mit dem Slogan »Ich kämpfe für mein Land und gegen Vorurteile« abzudrucken.

Wenn wir uns als Kampagne »Women Defend Rojava« in Deutschland rückblickend die Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen rund um den 8. März 2022 anschauen, sehen wir, dass es trotzdem nicht gelungen ist, unseren Protest zu vereinnahmen, unsichtbar zu machen und in die kapitalistische Kriegsrhetorik zu integrieren.

Zu vielen Aktionen, bei denen wir auch als Organisation beteiligt waren, kamen mehr Menschen als erwartet. Die internationalistische Verbundenheit unserer Kämpfe wurde bei der »We break your borders. We smash your fascism«-Demonstration in Berlin, im internationalistischen Block in Kassel oder bei der solidarischen Prozessbegleitung in Lüneburg sichtbar.

Das Motto der Kampagne zum diesjährigen feministischen Kampftag war »Frauenrevolution ist stärker als jede Repression«. Unter dem Hashtag #LetsFightTogether wurden zahlreiche Fotos in Solidarität mit unserer internationalistischen Freundin María, die im November 2021 aus Deutschland ausgewiesen wurde, auf Instagram und Twitter gepostet. María steht durch ihre enge Verbundenheit mit der kurdischen Frauenbewegung und deren Organisierung in Deutschland für einen feministischen und internationalistischen Kampf, den wir alle mit ihr kämpfen müssen. Die Repressionen gegen sie sehen wir als Repression gegen uns alle. Deswegen waren wir am 8. März für María, für die Betroffenen von Repression, für die politischen Gefangenen und für diejenigen, die im Kampf für eine gerechtere Welt gefallen sind, lautstark auf der Straße!

Auch wenn der 8. März bedeutet, nach draußen zu gehen und gemeinsam über Widersprüche hinweg für eine Befreiung aller vom Patriarchat unterdrückten Geschlechter einzustehen, zeigten sich auch dieses Jahr am Tag selbst wie auch in den Vorbereitungen die zahlreichen Spaltungslinien der in

Deutschland vertretenen Feminismen. Die feministischen Bewegungen in Deutschland und Europa sind stark zersplittert und nehmen vielerorts die Unterschiede in den Fokus, statt sich an den Gemeinsamkeiten in den Kämpfen zu orientieren. Dies wird auch in der zum Teil fehlenden Streitkultur sichtbar, die sich in der fehlenden Bereitschaft zeigt, miteinander zu sprechen und einander zu verstehen. Diesen Ausdrucksweisen eines kapitalistischen Konkurrenzdenkens, das auch Frauen, Lesben, intersexuelle, nichtbinäre und Trans-Personen internalisiert haben, müssen wir durch eine solidarische Praxis entschieden entgegentreten. Hierbei kann uns die kurdische Frauenbewegung ein Vorbild sein, wo Feminismus immer auch antikapitalistisch gedacht wird und wo konstruktive Formen von Kritik und Selbstkritik als grundlegend für den Aufbau einer neuen Gesellschaft betrachtet werden.

Angesichts der Proteste am 8. März 2022 können wir rückblickend sagen, dass sie an vielen Orten von einem internationalistischen Bewusstsein geprägt waren, dass das Bekenntnis gegen Krieg zentral war und eine Vielzahl feministischer Kämpfe und Perspektiven vertreten war.

Eine zentrale Herausforderung ist es, die Kraft des 8. März weiterzutragen. Wir brauchen eine langfristige feministische Zusammenarbeit, die über ein temporäres Zusammenkommen in 8.-März-Bündnissen hinausgeht. Nur so können wir uns untereinander kennenlernen, tiefer gehende Positionen entwickeln und gemeinsam revolutionäre Forderungen formulieren.

Es lebe der feministische Kampftag und der internationalistische Widerstand!

Jin – Jîyan – Azadî ♦



Die Geschichte von der Schlangengöttin Şahmaran und dem Verrat des Mannes

… bis sie ihre Weisheit zurückgewonnen haben

Nach Mehmet Nuri Ekinci

Mythen und mündlich überlieferte Geschichten, die über Jahrhunderte hinweg von einer Generation zur nächsten weitergegeben werden, sind nicht nur überaus spannend, sondern haben auch gleichzeitig eine große Aussagekraft über die tatsächliche Geschichte der Region. An ihnen lässt sich häufig der langsam stattfindende Wandel von Gesellschaftsstrukturen verfolgen. Dies ist eine Methode, die beispielsweise Abdullah Öcalan in seinen Verteidigungsschriften gern verwendet. Und einer der Mythen, auf die er sich bezieht bzw. deren Abbildungen bis heute an den Hauswänden vieler kurdischstämmiger Familien zu finden sind, ist der von Şahmaran. Denn diese Geschichte befasst sich mit der Rolle der Frau, die zunächst als natürliche Gottheit respektiert und dann jedoch durch den Mann verraten wird. Auch Schlangen stehen als Symbol im Zentrum dieser Geschichte. Da der Mythos jedoch sehr alt ist, älter als die Bibel, werden die Schlangen hier noch nicht des Verrats verdächtigt, sondern sind selbst die Verratenen.
Aber ich will nicht zu viele Worte über den Mythos verlieren, sondern es den Leser:innen selbst überlassen, ihre Schlüsse zu ziehen. Die folgende Version erzählte der Guerilla-Kämpfer Mehmet Nuri Ekinci vor vielen Jahren abends an einem Lagerfeuer in Behdînan sitzend. Er selbst hatte die Geschichte von seinem Großvater gelernt, als er noch ein kleines Kind war und selbst an den Hängen des Ararats spielte, dort, wo sich der Mythos abgespielt haben soll.

Vor langer Zeit lebte eine Witwe mit ihren drei Kindern in einem kleinen Dorf in Mesopotamien. Sie verdienten ihr weniges Geld durch den Verkauf der Milch einiger Ziegen, die die alte Frau mit ihrem Sohn Cîhan täglich zum Weiden auf die Hochebenen des nahegelegenen Berges trieb. An manchen Tagen, an denen die alte Mutter nicht mitkommen konnte, ging Cîhan, der in seinem Dorf sehr beliebt war, mit seinen Freunden auf die Hochebene. Dort sammelten sie verschiedene Kräuter und Brennholz, um sich die Zeit zu vertreiben und um sich selbst Essen und Tee zuzubereiten. Außer aus dieser Beschäftigung verfügte die kleine Familie über kein weiteres Einkommen.

Eines Tages ging Cîhan allein mit den Ziegen weiden. Er war bereits lange unterwegs und die warme Frühlingsluft tat ihr Übriges, sodass er sich erschöpft im Schatten eines Baumes zum Ausruhen hinlegte. Er döste vor sich hin, ohne dabei jedoch die Ziegen aus den Augen zu verlieren. Er beobachtete eine Honigbiene, wie sie ihre Arbeit verrichtete und dafür stets angeflogen kam, um in einem kleinen Loch vor ihm im Boden zu verschwinden. Kurz darauf tauchte sie immer wieder voll beladen auf und flog davon, nur um kurz darauf wieder vor ihm zu erscheinen. Er war neugierig geworden, was sich wohl in dem Loch befinden würde. So rappelte er sich auf, nahm einen kleinen Stock, um das Loch zu vergrößern. Zu seiner Überraschung versteckte sich dahinter eine Öffnung, die mit Honig vollgelaufen war. Er nahm eine Flasche aus seiner Tasche und füllte sie mit dem Honig. Als er alles bis auf den letzten Tropfen aufgesammelt hatte, entdeckte er einen großen runden Stein. Es schien, als quelle der Honig dahinter hervor. Zunächst behutsam, versuchte er den Stein zur Seite zu rollen, doch seine jugendliche Kraft reichte nicht aus. Nach mehreren Versuchen gab er es auf und beschloss, mit seinen Freunden zurückzukehren.

Am nächsten Tag kam er mit zwei Freunden wieder, denen er von seinem goldenen Fund berichtet hatte, und gemeinsam gelang es ihnen, den Stein zur Seite zu rollen. Dabei entdeckten sie zu ihrer Freude, dass sich dahinter eine tiefe Höhle verbarg, die, je weiter sie gruben, immer größer zu werden schien. Auch diese Höhle war, wie das am Vortag entdeckte Loch, gefüllt mit dem Honig. Sie teilten sich die Arbeit; Cîhan nahm einen Eimer und stieg in die Tiefe, um ihn zu füllen, und die



anderen beiden nahmen ihn ihm draußen ab und füllten das flüssige Gold in Behälter um, die sie an diesem Frühlingstag extra mitgebracht hatten. Der Tag verging und obwohl sie bereits Unmengen geschöpft hatten, schien der Honig kaum weniger geworden zu sein. Sie einigten sich also darauf, dass sie ab sofort jeden Tag herkommen würden, um den Honig zu sammeln und dann jeden Abend an die Bewohner:innen der Dörfer im Umkreis zu verkaufen. Es war ein wunderbarer Honig mit einem solch betörenden Geschmack, dass ihn nie zuvor jemand gekostet hatte. Cîhan berichtete seiner Mutter freudig davon und erklärte ihr und seinen Geschwistern, dass sie nie mehr arbeiten müssten, da der Verkauf genug für sie abwarf, die ganze Familie zu versorgen.

Nachdem die Freunde bereits seit vielen Tagen von der Quelle gelebt und schon sehr viel Honig gesammelt hatten, war die Höhle bereits sehr tief geworden. Mittlerweile konnte sie nicht mehr ohne Weiteres betreten werden, es ging nur noch mithilfe eines Seils in die Tiefe hinab. So erklärte Cîhan eines Tages seinen Freunden, dass er nicht jeden Tag den weiten und anstrengenden Weg aus der Höhle heraus für nötig halte. Stattdessen könne er immer wieder mal für ein paar Tage unten bleiben. Sie sollten ihm nur jeden Tag genug Wasser und Brot herablassen. So fuhren sie fort, täglich noch mehr Honig zu fördern und somit noch mehr Geld zu verdienen.

Nach wochenlanger Arbeit war dann schließlich der Honig erschöpft. Die Quelle, die nie zu enden schien, war versiegt. Als der letzte Eimer gefüllt war, bat Cîhan um das Seil, damit er endlich wieder aus der Höhle hinausklettern könne. Doch seine Freunde, mit denen er nie zuvor Streit erlebt, sondern sich im Gegenteil bis dahin besser verstanden hatte, als viele Brüder es tun, entschieden sich anders. Das Geld hatte sie gierig gemacht, weswegen sie bereits seit längerem einen Plan geschmiedet hatten, den sie jetzt ausführten. Sie wollten Cîhan um seinen Anteil betrügen. Also warfen sie ihm nicht wie üblich das Seil hin, sondern verschlossen die Höhle mit dem Stein, den sie vor Wochen noch gemeinsam zur Seite gerollt hatten. Sie tarnten das Loch und überließen ihren früheren Freund seinem Schicksal.

Im Dorf angekommen erzählten sie Cîhans Mutter und seinen Geschwistern unter vorgetäuschten Tränen, dass er verschwunden sei. Sie hätten ihn ewig gesucht und doch nicht finden können. Nachdem die Menschen aus dem Dorf tagelang gesucht und allmählich aufgegeben hatten, gaben Cîhans ehemalige Freunde der Witwe ein wenig Geld, um sie zu trösten. Während deren Gefühlswelt allmählich von tiefer Trauer in Verzweiflung überging, verhallten Cîhans Hilferufe ungehört in der verschlossenen Höhle, die dunkler war als dunkelste Nacht.

Der eingeschlossene Cîhan verlor sich langsam in seinen Gedanken. Er verlor den Überblick, wann es Nacht wurde und wann der Tag anbrach. Ständig schlief er ein, ohne sich jedoch erholen zu können. Seine Gedanken kreisten nur darum, wie es wohl seiner Familie ergehe.

In einem jener gedankenverlorenen Momente, seine Augen hatten sich längst an die tiefste Finsternis gewöhnt, glaubte er einen Skorpion zu entdecken, der in seinem Nest saß. Er erinnerte sich an die Worte seines Großvaters, der vor vielen Jahren verstorben war, der ihm immer gesagt hatte, dass er aufpassen müsse, wenn er sich auf den Boden setzt, da Skorpione ihre Nester gern unter der Erde, aber nahe der Erdoberfläche bauen würden. Setze man sich darauf, würden sie unweigerlich hervorkommen und stechen. Cîhan schöpfte also Hoffnung, einen möglichen Ausgang gefunden zu haben. Er verscheuchte den Skorpion aus seinem Nest und begann zu graben. Immer weiter grub er, bis er schließlich die feinen Wurzeln der Gräser zwischen seinen Fingern zu spüren meinte. Vor Freude machte er einen kleinen Satz nach vorn, dabei stolperte er jedoch und fiel seitlich in einen Schacht, der ihm bereits zuvor aufgefallen war. So fiel er in die gewaltige Tiefe, bis er letztlich hart aufprallte und für einige Zeit sein Bewusstsein verlor.

WIE KÖNNEN WIR MENSCHEN DIESE WEISHEIT WIEDERBEKOMMEN?

Als er allmählich wieder zu sich kam, traute er seinen Augen kaum. Er war an einem ungemein funkelnden und glänzenden Ort gelandet. Alles schien, als wäre es in Gold getaucht. Doch nicht nur das, er sah sich um und entdeckte unzählige der besten Obst- und Gemüsesorten, einen klar fließenden Bach mit eiskaltem Wasser und vieles mehr, von dem Cîhan bisher nicht zu träumen gewagt hatte. Er blickte umher und stellte fest, dass einzig Schlangen dieses Idyll zu bewohnen schienen. Ihr Anblick verwunderte ihn so sehr, wie es ihn aber auch ängstigte. Fasziniert trat er zögerlich auf zwei große und wunderschöne Schlangen zu. Sie bedeuteten ihm, ihnen zu folgen, was er ohne große Überlegung tat.

So führten sie ihn in einen riesigen geschmückten Saal, der nur aus Gold gemacht zu sein schien. In der Mitte stand ein goldener Thron. Auf ihm saß eine Frau, doch sie war keine normale Frau. Vom Kopf bis zu den Hüften war sie ein Mensch, ab dort hatte sie den Körper einer Schlange. Auf ihrem Kopf trug sie eine goldene Krone, mit Schlangenköpfen verziert. Die Schönheit der Frau verzauberte Cîhan, sodass er sich gar nicht über die ganzen Schlangen wunderte, die ebenfalls in den Saal gekommen waren.

Die Frau stellte sich Cîhan vor, sie sei Şahmaran, die Herrin aller Schlangen, die Hüterin der Weisheit und aller Geheimnisse. Sie erzählte, dass sie sein Schicksal kenne und vom Verrat seiner vermeintlichen Freunde wisse. Gleichzeitig beruhigte sie ihn: »Hab' keine Angst, solange ich hier bin, werden die Schlangen weder dir noch irgendeinem anderen Menschen etwas tun.« Cîhan war überrascht und lauschte mit gespitzten Ohren, was Şahmaran ihm prophezeite. Sie fuhr nämlich fort und versprach ihm, dass er für einige Zeit bleiben dürfe, um sich zu erholen. Sie wünschte es sogar, da sie ihn sehr gern mochte. Würde er dann jedoch den Wunsch verspüren, an die Oberfläche zurückzukehren, würde er ihm gewährt werden. Und so geschah es.

Nach geraumer Zeit, Cîhan war mittlerweile zu einem jungen Mann herangewachsen, trat er an Şahmaran heran: »Wie sehr ich dich auch liebe, so vermisse ich doch meine Geschwister und meine Mutter. Sie haben niemanden, der für sie sorgt. Ich bitte dich, mich zu ihnen zu lassen.« Obwohl Şahmaran nicht sonderlich daran gelegen war, ihren so geliebten Cîhan ziehen zu lassen, wollte sie ihm seine Bitte doch nicht abschlagen: »Ich werde dich gehen lassen. Aber lass dir eines gesagt sein: Ich habe gesehen, dass du, wenn ich dich gehen lasse, der Grund meines Todes sein wirst. Du wirst derjenige sein, der mich töten lassen wird.« Cîhan jedoch schüttelte den Kopf: »Niemals. Du hast so gut für mich gesorgt, hast mir alles gegeben. Wie könnte ich dich dafür töten? Im Gegenteil, selbst wenn es mich meinen Kopf kosten würde, würde ich dich verteidigen.« Şahmaran entgegnete: »Ich weiß natürlich, dass du nicht wissen kannst, dass dieser Moment kommen wird. Aber wie gesagt, ich hatte dir damals versprochen, den Weg zurück zu zeigen, und ich werde mein Wort halten.« Cîhan freute sich, er schlug die Worte Şahmarans bald in den Wind und vergaß sie. Er wusste noch nicht, dass sie alles überblickte und auch in die Zukunft blicken konnte.

Bevor sie Cîhan ziehen ließ, teilte sie ihm jedoch noch mit: »Es gibt ein Land mit Hochweiden, über denen sich ein großer Berg erhebt. Das Volk dieses Landes zieht jedes Jahr auf die

Weiden und kommt an einem besonderen Tag des Jahres an einer Quelle zusammen und feiert gemeinsam. Anschließend füllen sie Behälter mit Milch und lassen sie stehen. Wenn sie gehen, kommen wir Schlangen alle hervor, trinken die Milch und ziehen uns wieder zurück. Ich will, dass du weißt, dass ich an jenem Tag, der uns gewidmet ist, auch dort sein werde.« Schließlich hieß sie die Schlangen, Cîhan an die Oberfläche zu bringen und ihm somit seinen Wunsch zu erfüllen.

Als Cîhan nun nach solch langer Zeit wieder in sein Dorf zurückkehrte, waren seine Geschwister erwachsen, die Augen seiner Mutter von Trauer und Weinen erblindet und seine beiden verräterischen Freunde mit dem gewonnenen Honig reich und zu Händlern geworden. Cîhan betrat das ihm fremd gewordene Dorf, ging zum Haus seiner Familie und klopfte an die Tür. Seine Mutter öffnete und blickte den vermeintlich Fremden mit ihren trüben weißen Augen forschend an. Bevor er etwas sagen konnte, fiel sie ihm in die Arme, denn sie hatte ihn erkannt. Vor lauter Freude kehrte ihr Augenlicht zurück und sie sah, dass ihr Sohn zu einem stattlichen jungen Mann herangewachsen war. So fand er sich allmählich wieder in das Dorf ein und begann, sich um seine Familie zu sorgen. Die beiden, die ihn verraten hatten, mussten schwer mit ihrem Gewissen kämpfen und zeigten Reue. So entschied er, das Geschehene hinter sich zu lassen und ihnen zu verzeihen.

Während Cîhan langsam wieder in sein altes Dorf zurückkehrte, braute sich noch weit entfernt ein großes Übel zusammen. Der alte König des Landes erkrankte schwer. Er ließ alle Mediziner:innen und Heiler:innen des Landes in den Palast rufen. Wer ihn heilen könnte, bekam eine unvorstellbare Belohnung versprochen, wer ihm jedoch kein Mittel gegen seine Krankheit liefern konnte, würde geköpft werden. Viele kamen, manche, weil sie auf die Belohnung aus waren, viele weitere, weil sie gezwungen wurden. Der Reihe nach fielen ihre Köpfe. Übrig blieb nur ein gerissener Mediziner. Er wusste, dass kein Mittel dieser Welt den König würde heilen können, also kam er auf eines aus einer anderen Welt. Er hatte Geschichten über die sagenumwobene Şahmaran gehört, deren Körperteile über eine starke Heilkraft verfügen sollten. Also ging er zum König und sprach, dass die einzige Medizin, die ihn würde retten können, aus den Körperteilen von Şahmaran hergestellt werden könne. Auch erzählte er ihm, dass er von einem Mann im Land gehört habe, der wisse, wo sich Şahmaran aufhalte. Dieser sei durch ein Mal auf seinem Rücken gekennzeichnet. Also empfahl er dem König, den Befehl zu geben, dass alle Männer des Landes sich im königlichen Hamam reinigen müssten. Dort werde man den erkennen, der das Zeichen Şahmarans trägt. Und so folgte der verzweifelte König der Empfehlung und ließ alle Männer des Landes zu sich ins königliche Hamam rufen.

Sie wurden von ihm und dem Mediziner auf das Zeichen hin untersucht. Doch vergeblich, niemand trug das Mal, denn niemand hatte Şahmaran je zuvor gesehen. Der König war wütend und stand kurz davor, den Mediziner zum Richtblock führen zu lassen, doch der erinnerte sich in letzter Sekunde an die entlegenen Dörfer in den Bergen und so gab ihm der König eine letzte Chance und ließ seine Boten entsenden. Diese erfuhren bald von einer Witwe und ihrer Familie. Sie hörten, dass deren Sohn lange als verschollen gegolten hatte und erst kürzlich ins Dorf zurückgekehrt war. So suchten sie Cîhan und als sie ihn fanden, nahmen sie ihn mit, brachten ihn zum königlichen Hamam, ohne ihn zu informieren, worum es dabei ging.

Er entkleidete sich nichtsahnend, wobei er auf seinem Rücken das goldene Mal Şahmarans entblößte. Der Mediziner schrie laut auf und der König ließ Cîhan verhaften. Dem war sofort klar, dass sie nur eines von ihm wollen könnten, nämlich den Aufenthaltsort Şahmarans zu erfahren. Er weigerte sich jedoch zu sprechen. Trotz aller Folter hielt er sein Wort, lieber den Kopf zu verlieren, als die geliebte Şahmaran zu verraten. Erst als der König die Mutter und die Geschwister von Cîhan in den Palast bringen ließ und sie zu töten drohte, wurde er schwach. Unter Tränen verriet er – was Şahmaran ihm prophezeit hatte –, wie die Bewohner:innen der Hochweiden einmal im Jahr, im bereits angebrochenen Frühling, zu der beschriebenen Quelle gingen, die Behälter mit Milch füllten, die Schlangen dann an die Erdoberfläche zur Milch kamen, und dass sich Şahmaran unter ihnen befinden werde.

Wie es Şahmaran also vorausgesehen hatte, Cîhan hatte sie verraten und somit ihren Tod in die Wege geleitet.

Der König ließ nicht viel Zeit verstreichen, er traf seine Vorbereitungen und wartete auf den Tag, an dem er Şahmaran würde fassen können. Dann machte er sich mit seinem Mediziner und einer Handvoll seiner Soldaten auf den Weg zur Quelle und legte Şahmaran einen Hinterhalt. Die Menschen versammelten sich für das Ritual, verrichteten ihre Gebete, verteilten die Milch und verschwanden wieder. Anschließend kamen nach und nach, genau wie Şahmaran vorhergesagt hatte, alle Schlangen hervor, tranken von der Milch und zogen sich wieder in ihre Nester zurück. So verging der halbe Tag, bis der König schließlich Şahmaran erblickte. Erhobenen Hauptes und umringt von ihren Schlangen begab sich die Hüterin der Weisheit und der Geheimnisse zum Ort des Rituals, als die Falle zuschnappte. Ein Großteil der Schlangen wurde getötet, bevor auch Şahmaran in Gefangenschaft geriet. Ihr Widerstand und ihr Klagen blieben wirkungslos gegenüber den Männern aus der fernen Stadt. So wandte sie sich an die Männer, unter denen sich auch Cîhan befand: »Ich hatte gewusst, dass du mich verraten würdest, doch will ich dir nicht grollen.

Lasst mich stattdessen noch ein paar letzte Worte an meine Schlangen richten.« Ohne auf eine Antwort zu warten, drehte sie sich um und sprach nun direkt zu den Ihren: »Kehrt um und geht unter die Erde zurück. Wenn ich innerhalb von neun Tagen zurückkehren sollte, dann wollen wir den Menschen ihre Taten verzeihen und sie reich belohnen. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein und ich nach neun Tagen nicht zu euch zurückgekehrt sein, dann breitet euch überall auf dem Erdball aus, denn dann soll Feindschaft zwischen den Schlangen und den Menschen herrschen, bis sie ihre Weisheit zurückgewonnen haben.«

So zogen die Männer von dannen und nahmen Şahmaran mit sich, die sie wie ein wildes Tier in einem Käfig in die Stadt brachten. Der König zögerte nicht lange, er schlug die Warnungen in den Wind und ließ Şahmaran zerstückeln. In drei verschiedenen Töpfen wurden jeweils Kopf, Oberkörper und Unterleib Şahmarans gemischt mit Heilkräutern gekocht. Zunächst ließ der misstrauische König Cîhan von der Brühe aus dem Topf mit dem gekochten Oberkörper trinken. Nichts geschah. Doch wurde Cîhan von nun an ewig von Gewissensbissen geplagt, da er sein Versprechen nicht gehalten, seine geliebte Freundin verraten und ihr so den Tod gebracht hatte. Da wurde der König wütend und dachte bereits, der Mediziner habe ihn angelogen. Dieser griff schnell zur Kelle und trank aus dem Topf, in dem der Kopf gekocht worden war. Plötzlich verstand der Mediziner die Sprachen aller Lebewesen und Pflanzen dieser Erde und konnte sogar manche Geschehnisse voraussehen. Diese Fähigkeit sollte ihm jedoch nicht viel Glück bringen. Es dauerte nur wenige Tage, bis ihm die Menschen in der Stadt zum einen aus Eifersucht, zum anderen aus Unverständnis für seine neuen Fähigkeiten grollten und ihn heimtückisch im Schlaf erstachen. Der König jedoch war beeindruckt, welche Fähigkeiten der Trank dem Mediziner verliehen hatte, und hoffte nun, dass der dritte Topf die Flüssigkeit enthielt, die seine Krankheit würden heilen können. Was er jedoch nicht wusste – das gesamte Gift einer Schlange ist im Schwanz des Tieres konzentriert. Was er somit trank, war also nicht das Heilmittel für seine Krankheit, sondern ein noch tödlicheres Gift, als es die Menschen bis dahin gekannt hatten. Kaum benetzte die Brühe die Lippen des Königs, kippte er schon um. Bevor sein Körper auf dem Boden aufschlug, hatte ihn das Leben bereits verlassen.

Und damit findet diese Geschichte, die geprägt ist von Verrat und menschlicher Schwäche, ihr Ende. Das Lagerfeuer, an dem Mehmet die Geschichte erzählt hatte, war bereits heruntergebrannt. Lediglich die Glut war noch übrig. Niemand sagte etwas, denn alle hingen mit ihren Gedanken noch bei der Geschichte von Şahmaran und Cîhan. Die Nacht war allmählich fortgeschritten und so erhoben sich langsam alle und zogen sich zum Schlafen zurück. Mehmet selbst schlief mit der Frage im Kopf ein, die er bereits damals als Kind seinem Großvater immer nach der Geschichte gestellt hatte: »Wie können wir Menschen diese Weisheit wiederbekommen?«



Wissenschaftlerin, Journalistin, Guerillera: Gurbetelli Ersöz

Kurze Geschichte der kurdischen Presse

F. Adar Sönmez

Die erste kurdische Zeitung, die »Kurdistan Newspaper«, wurde am 22. April 1898 von Mikdat Mithat Bedirhan im Kairoer Exil herausgegeben – dieses Datum wird seit 1973 als »Tag des kurdischen Journalismus« gefeiert. Wir können von einer Tradition der kurdischen Pressegeschichte sprechen, die im Exil begann und sich dann von Istanbul ausbreitete und von kurdischen Männern geprägt war. Die kurdische Presse, die auf eine 124-jährige Geschichte zurückblickt, entwickelte sich zunächst als Ergebnis des allgemeinen Zeitgeistes und der Bemühungen der kurdischen Mir und von Intellektuellen, die nach Istanbul verbannt worden waren, sich zu organisieren. Wir können von einer sehr lebendigen kurdischen Pressegeschichte mit Sitz in Istanbul sprechen, insbesondere zwischen der Zweiten Verfassungserklärung von 1908 und dem Ersten Weltkrieg von 1914.

In der Geschichte der kurdischen Presse begegnen wir dem kurdischen Frauenjournalismus nur in der Tageszeitung, die eine der wichtigsten Etappen in der Geschichte der kurdischen Presse nach 1990 darstellt, als die kurdische politische Bewegung begann, eine Massenbewegung zu werden. In diesem Sinne war diese Zeit für kurdische Journalistinnen existentiell. Die 90er Jahre, die in den letzten 30 Jahren der wichtigste Meilenstein der aufstrebenden kurdischen Frauenbewegung waren, waren eine Zeit, in der kurdische Frauen in fast allen Bereichen sichtbar wurden. Diese Periode entspricht auch einer historischen Periode, in der sich die kurdische Presse diversifizierte und eine größere Masse erreichte. In der Geschichte der kurdischen Presse waren bei der »Özgür Gündem« vor allem kurdische Journalistinnen an allen Positionen von ganz unten bis ganz oben und manchmal auch auf der Basis der Leitung beteiligt. Diese als »Tradition der freien Presse«[1] bezeichnete Entwicklung beginnt mit der Zeitschrift »Toplumsal Diriliş«, die 1988 zum ersten Mal erschien[2].

Die Zeitungen der »Özgür-Gündem-Tradition« oder »Tradition der freien Presse« haben ihre Spuren in der Geschichte der kurdischen Presse in Nordkurdistan hinterlassen, insbesondere in den 1990er Jahren. In einem von Männern dominierten Bereich wie der Presse hat sich der Existenzkampf kurdischer Frauen in den kurdischen und oppositionellen Zeitungen ziemlich eindrucksvoll entwickelt.

Nach 1990 begann die Epoche, in der die kurdische Bewegung immer mehr Menschen mobilisierte und die Rechte der Frauen in das Zentrum ihrer politischen Praxis stellte. In dieser Zeit wurde die Arbeit von Gurbettelli Ersöz als Akademikerin und Wissenschaftlerin in der Praxis kurdischer Journalistinnen bei der Herausgabe einer Tageszeitung sehr wichtig.

Eine Journalistin, die sich gegen die Kommodifizierung der Frau wehrte

Nach dieser eher allgemeinen Einführung in die Geschichte der kurdischen Presse wollen wir nun zu Gurbetelli Ersöz kommen. Gurbetelli spielt eine führende Rolle in der Entstehung des kurdischen Frauenjournalismus, ein Abenteuer, aus

1 Die »Tradition der freien Presse« ist eine Definition der kurdischen Pressegeschichte – vor allem auf die »Özgür Gündem« bezogen – die mit dem Ziel entwickelt wurde, die Linie des Journalismus zu beschreiben, die mit ihren Nachrichten und Sendungen eine Alternative zum Diskurs der Mainstream-Medien im Dreieck Staat-Macht-Armee darstellte. Seit den 1990er Jahren prägt die »Tradition der freien Presse« bis heute die Geschichte der kurdischen Presse, die insbesondere mit »Özgür Gündem« identifiziert wird und oft auch als »Bewegungsjournalismus« und »kämpferischer Journalismus« bezeichnet wird.

2 Die Zeitschrift »Sosyal Diriliş«, die als erste legale Publikation der kurdischen Freiheitsbewegung gilt, wurde nach kurzer Zeit geschlossen. Hüseyin Aykol gibt an, dass in der kurzen Zeit mehr als 50 Tages-, Wochen- und Monatszeitungen herausgegeben wurden. Laut Aykol war die erste wichtige Veröffentlichung der »Tradition der freien Presse« die Wochenzeitung »Halk Gerçeği«, welche am 22. April 1990 geschlossen wurde. »Halk Gerçeği«, ein gemeinsames Publikationsprojekt von sechs politischen Gruppen, wurde von der Zeitungsleitung nach drei Ausgaben beendet. Darauf folgte die Wochenzeitung »Yeni Ülke«. Als das gemeinsame Publikationsprojekt scheiterte, schreibt Aykol, habe man sich entschieden, diesmal allein mit »Yeni Ülke« aufzubrechen, welche zum ersten Mal am 20. Oktober 1990 erschien. In derselben Woche wird das Büro der Zeitung in Diyarbakir bombardiert. Der Gründungsredakteur der Zeitung war Günay Aslan. Die Zeitung wurde zwei Jahre produziert, bis sie im Dezember 1992 mit der Begründung geschlossen wurde, dass sie den Anforderungen nicht entspreche, und der Chefredakteur wurde für eine Weile festgenommen. Quelle: Aykol, H. (2010). Zwanzig Jahre kurdische Medien. Istanbul: Evrensel. S.149.



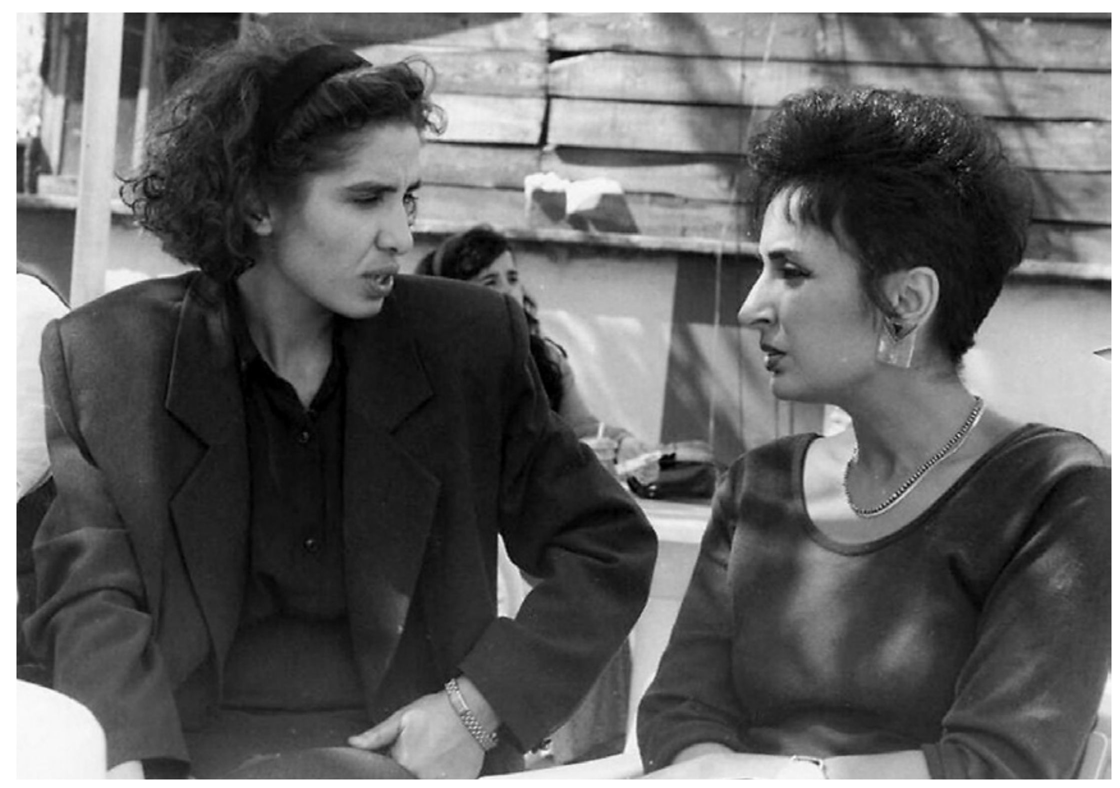
welchem später JINHA[3] hervorgehen sollte und welches erst in den letzten 30 Jahren einer 124-jährigen Pressetradition Sichtbarkeit erlangte.

In der Tradition von »Özgür Gündem« stehend, wurde Gurbetelli Ersöz mit der Gründung der zweiten »Özgür Gündem« im April 1993 die erste Chefredakteurin in der Geschichte der Türkei und Kurdistans. Gurbetelli, die eigentlich eher Akademikerin und Wissenschaftlerin war als Journalistin und Guerillakämpferin, wurde 1965 in Xarpêt (türk. Elaziğ) geboren. Zwischen 1989 und 1997 war sie in der kurdischen Bewegung aktiv. Von 1989 bis 1993 wurde sie wegen Mitgliedschaft in der PKK inhaftiert. Ab April 1993 praktizierte sie den von ihr so geliebten Journalismus, diesmal beruflich bei der Zeitung »Özgür Gündem«. Ende desselben Jahres wurde sie nach einer Razzia in der Zeitung für mehr als sechs Monate inhaftiert. Von Juni 1994 bis 1995 begann sie wieder bei der Zeitung zu arbeiten. 1995 beschloss sie als kurdische Journalistin aufgrund starker Repression und Verhaftungen, ihren Kampf bei der Guerilla fortzusetzen. Gurbetelli fiel am 8. Oktober 1997 zusammen mit weiteren Freund:innen am Berg Gare im Kampf gegen eine Kollaboration zwischen KDP und der Türkei.

Es waren zwei Dinge, welche sie, als sie zwischen 1995 und 1997 in den Bergen war, selbst unter den schwierigsten Umständen nicht zurückgelassen hatte: Ihr Tagebuch und das Kopftuch ihrer Mutter. Ihr Tagebuch wurde unter dem Titel »Gurbet›s Diary: I Embed My Heart on the Mountains« veröffentlicht. Gurbetelli Ersöz, in deren Name jedes Jahr ein Preis für Frauenjournalismus verliehen wird, schreibt in ihrem Tagebuch vor allem über ihre Verbundenheit zu ihrem Bruder, Dr. Orhan Ersöz, ihre Sehnsucht, ihre Klage, ihre Gedanken über Frauen, ihr Leben bei der Guerilla, die erlebten Schwierigkeiten und Freuden.

Gurbetellis enge Freundin Ferda Çetin beschreibt sie im Vorwort zu dem erschienenen Tagebuch: »Sie war eine Alternative zu den Entwürfen der Frau-als-Ware, welche das System erschaffen will. Sie konnte in ihrem so kurzen Leben die ihr gebotenen ›Gottesgaben‹ des Systems mit einem gezielten Schlag zerstören. Konzepte wie Position, Karriere, Status, ›Werte‹, für die eine in der herrschenden Ordnung integrierte Frau alles opfern kann, die aber für Revolutionärinnen nicht viel Sinn ergeben, verwandelten sich unter Gurbets Füßen in Treppenstufen zur Freiheit. Sie lernte revolutionäre Ideen während ihrer Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich

3 JINHA war eine Nachrichtenagentur, in der ausschließlich Frauen arbeiteten. Der Name kommt von »Jin«, was auf Kurdisch »Frau« bedeutet, gefolgt von »H« für »haber« (Türkisch: Nachricht) und »A« für »Ajansi« (Türkisch: Agentur). JINHA wurde 2010 von kurdischen Frauen gegründet und es arbeiteten Frauen aus verschiedenen Nationalitäten mit. Hauptsitz von JINHA war Diyarbakir. Es wurden in den Sprachen Englisch, Kurdisch und Türkisch Nachrichten verfasst. Das Ziel war, eine andere als die hegemoniale und von Männern dominierte Sprache zu verwenden. Die Journalistinnen wollten aus der Sichtweise der Frauen berichten und die Frau nicht als (Sexual)Objekt darstellen. JINHA hatte verschiedene Standorte in Rojava und in der Türkei sowie einen in Silêmanî in Südkurdistan/Nordirak. Zuerst war die Website nur für Abonnent:innen zugänglich. Später öffneten sie sich einem weiteren Publikum und verfassten frei zugängliche Artikel. Seit dem Ende des Friedensprozesses zwischen der PKK und der türkischen Regierung wurde es für kurdische Nachrichtenagenturen wie JINHA schwierig, weiter ihrer Arbeit nachzugehen. So berichtete etwa Güler Can vom JINHA-Büro in Diyarbakir, dass veröffentlichte Artikel als Beweis für Anklagen gegen Journalist:innen genutzt wurden. Im Dezember 2015 wurde Beritan Canözer, während sie an einer Demonstration in Diyarbakir teilnahm, um von ihr zu berichten, von der Polizei festgenommen, weil sie zu »begeistert« ausgesehen haben soll. Am 29. Oktober 2016 wurde JINHA durch das Dekret 675 geschlossen.



Gurbetelli Ersöz (links) im Gesspräch mit Eren Keskin Foto: ÖP

Chemie der Çukurova-Universität kennen. Sie zögerte nicht. Sie erkannte – mit ihrem (noch) sehr begrenzten Wissen – dass das Leben, das für viele Frauen ein Traum war, ein Labyrinth aus Fallen war und ging diesen Weg nicht. Weil sie verstanden hatte, was es für ein Horror sein kann, wie eine gefällige Frau zu leben.«

Hüseyin Aykol schreibt, dass Gurbetelli Politik und Revolution in Adana kennenlernte, als sie an der Çukurova-Universität arbeitete und vom Umfeld der Zeitschrift »Hedef« beeinflusst wurde.[4] Im Umfeld der Zeitschrift »Hedef« konnte Gurbetelli den Journalismus kennenlernen und erste Erfahrungen in der Pressearbeit sammeln.

Den Prozess, als Gurbetelli 1993 die Stelle als Chefredakteurin von »Özgür Gündem« übernahm, beschreibt Aykol wie folgt: »Ihr war nicht so bewusst, dass sie in dieser Tageszeitung, die trotz der schweren Angriffe des Staates herausgegeben wurde, Geschichte schrieb. Allerdings war sie die erste Chefredakteurin der Türkei. Ich erinnere mich, dass sie sich bei unseren Besprechungen über die Veröffentlichung oder das Management der Zeitung Probleme sehr genau angehört und sich alles notiert hatte. Sie blieb an den Fragen, die sie sich notiert hatte, dran. Sie arbeitete sehr strukturiert. In menschlichen Beziehungen war sie sehr vertraut und warmherzig«.[5] In einem Interview mit Nadire Mater, welches sie während ihrer Zeit als Chefredakteurin gegeben hatte, sagte sie: »Natürlich ist es für eine kurdische Frau sehr wichtig, Chefredakteurin zu sein, kurdische Frauen haben es in den letzten Jahren weiter gebracht als die Männer. Wo ich heute stehe, hängt damit ebenso zusammen wie mit meiner eigenen Leistung«.

Am Ende war sie sich ihrer eigenen Kraft bewusst, während sie Geschichte schrieb und der Arbeit der Frauen Wertschätzung verlieh. Zwei der ausdrucksstärksten Worte für Gurbetelli waren Anderssein und Bewusstheit.

Ich habe versucht, ihre Spuren in unveröffentlichten Interviews zu finden und Gurbetelli mithilfe ihres Tagebuch und weiteren Quellen zu verstehen. Aykol beschreibt Gurbetelli als freundlich, meist mit einem Lächeln auf den Lippen und mit einem Naturell, dem man einfach nicht böse sein konnte.[6]

4 Aykol, Hüseyin (2012 /2. Ausgabe 2015). Aykırı Kadınlar: Osmanlı'dan Günümüze Devrimci Kadın Portreleri, Ankara: İmge (S. 236).

5 Ebd.

6 Ebd., S. 237.

Nadire Mater beobachtet Gurbetelli mit unglaublicher Bewunderung. Sie habe miterlebt, mit welch großartiger Energie sie Nachrichten mit Redakteur:innen und Reporter:innen diskutierte, zuhörte und Vorschläge machte, als hätte sie jahrelang eine Zeitung geleitet.

Die zweite »Özgür Gündem« 1993: Eine Zeit der intensivsten Frauenarbeit

In meinem Interview mit Gültan Kışanak aus dem Jahr 2014 erweiterte sich meine Perspektive auf Gurbetelli. Gültan identifizierte das Jahr 1993 als die Zeit, in der die Arbeit von Frauen im Journalismus am intensivsten war. Alle vier Hauptaufgaben der Zeitung waren mit Frauen besetzt. Gurbetelli war Chefredakteurin, Gültan Chefredakteurin, Yurdusev Özsökmenler hatte die journalistische Leitung inne und Yasemin Gedik war Ressortleiterin und somit für die allgemeinen Kommentare und Diskussionsforen zuständig. Alle Haupttätigkeiten der Zeitung wurden fast ausschließlich von Frauen ausgeübt.[7]

Tatsächlich, sagte Gültan, habe Gurbetelli mit dem Bewusstsein ihrer Weiblichkeit sich selbst und andere Journalistinnen, ihre Freundinnen, einen Schritt weiter gebracht, dank ihr hat sich die Farbe der Zeitung geändert. In dieser Zeit begannen erstmals monatliche Treffen von Journalistinnen. Die Zahl der Journalistinnen in den Büros in Kurdistan und der Türkei stieg.[8] Es wurde gefordert, dass auf die Sprache in den Nachrichten geachtet werde[9] und das Nachrichten über Frauen mehr Raum einnehmen sollten. Für den Einsatz insbesondere von Reporterinnen in den Ost- und West-Büros der Zeitung wurde gesorgt. Im Zentrum von Istanbul erhielten Reporterinnen eine journalistische Ausbildung. Jedoch verhinderte die Tatsache, dass in dieser Zeit die Agenda durch Rechtsverletzungen aufgrund des Krieg bestimmt war, dass die Identität der Frau in die Zeitung einfloss. Zeitungen hielten es in gewisser Weise für einen Luxus, angesichts der von der Bevölkerung erlebten Rechtsverletzungen die weibliche Identität hervorzuheben. Dennoch hat die Sensibilität der vier weiblichen Führungskräfte und insbesondere Gurbetellis gegenüber der weiblichen Identität zu einer Veränderung geführt, wenn auch auf diskursiver Ebene. Gurbetellis Arbeit als Chefredakteurin war jedoch nur von kurzer Dauer und mit ihrer Verhaftung im Dezember 1993 wurde die Zeitung geschlossen.[10]

Während der Zeit ihres Erscheinens hatte die Zeitung »Özgür Gündem«, trotz der Intensität der Frauenarbeit, keine Frauenbeilage oder -seite. Es wurden aber zumindest Themen wie mehr Berichterstattung über Frauen, Erhöhung des Anteils von Frauen in den Kommentarspalten, Verzicht auf Ausdrücke, die die weibliche Identität beleidigen könnten, diskutiert und Schritte gegen Diskriminierung unternommen.[11] Es war wichtiger, dass die Perspektive und das Bewusstsein der Frau in der gesamten Zeitung dominiert. Andernfalls hätte es zu einer unaufrichtigen Situation wie in den Mainstream-Medien führen können. Aus Sicht der Frauen wurde ihnen in diesen ihre Emanzipation durch Einverleibung verhindert.

»Wenn die Presse die Wahrheit geschrieben hätte, hätte es nicht so viele Tote gegeben«

Ein gemeinsamer Punkt bei meinen Gesprächen über den Leitungsstil und den Journalismus von Gurbetelli, die ich mit vielen Journalistinnen geführt habe, die in der Zeitung »Özgür Gündem« in unterschiedlichsten Positionen gearbeitet haben, ist die Beschreibung einer lösungsorientierten, tatkräftigen, auf Frauen fokussierten, positiven, selbstbewussten, fragenden, diskutierenden Frau. Es gibt sogar Frauen, die sich, von Gurbetelli inspiriert, dieser Profession zuwandten und Journalistin werden wollten.

Alternativen Journalismus in den 1990er Jahren zu betreiben bedeutete, Teil des Krieges zu sein – heftige Rechtsverletzungen, Folter, das Niederbrennen von Dörfern, einen schmutzigen Krieg und Morde durch unbekannte Täter waren an der Tagesordnung. Daher war die Presse eine Rückendeckung für die kurdische Bewegung. Gurbetelli spricht jedoch sowohl im Gefängnis als auch während ihrer journalistischen Tätigkeiten ständig über die Bedeutung der Rolle sowohl der Presse, als auch der Journalist:innen und ihrer Macht, die Wahrheit zu vermitteln. Es ist kein Zufall, dass sie in einem Interview mit Nadire Mater sagte: »Wenn die Presse die Wahrheit geschrieben hätte, hätte es nicht so viele Tote gegeben«. Für Gurbetelli war die Presse verpflichtet, die Wahrheit zu schreiben, ansonsten sei sie mitschuldig. Deshalb wurde Gurbetelli zu Militärbesprechungen oder Ministertreffen, zu denen die Mainstream-Medien eingeladen wurden, nicht eingeladen. Sie war eine der

7 Tatsächlich betont Aysel Kılıç in ihrer Abschlussarbeit, dass in der türkischen Presse in den 1990er und 2000er Jahren kaum Frauen in der Führungsebene vertreten waren, während es in der kurdischen Presse umgekehrt war. Siehe: Kilic, A. (2013). Die Position von Journalisten in der türkischen Presse auf Management- und Produktionsebene. Institut für Sozialwissenschaften der Universität Marmara, unveröffentlichte Masterarbeit, S. 125.

8 Quelle: Unveröffentlichtes Interview vom 2. September 2014

9 Sprachlich wurde bei den Nachrichten darauf geachtet, nicht sexistisch zu schreiben. Es war vorgesehen, dass den Nachrichten, in denen Frauen im Vordergrund standen, und Erfolgsgeschichten von Frauen mehr Platz eingeräumt wird. Zu dieser Zeit gibt es keine spezifischen Frauenseiten oder Anhänge. In den Interviews wird jedoch festgestellt, dass sich im Diskurs eine Sensibilität entwickelt habe.

10 Çakmak.Y., Şur, T., (eds.) (2018). ‹Gültan Kışanak›, Portraits from Kurdish History and Politics, İstanbul: İletişim.

11 Quelle: Unveröffentlichtes Interview vom 2. September 2014

wenigen Frauen, die Journalismus und Widerstand miteinander verbinden konnten.

In ihrem Tagebuch schreibt Gurbetelli über die erste nationale Frauenkonferenz[12] in Zap, dass sie dort die Realität des Landes kennengelernt hatte, und dass sie eine ›Natur‹ der Frau und damit ihre eigene Realität, erfahren konnte. Während der ersten Frauenkonferenz wurde über die Arten und Weisen der Erfahrung des Machtkampfes zwischen Männern und Frauen gesprochen, welcher die Nahostpolitik beeinflusste. Sie schreibt, dass sie ihr Geschlecht und damit sich selbst als Frau liebt, dass sie die männliche Dominanz ebenso sieht wie die Rolle der Frau im Krieg und in den Geschlechter- und Klassenkämpfen. Gurbetelli traf die Entscheidung, ihr Frau-Sein zu lieben und eine leidenschaftliche Kämpferin hierfür zu werden.[13]

Bei der ersten Frauenkonferenz »hatte zum ersten Mal die Frau so viel über sich selbst gesprochen und sich wiedererkannt. Es war auch das erste Mal, dass sie so viel über den Mann gesprochen und ihn erkannt hatte. Es wurden sowohl Probleme als auch Lösungen gesehen.«[14]

Die kurdische Frauenbewegung begann vor allem in den 1990er Jahren an Dynamik zu gewinnen. Sie durchlief einen teilweise institutionalisierenden Prozess. Wir können jedoch sagen, dass mit Zunahme der Sichtbarkeit der Frauen, die seit Jahrhunderten als unsichtbar galten, der Kampf gegen die männlich dominierte Sichtweise seinen ersten Höhepunkt erreicht hatte. Gurbetelli hat im Bereich der Presse jede Chance zugunsten der Frauen genutzt. Bei der Guerilla stieß sie zusätzlich auf große Widersprüche. In Bezug auf den Geschlechterkampf schreibt sie in ihrem Tagebuch: »Die Entwicklung der Frauen nicht zu wollen, ja es gibt sogar Angst davor. Es gibt Verleugnung, Herabsetzung, Anpassung, in Reserve halten, Frauen sollen nur für das Leben zuständig sein, man lässt sie nicht am Ganzen teilhaben. Oder besser gesagt, man macht sie zu seiner eigenen Frau.«[15]

Ohne die Freiheit der Frau wird niemand frei sein

Gurbetelli stellte eine tiefe Verbindung zwischen der Frauenbefreiung und der kurdischen Revolution her. Eines der Hauptthemen, die ihr Tagebuch prägen, ist ihre Wut darüber, dass Frauen als Reservekräfte im Guerillakampf, im Geschlechterkampf und in den Machtkämpfen angesehen werden. Wenn sie etwas nicht tolerieren kann, dann ist es das Festhalten von Frauen im Hintergrund. In jeder Zeile ihres Tagebuchs betont sie die Bedeutung des eigenen physischen und psychischen Willens der Frau. Ihrer Meinung nach hat eine Frau einen freien Geist und braucht in Niemandes Schatten zu stehen.

Die Frauenkonferenz scheint wiederum in allen Bereichen Anklang gefunden zu haben. Die Entscheidungen zur Bewaffnung, Autonomie und Institutionalisierung von Frauen(-strukturen) haben gezeigt, dass Frauen keine stille Reserveeinheiten sind, sondern eine eigenständige Kraft sein können. Im Tagebuch heißt es zu dieser Initiative der Frau, die versucht, Subjekt zu sein: »Wenn ein Landeskoordinator scherzhaft sagt ‹Wenn das so weiter geht, werden wir 2005 einen Männerschutzverein eröffnen›, zeigt das, dass die Stärkung von YAJK[16] als Abspaltung empfunden wird und wenn in allen Regionen die gleichen Herangehensweisen auftauchen, dann spiegelt dies eine tief verankerte Mentalität wider«.

Gurbetelli verstand Frauen als von Geburt an verheiratet. Deshalb sollte die Scheidung vom Mann die oberste Priorität der Frau sein, sonst ist sie entweder Jemandes stille Reserve oder Sklave, sie kann nicht frei werden. Deshalb schreibt sie: »Genauso wie ich die männliche Dominanz bekämpfe, werde ich das Frau-Sein verschönern, angefangen bei mir selbst«.

Dr. Orhan Ersöz, ein Arzt, ist Gurbetellis einziger Bruder. Im Herzen des Tagebuchs steht ihr Bruder, den Gurbetelli verlor, kurz nachdem sie sich der Guerilla angeschlossen. Sein Tod hat einen tiefen Schmerz hinterlassen. Im Zentrum stehen Klagen, Gedichte und Träume für ihren Bruder, welcher von Soldaten verbrannt wurde. Das Feuer erscheint auf jeder Seite bei Gurbetelli: »Als ich aufwachte, träumte ich von seinem brennenden Körper in dieser Hitze. Ein Foto sehe ich immer wieder vor meinem inneren Auge. In der Zeitung »Özgür Gündem« veröffentlichten wir ein Foto von brennenden Leichen, von denen noch Rauch aufstieg.«[17] ♦

12 Die erste nationale Frauenkonferenz der YAJK fand vom 30. März bis 17. April 1996 statt.

13 Ersöz, Gurbetelli. (2014). Gurbet'in Güncesi: Yüreğimi Dağlara Nakşettim. Diyarbakır:Aram (S.128)

14 Ebd.

15 Ebd.

16 Die YAJK (Yekîtiya Azadiya Jinên Kurdistan) war der Verband der Freiheit der Frauen Kurdistans und war der Beginn der eigenständigen Frauenorganisierung mit dem Aufbau der Frauenarmee. 1999 wurde daraus die Frauenpartei PJKK entwickelt.

17 Ersöz, Gurbetelli (2014). Gurbet'in Güncesi: Yüreğimi Dağlara Nakşettim, Diyarbakır:Aram

Verändern wollte ich eine Menge

»Auf der Suche nach revolutionären Lebensformen«

Eine Buchempfehlung von Sara Angeli

In Zeiten, in welchen sich globale Krisen zuspitzen, dürften sich in diesem Satz für Viele ihr Dasein, ihre Kämpfe, ihre Wünsche ausdrücken. Für die 2016 verstorbene Internationalistin Ellen/Stêrk beschreibt er ihr Leben. Von diesem Leben zu lernen, – dieses Lebens zu gedenken –, dies ermöglicht das frisch erschienene Buch »Verändern wollte ich eine Menge – Aus dem Leben der Internationalistin Ellen/Stêrk«.



In einem mehrjährigen Prozess stellt das Herausgeber:innenkollektiv nicht nur den individuellen Lebensweg Ellens zusammen, sondern kontextualisiert auch ihre Schritte und Entscheidungen. Somit entsteht nicht nur ein eindrückliches Portrait einer außergewöhnlichen Frau, sondern auch ein wichtiges zeitgenössisches Dokument der feministischen und linken Bewegungen in der Bundesrepublik in den letzten 20 bis 30 Jahren. Dabei wird eine Vielzahl an Materialien verwendet: persönliche Erinnerungen ihrer Freund:innen, Familie und Weggefährt:innen, Briefe, Reflexionen und Mails, die Ellen selbst schrieb, Bilder und hilfreiche Informationsboxen, die Begriffe, Ereignisse, Orte erläutern. An dieser Stelle gilt es, den Herausgeber:innen herzlich zu danken für ihre Zeit und Kraft, die in diesem Buch stecken.

In zwölf Kapiteln wird die 1976 geborene Ellen in ihren jeweiligen Lebensabschnitten dargestellt. Angefangen in ihrer Kindheit, über ihr Studium in Berlin und die ersten politischen Aktivitäten – in feministischem Wohnprojekt bis hin zum ersten Kontakt mit der kurdischen Bewegung, ihren Aufenthalten in der Türkei und Kurdistan, ihrer Rückkehr in die BRD, die erneuten Wege nach Kurdistan und die politischen Arbeiten in Deutschland bis hin zu ihrem Tod im Jahr 2016. Deutlich kommt die Suchbewegung heraus, die Ellens Leben prägte. Sie suchte nicht nur für sich immer wieder die Verbindung zwischen dem individuellem Leben und revolutionärer Politik, sondern auch die Verknüpfung verschiedener Kämpfe, Menschen und Generationen.

Eine Organisierung, die eine Utopie hat

Anschaulich wird wiedergegeben, wie sich Ellen über Jahre hinweg der kurdischen Bewegung immer mehr annäherte und dieser schließlich den Großteil ihrer politischen Arbeit widmete. Dabei kristallisierte sich dies schon bei ihrem ersten Aufenthalt in Istanbul und Amed 2007–2008 heraus, wie sie es selbst in einem Interview 2016 beschrieb:

»… Ich habe mich tatsächlich nochmal auf den Weg gemacht und hab' – ganz woanders geguckt. Ich habe eine Weile in der Türkei gelebt und dort die kurdische Bewegung kennengelernt. Das hat für mich, das klingt vielleicht total groß – aber ich kann sagen – das hat mein Leben verändert, weil ich zum ersten Mal in meinem Leben tatsächlich eine kämpfende Bewegung kennengelernt habe, eine Basisbewegung beziehungsweise Bevölkerungsbewegung – eine Bewegung, die in der Bevölkerung verankert ist – was ja die autonome Bewegung so überhaupt nicht ist. Ich habe eine so ganz andere Art der politischen Organisierung kennengelernt. Und ich habe vor allem eine Organisierung kennengelernt, die eine Utopie hat.«

Ihre Verbindung mit der kurdischen Bewegung sollte sich jedoch nicht auf die Aktivitäten in Kurdistan selbst beschrän-

ken. Vielmehr suchte Ellen jahrelang nach Wegen, Kämpfe zu verbinden. Das »Amed-Camp« 2009 stellte für sie einen wichtigen Schritt dar, einen Raum zu schaffen, in welchem sich radikale Linke aus der BRD und die Bewegung in Kurdistan annähern können. Diesem Camp und dessen Anbindung an das »Mesopotamische Sozialforum« wird ein ganzes Kapitel gewidmet; so drückt sich zum einen die Bedeutung der Begegnung hierin aus, zum anderen werden in den Erinnerungen auch relevante Kritiken angesprochen, etwa zum Eurozentrismus in der deutschen Linken.

Auch den darauffolgenden Aktivitäten wird viel Raum gegeben. So gründete Ellen etwa die Kampagne »TATORT Kurdistan« mit, welche sich ab 2010 dem Ziel verschrieb, einen Internationalismus aufzubauen, der die deutsche Beteiligung am schmutzigen Krieg in Kurdistan in Form von Waffenlieferungen, aber auch die mit dem PKK-Verbot verbundenen Repressionen thematisiert und interveniert. Die Schwerpunkte waren Rüstungsexporte und »Infrastrukturprojekte«, womit Investitionen aus der BRD und dem Westen wie auch die ökologische Frage und Repression in Deutschland thematisiert wurden. Die Diskussionen, die entlang dieser Aktivitäten aufgespannt werden, sind weiterhin relevant. Ihre Darstellung dient der Einordnung der Projekte, die teils heute noch aktiv sind, als auch der Möglichkeit, aus ihnen zu lernen. Das Buch zeigt, dass es einen enormen Schatz an Wissen und Diskussionen gibt, an die es anzuknüpfen gilt, zumal die Themen aktueller denn je sind. An Ellen denken bedeutet somit auch, in diese Auseinandersetzung einzusteigen.

Frauenbiografien als Teil feministischer Kämpfe

»Wir wollen mit diesem Buch Lebensgeschichte von Frauen* schreiben. Weil wir es wichtig finden und es als Teil feministischer Kämpfe begreifen, Frauenbiografien und ihre Perspektiven sichtbar zu machen. Und wir wollen sie auch als ein Stück Zeitgeschichte linker Bewegungen und Kämpfe erzählen.«

So formulieren es die Herausgeber:innen zu Beginn des Buches. Nach der Lektüre wird sichtbar, wie sehr die Biografie von Ellen hierfür gemacht ist. Ellen hatte den Anspruch, kollektiv und feministisch zu leben. Anhand ihrer Geschichte werden verschiedenste Ausformungen dieses Anspruches deutlich, inklusive aller Schwierigkeiten. Schön ist hierbei, wie in dem Buch nicht nur die Projekte, etwa das FrauenLesben-Hinterhaus der Grüni in Berlin anschaulich werden, sondern auch immer Ellens Begeisterung, ihre Persönlichkeit und ihre Fähigkeit, auf Menschen zuzugehen und sie zusammenzubringen. Zudem wird die Bedeutung dieser Projekte sichtbar.

Von der kurdischen Frauenbewegung zu lernen, ist ein weiterer wichtiger Bestandteil ihrer Biografie. 2010 organisierte sie gemeinsam mit weiteren Frauen eine Delegation nach Südkurdistan und in die Medya-Verteidigungsgebiete, um zu erfahren, wie kurdische Frauen leben, kämpfen und sich organisieren. Das Buch »Widerstand und gelebte Utopien«, welches aus dieser Reise hervorging und 2012 erschienen ist – im mittlerweile verbotenen Mezopotamien Verlag –, bleibt weiterhin ein wichtiges Dokument dieser Auseinandersetzung. Im selben Jahr begann Ellens eineinhalbjähriger Aufenthalt bei der Guerilla in den Bergen Kurdistans. Diesem Kapitel wird sehr viel Raum gegeben. So wird deutlich, mit welchen Wünschen, Zielen und Absichten Ellen in die Berge ging. Aber auch, mit welchen Schwierigkeiten sie und die Guerilla dort zu kämpfen hatten und haben. Die Erinnerungen, welche die Frauen aus den Bergen im Buch teilen, beschreiben dabei nicht nur Ellens Temperament, sondern auch die Realitäten in der Guerilla. Eindrücklich wird auch gezeigt, wie unterschiedlich die Situationen sind, mit denen Frauen konfrontiert sind. Dies sollte als Chance der Auseinandersetzung begriffen werden, in der es nicht zu mehr Spaltung, sondern zur Feier der Vielfältigkeit kommen sollte, ohne dass die spezifischen Kontexte aus den Augen verloren noch eurozentristisch-hegemoniale Positionen eingenommen werden.

Die Verfasserin dieser Zeilen hatte leider nicht das Glück, Ellen persönlich kennenlernen zu dürfen. Aber Ellens (Nach) Wirken, ihre Persönlichkeit und ihre Aktivitäten sind sehr aktuell und nah. Dieses Buch hilft dabei, die Präsenz dieser außergewöhnlichen Frau besser zu verstehen und ihr so auch im Nachhinein auf nochmals neue Weise zu begegnen. In Zeiten der miteinander zusammenhängenden und existenziellen Krisen und leider auch der Gleichgültigkeit vieler gegenüber diesen dienen die Geschichten von Frauen, von Minderheiten und Unterdrückten auch der Inspiration, sind es doch diese, die nicht aufgeben, die für eine bessere Welt kämpfen. Ellens Bemühen, verschiedene Kämpfe um Selbstbestimmung, um Freiheit, für Menschlichkeit, zusammenzubringen, sollte uns mehr denn je als Inspiration dienen, schließlich können wir es uns nicht leisten, die Dinge getrennt voneinander zu betrachten. Der Feminismus, wie Ellen ihn dachte, lebte, kommunizierte, versucht genau dies. Ellens »Mut, neue Schritte zu gehen« (Kapitel 12) soll uns in unseren aktuellen und kommenden Kämpfen begleiten. ♦

Herausgeber:innenkollektiv
»Verändern wollte ich eine Menge – Aus dem Leben der Internationalistin Ellen/Stêrk«
Münster: edition assemblage
Mai 2022

Gedenken in historischem und gesellschaftlichem Kontext

Vor 28 Jahren wurde Halim Dener in Hannover ermordet

Von der Kampagne Halim Dener

Der Name Halim Dener ist heute für viele kurdische Aktivist:innen, aber auch für viele deutsche Linke kein unbekannter. Mit dem Schicksal des geflohenen kurdischen Jugendlichen, der in Deutschland Schutz suchte, und stattdessen am 30.06.1994 den Tod durch die Kugel aus der Waffe eines deutschen Polizisten fand, verbinden sich verschiedene politische Entwicklungslinien und Konflikte. Dazu gehört zuvorderst der Konflikt zwischen der kurdischen Freiheitsbewegung und einem faschistisch agierenden türkischen Staatsapparat, der in seinem Krieg gegen Kurdistan und in der Repression gegen kurdische Aktivist:innen seit Jahrzehnten durch die deutschen Behörden und deutsche Waffen unterstützt wird.

Staatliche Repression gegen die kurdische Freiheitsbewegung

»Alle staatliche Herrschaft versucht, bestehende gesellschaftliche Fragen, wie die kurdische Frage, durch Gewalt und Macht zu unterdrücken, soweit sie sich nicht im Sinne ihrer Interessen befrieden lassen. Dieser Aspekt der Kriminalisierung und Repression gesellschaftlicher Bewegungen ist mit ursächlich für den Tod Halim Deners. Die Freiheitsbewegung Kurdistans, die sich um die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) und Abdullah Öcalan seit Anfang der 1970er Jahre herum gebildet hat, hat eine linke Antwort auf die kurdische Frage formuliert. Mit ihrer Suche nach gesellschaftlicher Befreiung war sie den Herrschenden von Anfang an ein Dorn im Auge, in Kurdistan und der Türkei genauso wie international. Die BRD hat aufgrund ihrer antikommunistischen Staatsraison und ihrer historisch engen Beziehungen zur Türkei bei der Politik und Repression gegen die Bewegung eine führende Rolle innerhalb der NATO übernommen und pflegt das besonders innige Verhältnis zur türkischen Regierung trotz immer wieder zur Schau getragener taktischer Uneinigkeit. Daher wurde bereits Jahre vor dem Erlass des PKK-Verbots Druck auf die Bewegung ausgeübt, eigentlich seit den 1980er Jahren, als sich die Bewegung auch in Deutschland zu organisieren begann. 1986, ein Jahr nach der Gründung der Volksbefreiungsfront Kurdistans (ERNK), hatte die Bewegung zu einer großen Newroz-Feier in Duisburg aufgerufen. Die Feier wurde verboten und gewaltsam verhindert, da das Gerücht aufgekommen war, Abdullah Öcalan würde in Duisburg auftreten und reden, was der Staat mit allen Mitteln verhindern wollte. An dieser Repression hält er in verschiedenen politischen Variationen und mit unterschiedlichen rechtlichen Werkzeugen bis heute fest. […]« (Kampagne HD (2020): *Staatlicher Interessensausgleich auf Kosten gesellschaftlicher Befreiung*. In: »Halim Dener – Gefoltert. Geflüchtet. Verboten. Erschossen«)



Flucht aus Nordkurdistan in den 1990er Jahren

Zu Halims Schicksal gehört aber auch die Geschichte von der Flucht nach Deutschland, in diesem Fall eines unbegleiteten Minderjährigen, der sich allein von Kurdistan bis nach Hannover durchschlug, nachdem türkisches Militär seinen Heimatort angegriffen und ihn und ihm Nahestehende gefoltert hatte. Es handelt sich hier um einen Jugendlichen, der sein Zuhause verlassen und in eine ihm fremde Gesellschaft fliehen musste, als Asylsuchender wie viele andere kurdische Jugendli-

che Anfang der 1990er Jahre. Was treibt aber einen 16-jährigen Jugendlichen zur Flucht? In den 1980er und 1990er Jahren wurden regelmäßig Razzien des türkischen Militärs in den kurdischen Dörfern durchgeführt. Der Aufstand der kurdischen Bevölkerung wurde von der türkischen Regierung nicht mit politischen Mitteln und Gesprächen mit der damals politisch arbeitenden kurdischen Opposition beantwortet, sondern mit brutalem militärischem Einsatz und Krieg, der keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nimmt. Die Kurd:innenfrage ausschließlich mit militärischen Mitteln lösen zu wollen, gehört auch heute zu den wichtigsten Fluchtgründen der Kurd:innen aus Kurdistan. Neben dem Militäreinsatz und dem über kurdische Gebiete verhängten Kriegsrecht wurde hier vom türkischen Staat eine Politik der Entvölkerung und Vertreibung sowie eine systematische Vernichtung agrarischer Lebensgrundlagen und die Zerstörung kurdischer Siedlungen betrieben. Hunger, die Schließung von Gesundheitszentren sowie eine hohe Kindersterblichkeit in Nordkurdistan taten ihr Übriges, um Kurd:innen zur Flucht zu bewegen. So kam jede:r fünfte in Deutschland anerkannte Asylbewerber:in in den 1990er Jahren aus Kurdistan. Die aggressive Stimmung gegen Kurd:innen Anfang der 1990er Jahre lässt sich mit einem Zitat der türkischen Präsidentin Tansu Çiller anlässlich des Wahlkampfes beschreiben: »Jede Stimme für mich, ist eine Kugel gegen die PKK«. Dem Bericht einer Untersuchungskommission des türkischen Parlaments von 1998 zufolge wurden zu diesem Zeitpunkt insgesamt 3428 Dörfer zerstört und drei Millionen Kurd:innen zu Flüchtlingen. 5500 Zivilist:innen wurden in diesem brutalen Krieg getötet, 17 000 verletzt. 2200 von 5000 Schulen und 740 von 850 Gesundheitsstationen wurden geschlossen. Hinzu kamen Maßnahmen des Staates wie Weideverbot und Verminung der Almwege. In diesen Jahren haben insgesamt (von 1987 bis 2000) ca. 300 000 Kurd:innen in der BRD Asyl beantragt. An Aktualität hat die Flucht von Kurd:innen auch heute nicht verloren. Laut BAMF waren beispielsweise 2016 etwa 29% aller Geflüchteten aus Syrien Kurd:innen. (Kampagne HD (2020): *Zu den Hintergründen der Flucht von Kurd:innen in den 1990er Jahren*. In: »Halim Dener – Gefoltert. Geflüchtet. Verboten. Erschossen«)

Was die Gesellschaft aufrechterhält und existieren lässt, ist nicht die Stadt, die Polizei oder die staatliche Rechtsordnung, sondern das moralische Element und das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft.

Rassistische Polizeipraxis

Parallel zu der beschriebenen Situation in Kurdistan und der Türkei wurde hier in der BRD nach dem PKK-Verbot gegen Kurd:innen Anfang der 1990er Jahre in der politischen und medialen Öffentlichkeit aggressiv Stimmung gemacht. In den Medien wurde eine umfassende Hetze betrieben und ein Klima der Angst erzeugt. »Neue Dimension des Terrors« war eine Schlagzeile. Federführend dabei war der damalige Bundesinnenminister Kanther. Er forderte die Abschiebung aller Kurd:innen. Der Polizei wurde freie Hand gegeben. Auf den Polizeiwachen hingen Plakate mit dem Hinweis: »Kurden nur mit gezogener Waffe kontrollieren«. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann erklärte damals die PKK zum »Hauptfeind der inneren Sicherheit«. Die sogenannten verdachtsunabhängigen Kontrollen aller Schwarzköpfe – so der Jargon der Polizei – war an der Tagesordnung. Die Kontrollen wurden nicht selten mit gezogener Waffe durchgeführt. Heute heißt das Vorgehen *racial profiling* und ist immer noch und immer wieder tödlich für die Betroffenen. Wir erinnern an Oury Jalloh und Christy Schwundeck und etwa 200 weitere Todesfälle seit 1990 von Schwarzen Menschen, People of Color und von Rassismus betroffenen Personen in Gewahrsam und durch Polizeigewalt in Deutschland.

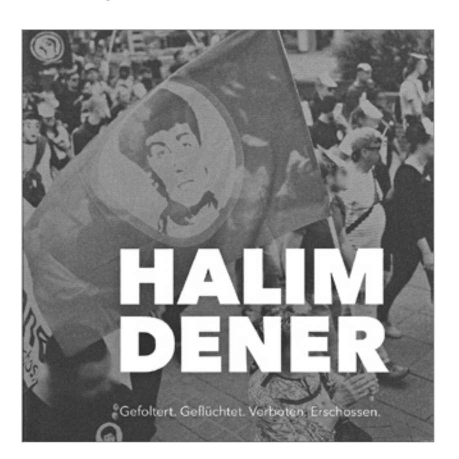
Diese rassistische Polizeipraxis wurde Halim zum Verhängnis. Halim Dener ist als Jugendlicher vor dem türkischen Folterstaat in die BRD geflohen. Seinem Widerstand gegen die türkische Aggression gegenüber Kurd:innen hat er hier in Hannover mit Plakaten Ausdruck verliehen. Dabei wurde er von zwei Polizisten gestellt und floh. Während dieser Flucht traf ihn der Schuss aus der Waffe eines der Beamten. In dieser Nacht vom 30.06.1994 starb der sechzehnjährige Halim durch einen Schuss aus der Waffe eines deutschen Polizisten. Er wurde so zu einem von vielen Opfern rassistischer Polizeigewalt – zu einem von vielen Todesfällen, die von der deutschen Justiz nie befriedigend aufgeklärt wurden. Was ihm hier zum Verhängnis wurde, ist neben der von Rassismus durchzogenen Polizei letztlich auch eine Außenpolitik, die die Bundesregierung bis heute konsequent verfolgt: Ganz im Sinne des AKP-Regimes geht die BRD rigoros gegen all jene vor, die sich mit der kurdischen Freiheitsbewegung solidarisieren. Anstatt die Bemühungen um eine progressive Gesellschaft, die auf Geschlechterbefreiung, Ökologie und Basisdemokratie aufbaut, zu unterstützen, kriminalisiert die BRD all jene, die das tun, und versorgt den türkischen Staat mit Waffen für die Zerstörung dieser gelebten Utopie. Die deutschen Sicherheitsbehörden verwischen dabei die Grenzen von Innen- und Außenpolitik und nutzen jeden Vorwand, um gegen die kurdische Freiheitsbewegung in Deutschland vorzugehen.



Gedenkplatte am Halim Dener Platz in Hannover Linden – entstanden im Rahmen des Urban Nature Festivals
Foto: Kampagne Halim Dener

Erinnerung jenseits offizieller Politik

Der Fall Halim Dener ist also ohne den zeitgeschichtlichen Kontext der frühen 1990er Jahre, ohne die Berücksichtigung der Migrationsgeschichte, dem Verhältnis Türkei-BRD-Kurdische Diaspora sowie dem System rassistischer Polizeigewalt nicht zu verstehen. Zudem ist dieser Fall ein fester Teil der Geschichte der Stadt Hannover und bedarf der Aufarbeitung im Sinne einer würdevollen Erinnerungskultur. Auch wenn die offizielle Politik keinen Raum für einen Gedenkort zulässt, ist es unser aller Pflicht, gemeinsam zu gedenken und Widerstand zu leisten. Was die Gesellschaft aufrechterhält und existieren lässt, ist nicht die Stadt, die Polizei oder die staatliche Rechtsordnung, sondern das moralische Element und das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft. Wir brauchen von den Nationalstaaten der kapitalistischen Moderne nichts zu erwarten. Wir kennen ihre Prinzipien und Werte. Wir wissen, was für Menschen sie hervorbringen: Menschenmassen, die nicht einmal für die schwersten ökologischen Katastrophen Verantwortung empfinden. Lasst uns den kollektiven Verstand und die Arbeitsfähigkeit der gesellschaftlichen Praxis stärken, um erfolgreich in Richtung einer lebenswerteren Realität zu wirken. Am Beispiel eines Gedenkortes für Halim lässt sich das Phänomen gut beschreiben: Aktivist:innen aus Hannover haben gemeinsam mit der Kampagne Halim Dener auf eine Platzbenennung bestanden. Die Stadt hat sich entschieden dagegen gestellt und jegliche Forderungen nach einem Gedenkort, einer Ausstellung oder einer Dokumentation bisher abgelehnt. Nichtsdestotrotz wird der von den Aktivist:innen geforderte Gedenkort von Hannoveraner:innen »Halim Dener Platz« genannt. Selbst die Suchmachine »Google« erkennt den Ort als »Halim Dener Platz« an. Auch an einer Dokumentation in Form eines Buches »Halim Dener. Gefoltert. Geflüchtet. Verboten. Erschossen«, erschienen im Sommer 2020, haben demokratische Kräfte der Gesellschaft mitgewirkt und eine Veröffentlichung auch ohne die Unterstützung der Stadt Hannover realisiert. Ein Ergebnis gesellschaftlicher Praxis, eine Erinnerung und Würdigung jenseits offizieller Politik.



Auch dieses Jahr wird es Gedenkkundgebungen, Demonstrationen und Aktionen rund um den Jahrestag von Halims Tod in Hannover geben. Termine werden in den nächsten Wochen auf *http://halimdener.blogsport.eu/* bekannt gegeben. ♦

Razzia im Kopierladen Schanzenblitz wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz

»Es geht also eindeutig um den politischen Verfolgungswillen …«

Interview mit Alex, Mitarbeiter des Schanzenblitz in Hamburg

Der Kopierladen »Schanzenblitz« ist vor fast 30 Jahren als Kollektivbetrieb im Hamburger Schanzenviertel gegründet worden, zu einer Zeit, als es dort noch viele verschiedene »Alternativbetriebe« gab. Als einer der wenigen Projekte im Viertel trotzt er der weiterhin fortschreitenden Gentrifizierung. »Es ist kein politisches Projekt im engeren Sinne. Allerdings wird im Schaufenster und im Ladenraum der Öffentlichkeit Platz zur Verfügung gestellt, um Plakate, Flugblätter, Veranstaltungen und soziale und politische Informationen auszulegen. Dabei wird keine »Zensur« ausgeübt, außer dass natürlich sexistische, rassistische usw. Darstellungen und Inhalte entfernt werden«, erklärt Alex, ein Gründungsmitglied des Schanzenblitz.

Im Juli letzten Jahres wurde eine Razzia in eurem Kopierladen durchgeführt, kannst du uns erklären, auf welcher Grundlage die Durchsuchung stattfand? Wer hat an der Razzia teilgenommen?

Am 28. Juli 2021 um 11.05 Uhr drangen fünf LKA-Beamt:innen der Staatsschutzabteilung in Zivil in den Kopierladen Schanzenblitz in der Bartelsstraße ein. Sie schlossen den Laden für die Kundschaft für eine Stunde und durchsuchten Ladenraum und Keller. Die anwesende Mitarbeiterin durfte nicht telefonieren, weder mit Kolleg:innen, noch mit Anwält:innen. Der Durchsuchungsbeschluss bezog sich auf im Schaufenster des Geschäftes und auf dem für die Kunden zugänglichen Tresen ausgestellten Kennzeichen der verbotenen PKK und ihrer verbotenen Nachfolgeorganisationen.

Auch der Erwerb derartiger Aufkleber sei den Kunden ermöglicht worden. Es bestehe der Verdacht, dass im Laden Druck- bzw. Kopiervorlagen zur Anfertigung weiterer Aufkleber mit den verbotenen PKK-Zeichen vorrätig gehalten würden.

Haben sie Sachen aus dem Laden beschlagnahmt und wenn ja was?

Die LKA-Beamt:innen haben ein paar ältere politische Texte (zu anderen Themen) mitgenommen. Außerdem wurde die Mitarbeiterin aufgefordert, zwei Aufkleber vom Tresen zu kratzen.

Des Weiteren wurden ein Artikel der Hamburger Morgenpost *Mopo* vom 22. September 2020 (mit Foto) zur Person Robert Jarowoy anlässlich seines Todes (befestigt auf einem Plakat mit »PKK-Symbol«) sowie ein (vergrößertes) Foto von Robert mitgenommen (im Hintergrund ist ein »PKK-Symbol« zu erkennen).

Beides wurde aus einer kleinen Gedenk-Installation zu Ehren von Robert Jarowoy, Abgeordneter der Linken im Bezirk Altona, Buchautor, jahrzehntelanger Freund und Unterstützer der kurdischen Befreiungsbewegung, entnommen.



Das beschlagnahmte Foto mit Robert Jarowoy. Foto: Hinrich Schultze



Das Schaufenster des Schanzenblitz mit einem Plakat zum Illisu-Staudamm. Foto: Hinrich Schultze

Wie ist es möglich, dass aus einer Installation zum Gedenken an Robert Jarowoy, eine Fotografie mit ihm beschlagnahmt wurde?

Offensichtlich war der Name Robert Jarowoy den Beamt:innen nicht bekannt, sie waren fixiert auf die im Hintergrund zu erkennenden »PKK-Symbole«.

Am Anfang des Jahres habt ihr einen Strafbefehl bekommen. Ihr sollt eine hohe Strafe zahlen. Was denkt ihr darüber?

Mit Datum 08.02.2022 folgte ein Strafbefehl gegen den Inhaber des Ladens über EUR 3000,00 (50 Tagessätze à EUR 60,00), wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz (§20 VereinsG) wegen öffentlichen »Ausstellens«:
– des Logos der »KCK« im Hintergrund eines Plakats (Titel »Free Öcalan«),
– des Symbols der »CDK[1]« im Hintergrund des Fotos von Robert Jarowoy.
(Auch hier wird er nicht namentlich genannt, sondern als »älterer Herr« bezeichnet).

Es wurde Einspruch eingelegt, d.h. das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Übrigens: Zufällig am gleichen Tag der Durchsuchung kamen Kurd:innen in den Laden, die um eine sechsköpfige Familie trauerten, die gerade in der Türkei getötet worden war.

Vor diesem Hintergrund erscheint es geradezu lächerlich, so einen Aufwand wegen ein paar »nebenbei« erkennbaren Symbolen zu machen.
Es geht also eindeutig um den politischen Verfolgungswillen …♦

1 CDK, Civaka Demokratîk a Kurdistan, die Organisation existiert nicht mehr. Die Fahne ist mittlerweile die Fahne der PKK.

Über beschämende Lebensbedingungen, niedrige Löhne und Ausbeutung von Migrant:innen in Deutschland

»Wir schaffen das!« – Deutschlands Migrationspolitik

Gaia Tomasello, Berlin Migrant Strikers

In den letzten zehn Jahren ist eine noch nie dagewesene Anzahl von Migrant:innen nach Deutschland gekommen. Dies hatte verschiedene Ursachen, aber vor allem waren es die Wirtschaftskrise von 2008 und die Kriege im Nahen Osten, die diese massiven Fluchtbewegungen nach Europa ausgelöst haben. Obwohl der deutsche Staat immer als einer der europäischen Vorreiter in der Einwanderungspolitik mit einer angeblich »fortschrittlichen« Integrationspolitik galt, haben sich die im Zusammenhang mit Einwanderung der letzten Jahre (bzw. auch bereits in den Jahrzehnten zuvor) aufgetretenen und entstandenen Spannungen verschärft. Dabei war unter anderem auch die Covid-19 Pandemie, die ein anderes gesellschaftliches Klima und eine neue politische Landschaft schuf, ein Katalysator dieses Prozesses. Es folgte das allmähliche Abbröckeln des Mythos, Deutschland sei führend in einem System der Integration und Beschäftigungspolitik für Migrant:innen.

Die sog. »Flüchtlingskrise« in Deutschland in den letzten Jahrzehnten

Zur Zeit der so genannten Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 und 2016 kamen insgesamt mehr als 1,2 Millionen Geflüchtete nach Deutschland. Die große Mehrheit von ihnen war vor dem Bürgerkrieg in Syrien geflohen. Doch war dies nicht das erste Mal, dass Deutschland mit so vielen Geflüchteten in einem relativ kurzen Zeitraum konfrontiert war. In den späten 70er Jahren beschloss die deutsche Regierung, Geflüchtete aus Vietnam aufzunehmen, und in den frühen 80er Jahren kamen Asylsuchende, die vor Militärputschen in Polen und der Türkei sowie vor der islamischen Revolution im Iran und dem Krieg der türkischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung geflohen waren. Kurz darauf, in den frühen 1990er Jahren, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, führte eine Reihe von Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien zur Vertreibung von Millionen von Menschen aus dem Balkan nach Europa. 80 % von ihnen kamen damals in Deutschland an, was letztlich auf eine Anzahl von ca. 400 000 Geflüchteten hinauslief.

Die Anerkennungsquote war damals sehr niedrig, und die meisten Schutzsuchenden erhielten lediglich einen so genannten »Duldungsstatus« und somit keinen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Die wirtschaftlichen Bedingungen waren in jenen Jahren ungünstig, da Deutschland mit den Herausforderungen nach der Wiedervereinigung und einem unbestreitbar schlecht entwickelten Integrationsprogramm zu kämpfen hatte. In den letzten 10 Jahren spitzte sich die Situation zu, auch weil im Vergleich zu vorherigen Erfahrungen nur eine sehr begrenzte Anzahl von Migrant:innen in ihre Heimat zurückkehren konnte. Dies führte zu erheblichen Herausforderungen aufgrund der grundlegend unterschiedlichen Lebensbedingungen der Menschen aus europäischen und aus nicht-europäischen Ländern. Die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt verlangt sehr viel Zeit und Mühe. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre lässt sich hierbei ein Trend »der ersten fünf Jahre« ableiten: Die Beschäftigungsquoten steigen von einem sehr niedrigen Niveau aus überraschend schnell an, verlangsamen sich dann erheblich und erreichen schließlich ein Niveau, das meist unter dem der restlichen Bevölkerung liegt.

Als Reaktion auf die Bilder von Menschen, die vor Krieg und Terrorismus im Nahen Osten fliehen, nahm öffentliche die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen zu. Dennoch wurde die Entscheidung der Regierung, eine unbestimmte Anzahl von Migrant:innen aufzunehmen, als unüberlegte Maßnahme angesehen und sogar kritisiert: Sie wurde als schwierige, aber zu bewältigende Herausforderung verkauft, als ethische Entscheidung und nicht als politische. Eine genauere Betrachtung wird jedoch den wahren Grund für diesen politischen Schritt offenbaren.

Interessanterweise schätzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dass in Deutschland bis 2035 fünf Millionen Fachkräfte fehlen werden, und die Regierung hat nun realisiert, dass auch Migrant:innen eine wichtige Rolle bei der Deckung des Fachkräftebedarfs spielen könnten. Unternehmer schätzen, dass 1,2 bis 1,6 Millionen neue qualifizierte Arbeitskräfte benötigt werden, um mit dem Wirtschaftswachstum der europäischen Lokomotive Schritt halten zu können. Was liegt also näher, als diese aus dem Ausland zu importieren? Angesichts der befürchteten Wohlstandsreduzierung im Land und des zunehmenden Durchschnittsalters der Bevölkerung wurde die Aufnahme einer größeren Zahl von Migrant:innen als eines der Gegenmittel angesehen. In diesem Zusammenhang hatte die Bundesregierung bereits 2016 damit begonnen, politische Maßnahmen und verschiedene spezifische Programme aufzulegen, um das benötigte Personal im Ausland anzuwerben. Und als Berlin mit der im Vorjahr eingereisten Million Migrant:innen umgehen musste, begann die Regierung, deutsche Unternehmen zur Einstellung von Geflüchteten zu ermuntern und zog sogar die Möglichkeit staatlicher Anreize in Betracht. Das neue im August 2016 in Kraft getretene Integrationsgesetz verbesserte den Zugang zu Integrationskursen, einschließlich intensiver Sprach- und Bürgerorientierungskurse unter der Hauptrichtlinie zur Erleichterung der Integration. Gleichzeitig beschreibt das Gesetz die Pflichten von Asylbewerber:innen und Geflüchteten. Sie wurden zur Integration verpflichtet und konnten ihre Sozialleistungen verlieren, wenn sie die Integrationsmaßnahmen oder die Mitwirkungspflichten nicht erfüllten.

Darüber hinaus hat die Regierung mehrere verwaltungsrechtliche Erleichterungen vorgenommen: So wurden die Integrationskurse für Asylbewerber mit hohen Bleibeperspektiven niedrigschwelliger zugänglich gemacht. Der Sprachunterricht war der Eckpfeiler der Integrationspolitik in Deutschland, und die Zahl der verfügbaren Plätze wurde erheblich aufgestockt, um der großen Nachfrage gerecht zu werden (wobei es immer noch einen erheblichen Rückstau gibt). Kurzum: Diese Krise hat die Schwächen des bisherigen Systems zur Integration von Flüchtlingen offenbart.

Die Versuche gesellschaftlicher und staatlicher Antworten: Soziales Engagement und gesetzliche Regelungen für den Arbeitsmarkt.

In den ersten Monaten des Jahres 2016 wurden als Reaktion auf den massiven Zustrom von Asylbewerber:innen zahlreiche Initiativen der Zivilgesellschaft initiiert. Ein großer Teil dieser ersten Maßnahmen zielte darauf ab, die Grundbedürfnisse der Neuankömmlinge zu erfüllen. Mit starker Unterstützung der Zivilgesellschaft hat Deutschland relativ schnell reagiert und seinen Integrationsrahmen angepasst, um die Integration von Asylbewerber:innen und Geflüchteten zu erleichtern. Das soziale Engagement in Verbindung mit den als »positiv« und »inklusiv« bezeichneten Arbeitsmarktbedingungen sollte einen günstigen Rahmen für die Förderung einer sicheren Integration in den Arbeitsmarkt schaffen.

So wurde im Oktober 2018 eine Einigung innerhalb der GroKo erzielt, um den Zugang zum Arbeitsmarkt für Nicht-EU-Arbeitnehmer:innen zu erleichtern. Im Jahresgutachten des *Sachverständigenrates für Integration und Migration* (SVR) wurde die Forderung nach einem neuen Gesetz formuliert, das unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Arbeitsmarktes die Zuwanderung nicht nur von Akademiker:innen, sondern auch von beruflich Qualifizierten ermöglichen bzw. erleichtern soll. So beschloss die Regierung, denjenigen, die auf der Suche nach Arbeit nach Deutschland kommen, eine befristete Aufenthaltserlaubnis zu erteilen; wenn sie innerhalb von sechs Monaten einen Arbeitsvertrag erhalten, würde diese Erlaubnis verlängert werden. Eines der Ziele eines solchen Gesetzes sei es, so der Bericht, die verschiedenen Regelungen und Programme in einer einzigen Ordnung zusammenzufassen und den deutschen Arbeitsmarkt attraktiver zu machen. Durch die Einführung eines einheitlichen Fachkräftebegriffs, der Hochschulabsolvent:innen und Personen mit Berufsausbildung einschließt, führte das Gesetz bestimmte Erleichterungen für Zuwander:innen aus Nicht-EU-Staaten ein. Jedoch nur für diejenigen mit einem Arbeitsvertrag und einem in Deutschland anerkannten Abschluss. Diese Regelung wirkte zwar deutlich, war jedoch befristet und galt nur bis zu fünf Jahren, wobei die Voraussetzungen Sprachkenntnisse (mindestens das Niveau des GER B1) und die Möglichkeit, den eigenen finanziellen Lebensunterhalt zu sichern, waren. Darüber hinaus kann eine ausländische Fachkraft eingestellt werden, ohne dass zuvor geprüft wurde, ob die Stelle mit einem/einer deutschen Bewerber:in oder einem/einer Bewerber:in aus einem EU-Land besetzt werden kann. Um Komplikationen zu überwinden und Verzögerungen zu vermeiden, hatte die Regierung versprochen, die Ausstellung von Visa zu beschleunigen und die Anerkennung ausländischer Qualifikationen zu erleichtern, während Vertreter:innen der Wirtschaftsverbände zusagten, Neuzuwander:innen beim Spracherwerb, bei der Wohnungssuche und beim Umgang mit deutschen Behörden zu unterstützen.

Widersprüche der deutschen Integrationspolitik: erste Kritikpunkte und Bedenken.

Trotz der guten Absichten werden einige Elemente des Gesetzes aus dem Jahr 2018 kritisiert: so zum Beispiel die Tatsache, dass der Aufenthalt eines/einer Arbeitnehmer:in in Deutsch-

land vom Wohlwollen der Einwanderungsbehörden abhängt, wenn er/sie aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen gekündigt oder entlassen wird. Mitglieder der deutschen Gewerkschaften befürchteten daher, dass eine solche Politik zu illegalen Praktiken wie Sozial- und Lohndumping führen könnte, da die Arbeitnehmer:innen ihren Arbeitsplatz nicht verlassen wollen und riskieren, ihre Aufenthaltserlaubnis zu verlieren. Das *Deutsche Institut für Menschenrechte* (DIMR) erhebt den Vorwurf, wonach Ausländer beispielsweise in Berlin und Umgebung Opfer »schwerer Ausbeutung« am Arbeitsplatz seien. Die Arbeitgeber:innen hätten nicht gezögert, Löhne zu zahlen, die unter dem gesetzlichen Minimum liegen. Laut der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) gingen 2018 von den 700 000 neu geschaffenen Arbeitsplätzen nur 330 000 an deutsche Arbeitnehmer:innen. Der Rest wurde von Zuwander:innen besetzt. Aber unter welchen Bedingungen? Offenbar nicht den besten. Die Branchen mit den kritischsten Problemen, so geht aus den Interviews des Instituts hervor, waren das Baugewerbe, die Fleischverarbeitung, das Gesundheitswesen, die Reinigung und die Gastronomie. Häufig wurden die Arbeitnehmer:innen ohne einen regulären Arbeitsvertrag oder eine Lohnabrechnung eingestellt. Aus diesen Gründen war es den Migrant:innen nicht möglich, ihre Rechte gerichtlich geltend zu machen.

»Diese Menschen haben praktisch keine Chance, ihre Lohnansprüche vor Gericht durchzusetzen«, beklagte die Direktorin des Instituts, Beate Rudolf, bei der Vorstellung des Berichts. Darüber hinaus stand der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit in den letzten Jahren im Mittelpunkt der aktiven Arbeitsmarktprogramme, wobei dieselben Programme erfolgreich auf Geflüchtete und Asylbewerber:innen im Land abzielten, wo es eine regelrechte Jagd auf ausländische Arbeitskräfte gab. Infolgedessen ist die geringfügige Beschäftigung (sog. »Minijob«) zu einem wichtigen Merkmal des deutschen Arbeitsmarktes geworden: Ein Fünftel der abhängig Beschäftigten hat einen Minijob, bei dem sie bis zu 450 Euro im Monat verdienen dürfen und Arbeitgeber:innen nur eine Pauschale für die Sozialversicherung zahlen müssen, die niedriger ist als bei regulären, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. Noch wichtiger ist, dass die Arbeitnehmer:innen die Möglichkeit haben, sich von der Zahlung ihrer Beiträge zur Rentenversicherung zu befreien, und dass die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung Solidaritätszahlungen sind, so dass der/die angestellte Minijobber:in keinen Zugang zu Gesundheitsleistungen hat. Es werden keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung oder zur gesetzlichen Pflegeversicherung gezahlt. Nach den Statistiken der *Bundesagentur für Arbeit* (BA) stieg allein in Berlin der Anteil der Migrant:innen, die in Teilzeit beschäftigt sind, von 16% im Jahr 2019 auf fast 20% im Jahr 2021.

Eine der größten Herausforderungen bei der Integration besteht darin, Fähigkeiten optimal zu nutzen, um den Bedarf an Arbeitskräften zu decken. Es zeigte sich nämlich, dass es deutliche Ungleichheiten zwischen deutschen Staatsangehörigen und nicht-deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund, einschließlich Zuwander:innen der zweiten Generation, gab. Zuwander:innen der ersten Generation arbeiteten tendenziell unter ihrem Qualifikationsniveau – die Überqualifizierungsquote lag 2017 bei 31,4 % für im Ausland geborene Personen und 16,2 % für deutsche Staatsangehörige. Eine besondere Herausforderung bestand darin, den Kindern von Zuwander:innen einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung zu ermöglichen, insbesondere wenn sie aus bildungsfernen Familien stammen. Eine weitere Herausforderung war die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Dies ist insbesondere in einigen Regionen, die generell mit Problemen des sozialen Zusammenhalts konfrontiert sind, wie bspw. in großen Teilen Ostdeutschlands, der Fall. Das Phänomen des »Brain Drain« (die ständige Abwanderung hochqualifizierter Menschen aus ihrem Herkunftsland) war in mehreren Ländern wie Bulgarien, Rumänien und südosteuropäischen Nicht-EU-Ländern, Schwellen- und Entwicklungsländern ein Thema in öffentlichen Debatten und akademischer Forschung. Ein spezielles Gesetz, das im März 2020 in Kraft trat, sah die Anerkennung der Diplome ausländischer Arbeitnehmer:innen vor. Dies führte zur offiziellen Anerkennung von etwa 45 000 im Ausland erworbenen Diplomen, rund zwei Drittel davon im Gesundheitssektor. Dies hat sich jedoch als völlig unzureichend erwiesen: Die Umfrageergebnisse deuten auch darauf hin, dass Maßnahmen zur Höherqualifizierung für die künftige Politik entscheidend sein werden. Von den an den Umfragen teilnehmenden Arbeitgeber:innen, die Geflüchtete eingestellt hatten, gaben die meisten an, dass es sich um gering qualifizierte Stellen handelte (zwei von drei Stellen und eine von zwei Praktikumsstellen). Für die folgenden Jahre prognostizierten die Arbeitgeber:innen jedoch Beschäftigungsmöglichkeiten vor allem in mittelqualifizierten (50 % der Arbeitgeber) und hochqualifizierten (15 %) Positionen. Darüber hinaus schien die Rechtsunsicherheit ein wichtiges Thema zu sein.

Die Situation hat sich in den letzten Jahren durch die COVID-19-Pandemie offensichtlich noch weiter verschlechtert. Um die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu bewältigen, beschloss die Regierung eine Aufweichung der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Kurzarbeit. Auch wenn in den letzten Jahren anscheinend mehr Migrant:innen eingestellt wurden – was zu der zweifelhaften Schlussfolgerung führt, die Hälfte der Asylbewerber:innen habe innerhalb von 5 Jahren eine Arbeit gefunden – ist es wichtig herauszuarbeiten, in welchen Sektoren und unter welchen vertraglichen und zeitlichen Bedingungen sie sich dann wiederfanden.

Gegen die Gig-Economy und die Ausbeutung: der Alltag bei Lieferdiensten.

Unter den Mini-Jobs und der prekären Welt der Gig-Economy (Teil des informellen Arbeitsmarktes, bei dem zeitlich befristete Aufträge flexibel und kurzfristig an Arbeitssuchende, Freelancer oder geringfügig Beschäftigte vergeben werden) wurde der Versand- und Liefer-Bereich in den letzten Jahren aufgrund der massiven Pandemie-Maßnahmen erheblich ausgeweitet. Der starke Wunsch, sich während des Lockdowns Mahlzeiten nach Hause liefern zu lassen, hat diesen Teil des Arbeitsmarktes extrem angekurbelt, der auch für Migrant:innen besonders geeignet ist, da keine spezifischen Sprach- und Berufskenntnisse erforderlich sind. Dieses Phänomen konzentrierte sich besonders in den Ballungsgebieten, in Städten wie Köln, Hamburg und Berlin. In der letztgenannten waren beispielsweise im Jahr 2021 40 % der in der Zustell- und Expressdienstbranche eingestellten Mitarbeiter:innen Migrant:innen. Auf der anderen Seite ist die Strategie, mit der diese Unternehmen für ihre beruflichen Angebote werben, darauf ausgerichtet, Arbeitssuchende in prekären Verhältnissen anzuziehen und deren Schwäche für den eigenen Profit und Vorteil auszunutzen. Auf dem Arbeitsmarkt haben sich diese Nachfrageplattformen offensichtlich für die Schaffung innovativer Geschäftsmodelle qualifiziert, die den Arbeitnehmer:innen Wahlmöglichkeiten und Flexibilität bieten, sowie für Plattformen wie die Unternehmen »*Lieferando*« oder »*Gorillas*«, die den Arbeitnehmer:innen ausdrücklich die Möglichkeit bieten, freiberuflich tätig zu sein und somit ihr »eigener Chef« zu werden. Mit der Illusion, viel Geld zu verdienen, was einzig und allein von der Fähigkeit abhängt, eine bestimmte Anzahl von Aufgaben zu erfüllen, locken diese Unternehmen verschiedene Kategorien von Arbeitssuchenden an, von Student:innen und jungen Menschen bis hin zu Migrant:innen und generell Menschen, die in prekären Verhältnissen leben.

Mit der Ausweitung der Gig-Economy und der zunehmenden Verbreitung von auf digitale Plattformen beschränkten Aufgaben wird die unglaubliche Kluft zwischen den regulären vertraglichen Verpflichtungen und der tatsächlichen Arbeit, die Arbeitnehmer:innen leisten müssen, immer deutlicher. Was die Regelungen in diesem Bereich wirklich kompliziert macht, ist die Uneinheitlichkeit der von den Plattformen angebotenen Aufgaben in Bezug auf die geforderten Qualifikationen, den Zeitaufwand für die Ausführung und natürlich das Geld, das für die erledigten Aufgaben gezahlt wird. Die Arbeitnehmer:innen einiger Plattformen kämpfen intensiv darum, als Arbeitnehmer:innen anerkannt zu werden, um grundlegende Rechte wie Kündigungsschutz, Mindestlohn, bezahlten Elternurlaub, Krankschreibungsmöglichkeiten und Gesundheitsschutz zu erhalten. Dies ist vor allem auf die Unklarheit ihres Arbeitsstatus zurückzuführen, da sie als »Freiberufler:innen« definiert werden und daher nicht alle vertraglichen Regelungen in Anspruch nehmen können, die einem/einer typischen Arbeitnehmer:in normalerweise zustehen. Unter dem Vorwand der »Flexibilität« wird sogar suggeriert, die Arbeiter:innen würden unternehmerische Erfahrung machen, aber tatsächlich sind die technologischen Arrangements der Gig-Economy entstanden, um die Mehrdeutigkeit des Arbeitsprozesses aus einer Managementperspektive zu definieren, zu kontrollieren und zu begrenzen. Auf diese Weise haben sie eine Reihe neuer Formen von Risiken und Unsicherheiten für die Arbeitnehmer:innen geschaffen, die so nicht einmal krankenversichert sind, und behalten gleichzeitig die Kontrolle über die Zeitpläne der Arbeitnehmer:innen, darüber, wann und warum eine Person entlassen werden kann, sowie über ihr Einkommen. Solche Arbeitsverhältnisse führen zu chronischer Ungewissheit in Bezug auf Zeitpläne und erwartete Löhne und führen zu Angst und Überarbeitung, verstärkt durch permanente Kündigungsmöglichkeit und finanzielle Zukunftsängste. Außerdem haben Forscher:innen herausgefunden, dass Gig-Work mit erhöhten Sicherheitsrisiken verbunden ist. Lebensmittelkurier:innen auf Abruf stehen unter ähnlichem Lieferdruck, und sind ständiger Überwachung, Übermüdung, Gewalt und Belästigung ausgesetzt. Umfragen ergaben, dass die Mehrheit der Fahrer:innen und Mitfahrer:innen (63 %) nicht im Umgang mit den Risiken im Straßenverkehr geschult oder mit Sicherheitsausrüstung ausgestattet wurde (65 %). Der Wettbewerb auf dem On-Demand-Markt bedeutet, dass die Unternehmen ständig versuchen, die Lieferzeiten zu verkürzen, was wiederum Druck auf die Mitarbeiter:innen auf der Straße ausübt. Vertragsarbeitskräfte, die Lebensmittel ausliefern, wurden ausdrücklich zu zügiger Fahrweise aufgefordert, und die Amazon-Prime-Lieferant:innen haben berichtet, keine Zeit für Pausen zu haben. Diese harten Arbeitsbedingungen haben zu Ermüdung, Krankheit und lebensbedrohlichen Unfällen geführt. Da es sich bei der Mehrheit der Beschäftigten um Migrant:innen handelt, nutzen diese Unternehmen deren mangelnde Sprachkenntnisse nicht nur für die tägliche Ausbeutung aus, sondern vor allem auch für die ständige Verweigerung grundlegender Arbeitsrechte, da sie nicht über die lokalen Gesetze informiert sind. Der deutsche Arbeitsmarkt wird sich langsam der Komplikationen und Widersprüche solcher Arbeitsbedingungen bewusst, und unter dem Druck bestimmter Gewerkschaften werden neue Herausforderungen analysiert und zukünftige Strategien geplant. Aber vielleicht nicht mit dem richtigen Tempo.

»Gorillas«-Streiks: die Gründung eines Kollektivs und der Kampf um Gleichheit.

»Gorillas« wurde im März 2020 in Berlin gegründet, ist heute in 18 deutschen Städten sowie sechs Ländern aktiv und hat schätzungsweise 11 000 Mitarbeiter:innen. Es ist ein un-

bestreitbares Beispiel für das atemberaubende Wachstum eines Unternehmens, bei dem die schlechten Arbeitsbedingungen der Fahrer:innen – deren Aufgabe es ist, in kürzester Zeit Lebensmittel mit dem Fahrrad von dezentralen Lagern zu den Kund:innen zu transportieren – die Mitarbeiter:innen selbst dazu veranlassten, in die Außendarstellung des Unternehmens einzugreifen und ihre eigene Sicht hinzuzufügen. Die Fahrer:innen – die gezwungen sind, Waren auf Fahrrädern ohne angemessene Sicherheitsausrüstung auszuliefern, ohne Krankenversicherungsschutz und ohne Rentenbeiträge – haben wegen der Arbeitsbedingungen sowie wegen mehrerer Arbeitsunfälle und der äußerst gewaltsamen Reaktion des Unternehmens und die konsequente Entlassung von Mitarbeiter:innen bei Krankheit oder Verletzungen begonnen, sich zusammenzuschließen und die ersten Streiks und Proteste gegen diese inakzeptablen Bedingungen zu organisieren – sowohl wegen der Löhne als auch wegen der Sicherheitsbedingungen. Die Streiks begannen im Februar 2021, hauptsächlich wegen der schwierigen Wetterbedingungen und der Untauglichkeit der Fahrräder, die für den hohen Schneefall in diesen Wochen nicht geeignet waren. Die erste Reaktion des Unternehmens war die Verkürzung der Lieferzeiten, ohne jedoch die tatsächliche Nachfrage der Mitarbeiter:innen nach geeigneter Ausrüstung, Helmen, Winterkleidung usw. ernsthaft zu berücksichtigen. Im Februar 2021 wurde außerdem das »Gorillas Workers Collective« gegründet, um Menschen mit der Idee zusammenzubringen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und sich über ihre Rechte zu informieren. Diese gestärkten Wanderarbeiter:innen begannen damit, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern, sich rechtlich weiterzubilden, ihre Kontakte auszubauen, Teil von verschiedenen



Streikaktion bei Gorillas Foto: Anarchistische Föderation

Organisierungen zu werden und lokale und soziale Beratung in Anspruch zu nehmen. Sie begannen mit der Veröffentlichung ihrer Erklärungen in mehreren Sprachen. Es wurden kontinuierlich Streiks, Proteste und andere Veranstaltungen organisiert, die die Stimmen anderer zivilgesellschaftlicher Strukturen, die für grundlegende Bürgerrechte wie das Recht auf Wohnung, Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten kämpfen, weiter verbreiteten. Die Dinge sind so weit eskaliert, dass einer der Treffpunkte des Gorillas Working Collectives wegen der Teilnahme an den Streiks in Brand gesetzt wurde.

Den Arbeitnehmer:innen sind die Vorteile und der mögliche Kampf, den der Betriebsrat führen und gewinnen kann, noch unklar. Das Wichtige an diesen Streiks und den Aktionen dieses Kollektivs ist nicht nur, dem Unternehmen zu zeigen, dass bestimmte Arbeitsbedingungen nicht akzeptiert werden, sondern auch die Möglichkeit zu zeigen, wie Migrant:innen in einem fremden Land ihre Würde zurückerhalten können, indem sie sich weiterbilden, soziales Engagement suchen, sich zusammenschließen, um das Ergebnis bestimmter Initiativen zu maximieren, um verschiedene Herausforderungen in parallelen Strukturen zu bewältigen und schließlich einen gewissen Einfluss zu erreichen. Sie sind nicht nur auf die Rolle von »Fremden« in einem fremden Land beschränkt.

Schlussfolgerung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es – abgesehen von den allgemeinen Maßnahmen – nur wenige Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung der Ausbeutung von Arbeitskräften gibt und bisher keine angemessene politische Strategie entwickelt wurde. Es gibt Anzeichen dafür, dass eine gleichgültige Haltung gegenüber der Ausbeutung von Arbeitnehmer:innen, die innerhalb Deutschlands oder ins Ausland verlsetzt wurden, weit verbreitet ist. Die Ausbeutung ausländischer Hausangestellter stellt eine Grauzone dar, in der die moralischen Standards schwach oder unklar sind, weshalb ein umfassender Präventionsplan bei der Ablehnung und Verweigerung der Akzeptanz schwerer Arbeitsausbeutung durch die Gesellschaft ansetzen sollte. Eine Strategie zur Verhinderung schwerer Arbeitsausbeutung besteht darin, die Arbeitnehmer:innen über ihre Rechte aufzuklären und darüber, wo sie im Bedarfsfall Hilfe erhalten können. Wenn die Arbeitnehmer:innen keinen formellen Vertrag in einer Sprache erhalten, die sie verstehen, und nicht über ihre Rechte informiert werden, haben sie eine schwache Position. Darüber hinaus sollten sich die deutschen Institutionen und die europäischen Mitgliedstaaten ihrer besonderen Pflichten bei der Verhinderung von Arbeitsausbeutung in öffentlich finanzierten oder beauftragten Projekten sowie in öffentlichen Unternehmen bewusst sein und mit gutem Beispiel vorangehen. ♦

Wie uns die Aktionskonferenz von Rheinmetall Entwaffnen auf einen heißen, antimilitaristischen Sommer einschwört

Militarisierung ist keine Solidarität!

Von Ulrich Weber

An einem sonnigen Frühlingstag folgten dem Aufruf der Kampagne *Rheinmetall Entwaffnen* zur Aktionskonferenz bis zu 150 Aktivist:innen aus verschiedensten Strukturen und Bewegungen. Kassel ist einer der vielen Standorte in Deutschland, wo Krieg und Krise bereits hinter der nächsten Betonmauer und NATO-Draht verborgen liegen. Wo hinter den Werkstoren von Rheinmetall und KraussMaffei Wegmann ihre materiellen Voraussetzungen geschaffen werden, ja wo sie andererseits nicht toben und wüten, sondern lediglich Geld in die Unternehmenskassen spülen. Dass Kassel entwaffnen keine Kunst sei, wie es im Aufruf in Anspielung auf die parallel in Kassel stattfindende stadtweite Kunst-Ausstellung »documenta« heißt, zeigte die Kampagne mit ihren Aktionen in der vergangenen Zeit recht eindrücklich. In verschiedenen Camps und Blockadeaktionen gelang es dem Bündnis mehrfach, erfolgreich Rüstungsunternehmen stundenlang zu blockieren und mit kreativen Aktionen und Workshops in den Camps über die deutsche Rüstungspolitik aufzuklären. Dass Blockaden dabei nur eine Momentaufnahme sind, deren materieller Schaden überschaubar ist, dürfte klar sein. Andererseits sind solch große Störaktionen aber auch Ausdruck eines Diskurses, der hin zu Abrüstung und der Einstellung von Waffenlieferungen führen soll und durch den physischen Protest Zunder für die Schaffung einer breiten Öffentlichkeit liefert. Insbesondere im zehnten Jahr der Revolution in Nordostsyrien gilt es, die Profiteure, welche auch am Krieg in Kurdistan maßlos verdienen, mit Entschlossenheit ins Visier zu nehmen und das Saubermann-Image dieser Unternehmen in den Dreck der Tatsachen zu ziehen.

In diesem Sinne stellt die Aktionskonferenz Auftakt und Wegbereiterin eines großen Aktionssommers dar und eine bewegungsübergreifende Organisierung des Widerstands gegen die zunehmende Militarisierung. Für einen erfolgreichen Widerstand braucht es im Sinne des Bündnisses nämlich eine Betrachtung aus verschiedensten Blickwinkeln, um eine umfassende, aktionistische Kritik an der Rüstungsindustrie äußern zu können. Im Zuge dessen waren sich die Referent:innen auf dem Podium einig, dass wir uns zwar in einer Phase des Umbruchs befinden, die aber nicht erst durch den Krieg in der Ukraine eingeläutet wurde. Die bösen Geister, die jetzt offensichtlich ihr Unwesen treiben, waren insgeheim nie weg. Das bedeutet, dass Militarismus und die nunmehr offene Willenserklärung, zur Not mit Waffengewalt ökonomische Interessen durchzusetzen, die sonst hunderte und tausende Kilometer weit weg ausgefochten worden sind, immer ihre stillen Vertreter hatten, graue Herren, die jetzt in das Licht der Öffentlichkeit rücken.

> Unsere Rolle in den kommenden Wochen und Monaten muss es aus diesen Gründen sein, die Trickbetrügerei von Baerbock, Scholz & Co. zu enttarnen und die bewegenden Zeiten zu bewegten zu machen und das möglichst auf Kosten der Profiteure von Krieg und Krise.

Die Ampel-Regierung spricht aktuell von einer »neuen Realität«, in der wir uns angeblich befinden, so als sei die friedvolle Welt von Putin aus ihrem Dornröschenschlaf gerissen worden und würde sich jetzt in der neuen Realität umringt von neugeborenen Autokraten und Diktatoren wiederfinden. Im Gegensatz dazu ist klar: »Den Wesenskern der Kampagne *Rheinmetall Entwaffnen* hat der Krieg in der Ukraine nicht verändert«, wie es von Sprecher:innen der Kampagne heißt, »denn vielmehr lässt dieser die Notwendigkeit einer antimilitaristischen Haltung wachsen.« Die Stimmen, die sich gegen den neu beschlossenen Haushalt der Bundeswehr, gegen die Waffenlieferungen und Waffenaufstockungen erheben, sind gerade noch leise, aber sie sind da. Der Einflussnahme von höchster Ebene darf im öffentlichen Diskurs nicht das Feld überlassen werden, denn ein authentischer Begriff von Frei-



Das Anfangspodium der Aktionskonferenz Foto: rme

heit hängt nicht etwa mit Sicherheitsinteressen zusammen, die durch Rüstung und nochmals Rüstung gewährt werden sollen. Ebenso wenig besteht im Kauf der Aktien von Rheinmetall, Hensoldt und Heckler & Koch nach Ausbruch des Krieges ein Akt moralischer Integrität, wie es uns jetzt einige Unternehmensvorstände weismachen wollen, sondern lediglich das Profitierenwollen von geopolitischen Verschiebungen. Geändert hat sich also nichts.

Krieg ist das Gegenteil von Klimagerechtigkeit

In den letzten Jahren haben wir eine immer größer werdende Relevanz der Klimagerechtigkeitsbewegung erleben dürfen, die es mit regelmäßigen Aktionen des zivilen Ungehorsams geschafft hat, Druck auf Politik und Unternehmen auszuüben. Eine einheitliche Position zur innenpolitischen »Zeitenwende« hat sie derzeit noch nicht, doch gab es in dieser Frage laut einer Aktivistin von *Fridays for Future* und *Ende Gelände* in den letzten Wochen viel Bewegung. Zwischen Krieg auf der einen Seite und fossiler Energie auf der anderen besteht auch eine starke Verbindung. Heute wird der zeitnahe Ausstieg aus fossilen Energien mehr denn je zur Zukunftsmusik, die grüne Außenpolitik lechzt nach fossiler Energie des Menschenfreundes Quatar, und Forderungen nach einer Verlängerung der Benutzung von Kohlekraft oder gar von Atomkraft werden laut. Binnen kürzester Zeit würde das die Errungenschaften der Klimagerechtigkeitsbewegung und die Aussicht auf einen Ausweg aus der ökologischen Krise zunichtemachen, weshalb jetzt von einem »Roll Back« die Rede ist. »Krieg ist aber nicht nur schlecht, weil er viel CO_2 ausstößt, wie beispielsweise der Leopard-Panzer, welcher nahezu so viel Treibstoff wie 1000 Autos verbraucht«, so die Aktivist:innen, »sondern auch aus Perspektive der sozialen Frage eine Katastrophe, weshalb wir uns nicht für grüne Panzer einsetzen, sondern für gar keine Panzer.« Krieg ist ergo das Gegenteil von Klimagerechtigkeit. Ohne Klimagerechtigkeit, welche die Betroffenen dieser Krise in den Vordergrund stellt und zukünftige Kriege um Ressourcen antizipiert, kann es grundsätzlich keinen Frieden geben. Vom Podium heißt es, dass es auch aus diesem Blickwinkel sinnvoll erscheint, die Rüstungsindustrie ins Visier zu nehmen. In erster Linie sei diese für die Zerstörung natürlicher Ressourcen gut. Die Frage, die sich aus dem Blickwinkel der Klimabewegung stellen muss, ist dem folgend nicht nur »Woher kommt der Strom?«, sondern ebenso »Wofür wird er genutzt?«, und da kommen wir dann schnell zu Unternehmen wie Rheinmetall. Eins scheint gewiss, dieser durch den Krieg begründete Roll Back wird die Klimagerechtigkeitsbewegung noch lange beschäftigen und grundsätzliche strategische Fragen aufwerfen.

Der feministische Blickwinkel schlägt eine ideologische Brücke

Wie eine Aktivistin von *Women Defend Rojava* und einer Frauen- und Lesbengruppe aus Frankfurt bei der Podiumsdiskussion argumentiert, »sollte es nämlich um Grundsätzliches bei der Kritik an Krieg und Militarismus gehen, da nämlich bereits beim Alltag der Menschen angesetzt werden muss, der in unterschiedlichsten Formen militarisiert und vom patriarchalen Normalzustand geprägt ist«. Der feministische

Blickwinkel schlägt in diesem Sinne eine ideologische Brücke zwischen Männlichkeit, Verrohung und Krieg. Wenn laut der Aktivistin Vergewaltigungen im Alltag nicht akzeptiert wären, dann würden sie als Kriegsmittel nicht denkbar sein.

Um den Status quo anzugreifen, muss also diese Mentalität in ihrer Herkunft verstanden werden, als ideelle Grundvoraussetzung, die in der Gesellschaft besteht. Der jetzt aufkeimende Nationalismus und Militarismus waren demnach nie weg aus der deutschen Gesellschaft.

Im zweiten Moment der Betrachtung müsse aus feministischer Sicht festgehalten werden, dass durch Krieg vor allem soziale Strukturen zersprengt werden und damit der Bewegungsspielraum für Frauen und andere unterdrückte Geschlechter massiv eingeengt wird. Das stelle eine weitere rasante Verschlechterung des Normalzustandes dar.

Aufrüstung ist keine internationale Solidarität

Eben diese Punkte und grundsätzlichen gesellschaftlichen Widersprüche helfen zu verstehen, dass einerseits Hunderttausende auf die Straßen gehen und im Paradox zwischen der Forderung nach Frieden und zeitgleich dem Wunsch nach Aufrüstung und Waffenlieferungen hängen bleiben. Es zeigt aber auch, dass die Äußerungen der deutschen Außenministerin Baerbock (Grüne) und von Bundeskanzler Scholz (SPD), der zuletzt von einer eingetretenen »Zeitenwende« sprach, bewusst eine Stimmung der Angst kreieren und desinformieren. Diese Kriege sind nämlich nicht neu. Neu ist nur, wie nah er diesmal an der BRD ist und wie Russland im globalen Machtringen auftritt. »Es kann sich also nicht um eine Wende handeln, weil damit ein Richtungswechsel einhergehen müsste«, so ein Aktivist von *Rheinmetall Entwaffnen*, »das, was sich verändert hat, sind lediglich die Geschwindigkeit der Veränderungen und die verwendete Sprache.«

Die aktuelle Struktur des Krieges in der Ukraine ist nichts Erschütterndes. Was erschütternd ist, sind die Bilder der betroffenen Menschen. Laut einem Podiumsteilnehmer von *Rheinmetall Entwaffnen* sollten wir diese Klarheit über die Struktur von Krieg und Krise behalten, um unsere Politik zu definieren und uns nicht auf die eine oder die andere Seite imperialistischer Staaten zu schlagen, sondern festzuhalten »Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten«.

Aktuell gibt es gegen den durch Sicherheitspolitik begründeten Roll Back bis hin zu dem Ausbau atomarer Teilhabe, der Beschaffung bewaffneter Drohnen und der Aufrüstung der Bundesrepublik mit neuen Kampfjets, die in der Lage sind, atomare Sprengköpfe zu tragen, noch wenig organisierten Protest, wird auf der Aktionskonferenz resümiert. Die Empörung darüber, dass in der Verfassung ein Rüstungsbudget in Höhe von 100 Milliarden Euro festgeschrieben werden soll, wächst aber stetig. Für Rheinmetall & Co. bedeutet das volle Auftragsbücher und die Chance eines aufpolierten Ansehens und nicht etwa die Neudefinition internationaler Solidarität, was den Leuten vermittelt werden soll.

Widerstand organisieren!

Deshalb muss Widerstand organisiert werden und nach der Einschätzung der Podiumsteilnehmerin aus Frankfurt außerdem die Frage gestellt werden »Wie wollen wir eigentlich leben und welche Alternative wollen wir bieten?«. Weltweit gibt es viele Orte des Widerstands, Orte, an denen wir dann auch die Frage der legitimen Selbstverteidigung stellen müssen, die von Militarismus abzugrenzen ist. »In diesem Sinne«, so die Aktivistin, »verweisen wir auf den erfolgreichen Widerstand der Zapatistas und den Aufbau eines Alternativvorschlags in Rojava, der in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen feiert.«

»Was es für den heißen Sommer gilt, ist, den neuen scheinbaren Konsens an den Stellen, wo es uns möglich ist, mit Aktionen zu brechen und das nicht nur an den von der Kampagne organisierten Aktionstagen«, so ein Aktivist von *Rheinmetall Entwaffnen*. Weiterhin sind es nämlich Rüstungsunternehmen, die im Brennpunkt der Blickwinkel verschiedenster Bewegungen stehen sollten, und das muss verdeutlicht und erklärt werden. Die Aktionen im Sommer nehmen sich vor, mit dem deutschen Normalzustand zu brechen und damit mit der jetzt von Baerbock geforderten Militarisierung der Bildung, der Kultur und des Sports und dem nunmehr von Rheinmetall ins Feld der politischen Zustimmung geführten Slogan »Rüstung ist die Mutter aller Nachhaltigkeit«. War es dabei nicht Rheinmetall, welches nach der Krim-Annektion den deutschen Staat auf Schadensersatz verklagte, da der Bau eines Heeres-Ausbildungszentrums mit modernster Simulationstechnik für einen potenziellen Anti-Guerilla-Kampf untersagt wurde?

Unsere Rolle in den kommenden Wochen und Monaten muss es aus diesen Gründen sein, die Trickbetrügerei von Baerbock, Scholz & Co. zu enttarnen und die bewegenden Zeiten zu bewegten zu machen und das möglichst auf Kosten der Profiteure von Krieg und Krise. Die Aktionskonferenz und die angestrebte Planung sind dabei ein wichtiger Schritt, sich aus der vorherrschenden Schockstarre zu befreien und den vermeintlichen Konsens zu Krieg und Krise zu brechen und uns dazu zu befähigen, als antimilitaristische Bewegung unsere nächsten Schritte anhand kommender Entwicklungen zu antizipieren und auf der Höhe der Zeit zu intervenieren. ♦

Ein wichtiges Buch zur Geschichte des deutschen Kolonialismus

Mit »Hänge-Peters« auf zu neuen Ufern

Ulrike Müller, Sozialwissenschaftlerin/Journalistin

Wer durch bundesdeutsche Städte wandert, wird immer wieder auf den Namen »Kaiserstraße« treffen. 255 gibt es. Davon befinden sich, so der Journalist und Buchautor Gerd Schumann 2021 in einem Interview mit der Zeitung »junge Welt«, allein 253 im Westen der Republik, und zwei im Osten, auf dem Gebiet der vormals antikolonial ausgerichteten DDR. Aus der »Karl-Liebknecht-Straße« im UNESCO-Weltkulturerbe Quedlinburg wurde nach dem 31.1. (!) 1991 kurzerhand die »Kaiserstraße«, und die heutige »Kaiserstraße« im Seeheilbad Heringsdorf hieß einmal »Karl-Marx-Straße«. Aus Alt wird Neu. Und umgekehrt.

Kolonialismus offenbart sich nicht nur durch Straßennamen, sondern, so Schumann, »in seinem realen Sein. Das Streben nach Einfluss auf Territorien, Erwerb von Bodenschätzen, Ausbeutung von Arbeitskräften und die Schaffung neuer Absatzmärkte durchdringen die kapitalistische Ökonomie.« Der »Süden« der Erdhalbkugel – Afrika, Asien und Lateinamerika – fungiert weiterhin und äußerst erfolgreich als Selbstbedienungsladen für Industrienationen. Und nicht zuletzt die Bundesrepublik ist Bestandteil eines Systems, das seine Wurzeln bereits Jahrhunderte zuvor geschlagen hat. Vergangen und vorbei ist die koloniale Vergangenheit Deutschlands – wiewohl sie nur knapp 35 Jahre dauerte – bis heute nicht. Allein der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts in »Deutsch-Südwest« ist bei den Herero und Nama bis auf den heutigen Tag unvergessen und ungesühnt, ganz zu schweigen von bis dato ausgebliebenen Kompensationszahlungen für enteignetes Land, geraubtes Vieh, Boden- und Kunstschätze. Im Land der Täter hingegen erinnern Straßen bundesweit immer noch an Adolf Lüderitz, Paul von Lettow-Vorbeck oder Wilhelm Solf, und immerhin 63 Straßen oder Plätze enthalten den mittlerweile rassistisch konnotierten Begriff »Mohren«.

»Die Vorarbeit für die Inbesitznahme des östlichen Zentrums von Afrika lieferte der fanatische Rassist Carl Peters (1856–1918), ein Doktor der Philosophie. Ein Bewunderer britischer Weltmachtpolitik, weisen ihn seine biografischen Daten als erbarmungslosen Herrenmenschen aus, der wie die anderen seiner Art und seines Wesens geschätzt wurde von den Heldenverehrern im Deutschen Reich, von den Betroffenen seines Vorgehens jedoch so verachtet wie gefürchtet. Zu Beginn der 1880er Jahre hörte der studierte Philosoph, Historiker und Geograf von üppigen Goldvorkommen in Ost-Rhodesien, ein offenbar phantasieanregender Vorgang: Während eines London-Aufenthaltes (1881–1883) entwarf er auf Grundlage britischer Kolonialliteratur ein Konzept für eine Expansion Deutschlands außerhalb Europas.«

Durch eine Erbschaft zu Geld gekommen, gründet Peters 1884 die »Gesellschaft für Deutsche Kolonisation«, die spätere »Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft«. Nach Südwestafrika wird auch der Osten des Kontinents mit Inbesitznahme des Festlandsgebietes gegenüber der Insel Sansibar trickreich erobert. Reichskanzler von Bismarck ist hocherfreut, und Deutsch-Ostafrika wird zum Vorzeige-Kolonialbesitz, wobei der Begriff »Kolonial« sich nach reichsdeutscher Definition mit dem fürsorglichen »Schutzgebiet« auch öffentlichkeitswirksam gut verkaufen lässt. Dass die außereuropäische Welt fortan am deutschen Wesen genesen soll, zeigt sich am globalen Rundumschlag der Kolonisatoren, deren sogenannte »Schutzgebiete« das heutige Burundi, Ruanda, Tansania, Namibia, Kamerun, Togo, Teile des heutigen Gabuns, der Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, Tschad, Nigeria, Ghana und Mosambik umfassen. Bis Ende des 19. Jahrhunderts kommen diverse Pazifikgebiete hinzu, darunter Neuguinea, Samoa, Karolinen, Marianen, zwei Salomonen- und die Marschall-Inseln sowie das Pachtgebiet Kiautschou im Nordosten Chinas. »Die Überseegebiete verfügten über etwa 2,6 Millionen Quadratkilometer Fläche, auf der 12,7 Millionen Menschen lebten. Zudem erweiterte das deutsche Kapital seine Einflusssphäre durch Ausbeutung nicht kolonial beherrschter, bodenschatzreicher Regionen sowie von Arbeitskräften in Südamerika – vor allem in Chile und Brasilien.«

Carl Peters, der promovierte Feingeist aus dem Königreich Hannover, profitiert auf die ihm eigene Weise von der aufstrebenden Kolonialmacht Deutsches Kaiserreich und wird

1891 zum Reichskommissar für das Kilimandscharo-Gebiet ernannt. »Schutz« wird hier fortan zum verbalen Deckmäntelchen für Grausamkeiten an der indigenen Bevölkerung, und Dr. Carl Peters ist ihr Protagonist, ein fanatisch-gnadenlos agierender Kolonialist, der sich nicht nur im Konservativen Club in Berlin im militaristischen Outfit präsentiert, sondern auch vor Ort am Kilimandscharo willkürliche Hinrichtungen vollzieht, die ihm bald den Beinamen »Hänge-Peters« einbringen. Für den Herrenmenschen mit rassistisch-sozialdarwinistischem Menschenbild ist der »›Neger (…) der geborene Sklave, dem ein Despot nötig ist, wie dem Opiumraucher die Pfeife‹«. Und das Erbe von Peters soll sich noch lange über seinen Tod im Jahr 1918 hinaus halten: »Während der faschistischen Herrschaft in Deutschland wurde der ›Kolonialpionier‹ zur Kultfigur stilisiert … Das Naziregime pries anhand der Figur Peters [sic!] vor allem die rücksichtslose Umsetzung seiner eigenen ideologischen Ziele und glorifizierte zu diesem Zweck Peters‘ Brutalität und Skrupellosigkeit. Als Lehrstück aus dem kolonialen Afrika für die Kolonisierung des europäischen Ostens.« Allerdings hätte die deutsche Kolonialpolitik nie so erfolgreich ihre »Schutzhelme« weltweit anbieten können, wäre dies nicht seitens der Industrie, namentlich der Essener Stahl-, sprich: Rüstungs-Dynastie Krupp, sekundiert worden: »Der Krupp-Konzern mit Standorten und Rohstoffzulieferern über Deutschlands Grenzen hinaus wurde zu einem Mythos. Das Schwert für einen zukünftigen großen Krieg und absehbar auch für koloniale Vorhaben sollte härter geschmiedet und schärfer geschliffen werden; Krupp sorgte dafür, und der Staat zahlte.« Der Kanonenkönig von der Ruhr war keineswegs allein: Siemens, Borsig, Kraus-Maffei, die Deutsche Bank und mit ihnen zahlreiche andere Betriebe profitierten ebenfalls vom Kolonialismus, und das nicht nur im Deutschen Reich: »Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren Afrika (außer Äthiopien und Liberia), Australien sowie große Teile Asiens und Lateinamerikas zu Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Ländern einiger imperialistischer Staaten – Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Niederlande, Russland, USA – geworden. In Zahlen: Kolonial beherrscht waren Afrika zu 90,4 Prozent, Polynesien zu 98,9 Prozent, Asien zu 56,6 Prozent, Australien zu 100 Prozent und Amerika zu 27,2 Prozent.«

Das Chilehaus, ein monumentaler Backsteinbau in Hamburgs geschichtsträchtigem Kontorhausviertel, heute UNESCO-Weltkulturerbe und Ikone des Expressionismus in der Architektur, repräsentiert wie kaum ein anderes Gebäude die Hoch-Zeit des deutschen Kolonialismus. Auf 36 000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche werden unter dem Architekten Fritz Höger von 1922 bis 1924 mehrere Millionen Reichsmark verbaut. Das Geld dafür hatte Bauherr Henry B. Sloman, ein britisch-deutscher Unternehmer und Privatbankier, zuvor im chilenischen Norden verdient, wo Arbeiter aus ganz Lateinamerika unter unsäglichen Bedingungen den Reichtum ihres Arbeitgebers erschuften mussten, und dieser Reichtum trug den Namen »SALPETER«: ein unverzichtbarer Rohstoff sowohl für die Industrie wie für die Landwirtschaft. Für den Unternehmer Henry B. Sloman hat sich das Geschäft auf jeden Fall finanziell gelohnt: »1912 wurde er mit einem Vermögen von rund 60 Millionen und einem jährlichen Einkommen von etwa drei Millionen Reichsmark als mit Abstand vermögendste Person der Stadt bezeichnet.« Kolonisation als Globalisierung auf höchstem Niveau. Der Weltwirtschafts-Motor, angetrieben durch die Ausbeutung von Menschen, inklusive Raub von Rohstoffen. Dieser Motor läuft bis heute in offiziell »post-kolonialen« Zeiten. Und die militärische Absicherung von Handelswegen zur Interessenwahrung westlicher Industrienationen gehört wie selbstverständlich dazu. Ex-Bundespräsident Horst Köhler hat dies 2010 allzu freimütig geäußert – und musste wenig später seinen Hut nehmen …



Noch einmal zurück zur »Kaiserstraße«. Nein, nicht eine von jenen 255 im »vereinten« Deutschland, sondern in Windhoek, der Hauptstadt Namibias, ehemals »Deutsch-Südwest«. Auch hier wird, wie in Quedlinburg und Heringsdorf, eine Straße umbenannt. Nur eben andersherum: Nach der Unabhängigkeit Namibias am 21. März 1990 wird aus der »Kaiserstraße« die »Independence Avenue«. ♦

Gerd Schumann: Kaiserstraße. Der deutsche Kolonialismus und seine Geschichte.
Köln, PapyRossa Verlag 2021, 239 Seiten.
ISBN: 978-3-89438-764-8, 16,90 €

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Demonstration am 23.4.2022 in Frankfurt/Main gegen den Angriffskrieg der Türkei | ANF

Rückseite:
Garibe Gezers Widerstand – 2021, A.Aslı Filiz
Acrylfarben / Spiegel, Rahmen: 80x60

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Ich versuche, sowohl unseren Schmerz als auch unsere Freude mit Farben darzustellen

Zum Bild auf der Rückseite

A.Asli Filiz ist 1983 in Çewlîg (tr. Bingöl) geboren und hat 25 Jahre in Istanbul gelebt. Nach einem Grafikdesign-Studium an der Beykent-Universität wechselte sie an die HFBK Hamburg. Sie arbeitet seit zwanzig Jahren als Grafikdesignerin, seit vier Jahren malt sie mit Acrylfarben und stellt Collagen her.

Die Künstlerin erläuterte auf ihrer letzten Ausstellung in Paris, dass sie für ihre Werke Motive aus der Geschichte Mesopotamiens und der kurdischen Mythologie bevorzuge und dabei den Schwerpunkt auf Frauen lege: „Als Frauen aus Kurdistan leisten wir Widerstand gegen gesellschaftliche und staatliche Unterdrückung. Ich versuche, sowohl unseren Schmerz als auch unsere Freude mit Farben darzustellen.“

»Ich möchte mich in meiner persönlichen künstlerischen Auseinandersetzung nicht eingrenzen und beschäftige mich deshalb mit allen vier Teilen Kurdistans und den verborgenen Geschichten und Bildern dieser Region. Seit 20 Jahren bin ich als Grafikdesignerin tätig. Weiterhin arbeite ich in Deutschland ehrenamtlich als Kurdin und Grafikerin in verschiedenen politischen und kulturellen Bereichen. … Meine Arbeiten, die im Exil entstehen, haben einen Anschluss an den politischen Diskurs in Deutschland und verdeutlichen mir die enge Verknüpfung zwischen Globalisierung und Migration. Das heißt, ich bin ausgewandert und somit auch mein Stil und meine künstlerische Sprache. Ich versuche, inmitten der deutschen Gesellschaft einen Diskurs, der von komplexen Transferbewegungen erzählt und einen aktuellen Bezug auf historische und politische Gegebenheiten nimmt, zu prägen.«

Zu dem Bild erläuterte sie in einem Interview mit JINHA : »Ich wollte mit meinen Farben eine Stimme für Garibes Widerstand sein und ich möchte, dass die Person, die meine Arbeit betrachtet, sich selbst in Garibe sieht, ihren Widerstand annimmt und auch ihren Schmerz spürt.«

Garibe Gezer wurde 2016 inhaftiert, weil sie die kurdische Stadt Kerboran (tr. Dargeçit) nach Ausrufung der Ausgangssperre im Dezember 2015 nicht verlassen hat. Sie wurde zu einer erschwerten lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt, die nach türkischem Strafrecht bis zum Tod vollzogen wird. Im Gefängnis leistete sie viel Widerstand. Am 9.12.2021 war die 28jährige Garibe nach schwerer Folter und sexualisierter Gewalt durch Sicherheitskräfte unter verdächtigen Umständen im Hochsicherheitsgefängnis Kandira in Einzelhaft ums Leben gekommen. (*siehe auch Kurdistan Report 220, Seiten 24-25*)

https://aslifiliz.com/de/

https://jinhaagency1.com/tr/kultur-sanat/garibe-gezer-i-cizdi-bu-direnise-renklerim-ile-ses-olmak-istedim-30772

https://anfdeutsch.com/kultur/ausstellung-von-asli-filiz-in-paris-31037



ISSN 0935-5375